

# ENTSCHEIDUNG FÜR GEWALT

BERICHT ÜBER DIE DEMONSTRATIONSBEOBACHTUNG

RUND UM DIE RÄUMUNG VON LÜTZERATH, JANUAR 2023



**GRUNDRECHTE KOMITEE .de**

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.

Aquinostraße 7-11 | 50670 Köln | Telefon 0221 9726930  
info@grundrechtekomitee.de | www.grundrechtekomitee.de

**Text und Redaktion:** Tina Keller, Britta Rabe und Michèle Winkler

**Fotos Umschlag:** Tim Wagner – www.ti-wag.de

**Fotos Innenteil:** Tim Wagner – www.ti-wag.de, Grundrechtekomitee und Initiative „LütziLebt“

**Satz:** boo graphics, www.boographics.de

**Presserechtlich verantwortlich:** Tina Keller

Die Arbeit des Komitees für Grundrechte und Demokratie e.V. finanziert sich über private Spenden.

Wir freuen uns über Unterstützung: IBAN: DE76 5086 3513 0008 0246 18

# INHALT

<b>1</b>	<b>EINLEITUNG</b> .....	<b>4</b>
1.1	Der Rahmen .....	4
1.2	Die Beobachtung .....	5
<b>2</b>	<b>DIE ZEIT VOR DER RÄUMUNG</b> .....	<b>6</b>
2.1	Allgemeinverfügung und rechtlicher Rahmen .....	6
2.2	Die Besetzung als Versammlung .....	7
2.3	Arbeiten vor dem 10. Januar 2023 .....	8
<b>3</b>	<b>DIE RÄUMUNG IN LÜTZERATH</b> .....	<b>9</b>
3.1	Allgemeines zum Ablauf der Räumung .....	9
3.2	Die Räumung und Zerstörung des besetzten Lützeraths .....	10
	<i>Kartenausschnitt Lützerath</i> .....	10
3.3	Die Verwehrung von Grundbedürfnissen .....	12
3.4	Räumung unter Lebensgefahr .....	13
3.5	Einsatzkräfte der Polizei .....	13
3.6	RWE Power AG .....	14
	<i>Übersichtskarte Umgebung</i> .....	14
<b>4</b>	<b>POLIZEIMASSNAHMEN BEZÜGLICH VERSAMMLUNGEN UND VERSAMMLUNGSTEILNEHMER*INNEN</b> .....	<b>14</b>
4.1	Protestcamp „Unser Aller Camp“ und die Mahnwache Holzweiler .....	14
4.2	Die Großdemonstration am 14. Januar 2023 .....	15
4.3	Polizeimaßnahmen bei anderen Versammlungen .....	18
4.4	Kleingruppenaktionen .....	19
<b>5</b>	<b>EXTERNE BERICHTE DES ERMITTLUNGSAUSSCHUSS (EA) UND DER DEMO-SANITÄTER*INNEN</b> .....	<b>19</b>
5.1	Auswertung des Rheinland-EA (Ermittlungsausschuss) zur Räumung von Lützerath .....	19
5.2	Auswertung der Demo-Sanitäter*innen .....	22
<b>6</b>	<b>PRESSEFREIHEIT</b> .....	<b>23</b>
<b>7</b>	<b>DIE RÄUMUNG LÜTZERATHS IN DER MEDIENBERICHTERSTATTUNG</b> .....	<b>25</b>
<b>8</b>	<b>ZUSAMMENFASSENDES FAZIT</b> .....	<b>29</b>
<b>9</b>	<b>CHRONOLOGIE DER BEOBACHTUNG</b> .....	<b>32</b>





# 1 EINLEITUNG

## 1.1 DER RAHMEN

Lützerath – eine winzige Ortschaft im Stadtgebiet Erkelenz in Nordrhein-Westfalen. Neben Gorleben vermutlich der einzige kleine Ort, welcher es je in einen Bundes-Koalitionsvertrag geschafft hat. Und warum?

Weil unter dem Dorf viele Millionen Tonnen Braunkohle lagern; Braunkohle die gefördert und verbrannt werden soll – und dafür der Tagebau Garzweiler II erweitert.

Nach den großen Protesten in den 1980er Jahren gegen die stetige Ausweitung der Tagebaue im Rheinischen Braunkohlerevier formierte sich seit 2010 der Widerstand in der Region neu. Nachdem in den Anfangsjahren vor allem ein Fokus auf den Hambacher Tagebau lag, erhielt ab 2014 auch der Tagebau Garzweiler immer mehr Aufmerksamkeit. Unterstützt durch Aktive der Klimagerechtigkeitsbewegung organisierten sich Anwohner\*innen ab 2018 gegen die Ausbaupläne des Energiekonzerns RWE und der damaligen schwarz-gelben Landesregierung von NRW.

Dass die Proteste im Januar 2023 so groß geworden sind, dass sich bis zu 35.000 Personen an einer Demonstration vor Ort beteiligten, dass es solidarische Statements aus zahlreichen Regionen der Welt gab, dass die Auseinandersetzung als Zerreißprobe für die GRÜNEN bewertet wurde, ist jedoch nicht allein durch diese jahrelange Arbeit zu erklären. Viel mehr ist sie Ausdruck einer der tiefgreifendsten Krisen der heutigen Zeit: der Klimakrise. Und des Umgangs mit ihr.

Mit dem Unterschreiben des Pariser Klimaabkommens und den Einführungen deutscher Klimaziele hat sich der Bundestag dazu verpflichtet, die Erderwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen und ihre Politik entsprechend auszurichten. Die Klimaaktivist\*innen kritisieren, dass von dieser Verpflichtung immer wieder abgewichen wird, dass CO<sub>2</sub>-Reduktionen zu gering und außerdem schöngerechnet sind und Maßnahmen mit der Argumentation verschoben werden, dass die Versorgungssicherheit durch den Krieg gefährdet sei. Als besonders empörend wird empfunden, dass sie, die darauf aufmerksam machen, kriminalisiert werden, während Konsequenzen für die Politiker\*innen, die völkerrechtlich bindende Abkommen missachten, ausbleiben.

Am 4. Oktober 2022 gaben die GRÜN-geführten Wirtschaftsministerien von Bund und Land gemeinsam mit RWE bekannt, dass sie eine Einigung bezüglich der Energieversorgung mit Braunkohle getroffen haben. Anders als im Kohlekompromiss von 2019 festgeschrieben, solle der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung im Westen Deutschlands nicht erst 2038, sondern bereits 2030 stattfinden.

Teil dieser Vereinbarung war, dass das Dorf Lützerath durch RWE zur Abbaggerung in Anspruch genommen werden darf.

Landes- und Bundesministerium betonten in der öffentlichen Kommunikation, dass diese Vereinbarung eine Gesamtreduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen beinhalte und für die Energieversorgung unumgänglich sei. Verschiedene Studien, auf die sich NGOs und Aktivist\*innen beziehen, bestreiten, dass es durch die Vereinbarung zu einer Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emission kommt, im Gegenteil: die Verfeuerung der Kohlevorkommen unter Lützerath verhindert, dass das 1,5 Grad-Ziel der Pariser Klimakonferenz eingehalten werden kann. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung kritisierte die Vereinbarung mit NRW außerdem als unnötig für die Energieversorgung. Am 11. Januar 2023, kurz vor der Räumung, äußerte die Organisation Scientists for Future „substanzielle wissenschaftliche Zweifel an der akuten Not-

wendigkeit einer Räumung“ und forderte ein Räumungsmoratorium, unterstützt von 700 Wissenschaftler\*innen. Zwei Tage später veröffentlichten Prominente aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen und Umweltverbände ebenfalls eine Aufforderung zum Moratorium an die Landesregierung. Auch die Synode der Rheinischen evangelischen Kirche forderte ein Räumungs-Moratorium mit Verweis auf das Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Klimaschutz.

Mit Beschluss vom 24. März 2021 hat das Bundesverfassungsgericht nicht nur das Erreichen der Klimaneutralität nach Maßgabe des Pariser Klimaabkommens zur verfassungsrechtlichen Vorgabe erklärt.<sup>1</sup> In dem Beschluss wird auch eine Art neues Grundrecht geschaffen, eine „intertemporale Freiheitssicherung mit der die Freiheit gerecht zwischen den Generationen verteilt werden soll“. Die Freiheitsrechte der jüngeren Generation werden demnach durch das heutige Aufschieben von Maßnahmen gegen die Klimaerwärmung auf spätere Jahre unzumutbar eingeschränkt.

Gerade jüngere Aktive bewerteten die Vereinbarung mit RWE und die Räumung Lützeraths vor diesem Hintergrund und fühlten sich mit ihren Belangen massiv ungehört.

Die Landesregierung und auch der Bundeswirtschaftsminister führten in die öffentliche Debatte vor allem zwei Narrative ein: Zum einen bezeichneten sie Lützerath – und damit auch den Protest gerade in den Monaten vor der Räumung – als Symbol und nicht als einen Ort, an dem wirklich etwas gegen Klimawandel getan werden könnte. Zum anderen machten sie immer wieder deutlich, dass RWE das Recht dazu habe, den Ort in Anspruch zu nehmen und dass es parlamentarisch demokratische Prozesse gewesen seien, die dieses Recht geformt hätten. Im Subtext schwang mit, dass die, die sich gegen diese Räumung stellen, sich undemokratisch verhielten.

## 1.2 DIE BEOBACHTUNG

Diese Gemengelage lies auch für uns deutlich werden, dass die Proteste um die Räumung Lützeraths groß und konfliktreich werden könnten. Darüber hinaus waren zum einen die gewaltvollen Erfahrungen der rechtswidrigen Räumung des Hambacher Waldes im September 2018, bei der ein Mensch tödlich verunglückte, für unsere Beobachtungsentcheidung ausschlaggebend. Zum anderen boten das 2021 neu eingeführte Versammlungs- und das seit 2018 mehrfach verschärfte Polizeigesetz für NRW veränderte Rahmenbedingungen aufgrund erweiterter polizeilicher Befugnisse.

Die Herausforderungen für diese Beobachtung waren weit aus größer als in früheren Situationen. Es war lange Zeit nicht klar, in welchem Monat die Räumung beginnen und wie lange sie andauern würde. Sowohl logistisch als auch bezüglich der Anzahl der Beobachtenden und deren Verfügbarkeiten erschwerte diese Unklarheit unsere Planungen.

Wir entschieden uns Ende November für einen Beobachtungszeitraum vom 11. Januar bis vorerst 29. Januar 2023. Die Anzahl der Beobachter\*innen pro Tag richtete sich sowohl nach der zu erwartenden und damit schwer vorhersehbaren Protestdichte des Tages, als auch nach den zeitlichen Kapazitäten der Beobachtenden.

Schlussendlich waren wir in den Anfangstagen der Räumung lediglich mit zwei bis drei Personen vor Ort; an den darauf folgenden Tagen mit jeweils zwei bis drei Tandems. Schon währenddessen wurde deutlich, dass dies viel zu wenige Personen waren. Aus Erfahrung waren wir uns bewusst, nicht alles beobachten zu können. Und doch stellte uns das eilige und gleichzeitige Vorgehen von Polizei und RWE in Lützerath an mehreren Orten zugleich und unter rigider Zugangsbeschränkung vor eine unerwartet herausfordernde Situation. Auch war es aufgrund der Größe des Areals, der Entfernung des Camps zu Lützerath und der dadurch auch für Demonstrierende zurückzulegen- den Distanzen und einer Vielzahl an Versammlungen nicht möglich, alle Geschehnisse zu beobachten.

Aufgrund dieser Gegebenheiten haben wir uns mehr als in früheren Berichten dazu entschieden, externe Quellen als Ergänzungen in diesem Bericht mit einzubeziehen. Dabei nutzen wir sowohl Presseberichte, Berichte von Demonstrierenden\*innen und dem Ermittlungsausschuss (EA), als auch Erfahrungsberichte von Aktivist\*innen, deren Räumung wir nur aus der Ferne hatten beobachten können sowie einzelne Beiträge aus den Sozialen Medien. Wir haben sie entsprechend sorgfältig ausgewählt, im Bericht kenntlich gemacht und kontextualisiert.

Die Tage vor Ort waren für uns beeindruckend, lehrreich, überwältigend und nicht selten auch sehr anstrengend. **Im Namen des gesamten Komitees für Grundrechte und Demokratie bedanken wir uns bei allen 14 ehrenamtlichen Beobachter\*innen für ihr ausdauerndes Engagement und ihren außergewöhnlichen Einsatz für das Recht auf Versammlungsfreiheit und die Unversehrtheit der beteiligten Personen. Zudem danken wir auch all denjenigen, die den Bericht kommentiert und korrigiert haben.**

Der Bericht besteht aus verschiedenen Teilen. Als Basis dienen die Beobachtungen vor Ort, welche wir für jeden Tag in einer Chronologie unserer Beobachtungen in Kapitel 9 zusammengetragen haben. Auf Grundlage dessen haben wir uns mit verschiedenen Themenbereichen und Situationen im Detail befasst und diese in den einzelnen Kapiteln zusammenfassend dargelegt sowie eine erste Einordnung verfasst. Zudem haben wir die Medienberichterstattung im Zeitverlauf analysiert und bewertet. Die verschiedenen Stränge unserer Analysen führen wir im Kapitel 8 als Fazit zusammen.

Tina Keller, Britta Rabe und Michèle Winkler

<sup>1</sup> [www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324\\_1bvr265618.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/03/rs20210324_1bvr265618.html)



## 2 DIE ZEIT VOR DER RÄUMUNG

### 2.1 ALLGEMEINVERFÜGUNG UND RECHTLICHER RAHMEN

Bereits am 5. Oktober 2022 stellte RWE einen Antrag auf ordnungsbehördliches Einschreiten bezüglich der Situation in Lützerath. Nachdem sich lange Zeit keine Stelle bereit erklären wollte, die Räumung formal zu ermöglichen, erließ der Kreis Heinsberg, vertreten durch Landrat Stefan Pusch, am 20. Dezember 2022 eine Allgemeinverfügung für den Bereich der Ortschaft Lützerath plus einiger angrenzender Flächen und Zufahrtswege.<sup>2</sup> Dies geschah auf Anweisung der Bezirksregierung Köln. Im schriftlichen Bericht zur Innenausschusssitzung vom 19. Januar 2023 heißt es, dass der Kreis Heinsberg zur Vollstreckung der Allgemeinverfügung ein Vollzugshilfeersuchen bei der Polizei in Aachen gestellt hatte<sup>3</sup>. Diese war indes schon seit Wochen, wenn nicht Monaten, damit beschäftigt, diesen Einsatz vorzubereiten.

Die Allgemeinverfügung war vom 23. Dezember 2022 bis einschließlich 13. Februar 2023 gültig und wurde mit sofortiger Vollziehbarkeit angeordnet. Alle Personen, die sich auf den benannten Flächen aufhielten, wurde aufgefordert, diese umgehend zu verlassen. Falls sie dieser Aufforderung nicht nachkommen würden, wäre ab dem 10. Januar 2023 mit „Maßnahmen der Verwaltungsvollstreckung durch Ausübung von unmittelbarem Zwang zu rechnen“. Der Aufenthalt sei nur noch Mitarbeiter\*innen der RWE Power AG, der eingesetzten Behörden sowie von ihnen beauftragten Personen gestattet. Die Allgemeinverfügung sprach somit ein umfassendes Aufenthalts- und Betretungsverbot aus und bereitete die Grundlage für ein Versammlungsverbot sowie für das Akkreditieren von Journalist\*innen und Beobachter\*innen.

Juristisch stützt sich die Allgemeinverfügung auf mehrere Gesetze und formelle Gegebenheiten. Bezüglich des Betretungs- und Aufenthaltsverbotes bezieht sie sich auf das Polizei- und Ordnungsgesetz von NRW. Damit verbunden wird in der Verfügung angeführt, die RWE Power AG sei im alleinigen Besitz aller Flächen und Gebäude und habe damit zivilrechtlich auch das Recht, alle dort Anwesenden des Platzes verweisen zu lassen.

Der letzte Landwirt Lützeraths, Eckardt Heukamp, führte bis 2022 ein gerichtliches Verfahren gegen seine Enteignung mit sofortiger Besitzeinweisung, welche durch die Bezirksregierung Arnsberg bewilligt und durch das Verwaltungsgericht (VG) Köln im Jahre 2021 bestätigt wurde.<sup>4</sup>

Gegen diesen Entscheid der vorzeitigen Besitzeinweisung legte er Beschwerde beim Oberverwaltungsgericht Münster (OVG) ein, um so zu erreichen, dass erst eine abschließende Klärung im Hauptsacheverfahren gegen die Enteignung abgewartet werden müsse, bevor eine Inanspruchnahme seines Hofes möglich werden könnte. Das OVG Münster lehnte diese Beschwerde mit Beschluss vom 28. März 2022 ab. Eckardt Heukamp einigte sich daraufhin mit RWE und verkaufte alle seine Flächen und Gebäude an RWE, welche ihm bis zum 1. Oktober 2022 gewährte, noch darin zu wohnen.

Neben den Besitzverhältnissen gibt es bergbaurechtliche Sachverhalte, welche eine solche Allgemeinverfügung ermöglicht haben. Die Tagebauführung wird in aufeinander aufbauenden Betriebsplänen geregelt, welche innerhalb festgelegter Verfahren erarbeitet und in verschiedenen politischen Gremien diskutiert und entschieden werden. Der derzeit geltende Hauptbetriebsplan trat am 1. Januar 2023 in Kraft und schließt die Inanspruchnahme Lützeraths durch den Bergbautreibenden ein. Gegen diesen Hauptbetriebsplan wurde juristisch nicht vorgegangen. Auch hätte dies für eine Inanspruchnahme Lützeraths keine aufschiebende Wirkung entfaltet.

Wie bereits in der Einleitung beschrieben, ist das die juristische Perspektive auf die Gegebenheiten vor Ort – die Rolle der Politik mit gestalterischer Wirkung ist eine andere. Mit politischem Willen hätte der Hauptbetriebsplan zum 1. Januar 2023 in veränderter Form genehmigt und so Lützerath vorerst verschont werden können. Gutachten zufolge lagen zu dem Moment der Bewilligung des neuen Hauptbetriebsplan genug Kohle frei, um damit die kommenden drei Jahre die Kraftwerke laufen zu lassen zu können. Die Landesregierung hätte damit die Chance gehabt, dem Klimaschutz den Vorrang vor den Eigentumsrechten der RWE zu geben – zumindest für einige Zeit, in welcher sich politische und energiewirtschaftliche Rahmen noch hätten ändern können.

Gegen die Allgemeinverfügung wurde per Eilantrag am Verwaltungsgericht (VG) Aachen Klage erhoben. Dieser wurde abgelehnt. Daraufhin erfolgte durch die Klägerin eine Beschwerde vor dem Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster. Mit Beschluss vom 9. Januar 2023 lehnte das OVG Münster die Beschwerde ab und entschied, dass

<sup>2</sup> Allgemeinverfügung: [www.kreis-heinsberg.de/cms/front\\_content.php?parts\[\]=aktuelles&parts\[\]=oeffentliche-bekanntmachungen-ab-2017-und-oeffentliche-verfahren&d=%2FBekanntmachung+vom+20.12.2022+der+Allgemeinverf%C3%BCgung+des+Kreises+Heinsberg+zur+R%C3%A4umung+der+Ortslage+L%C3%BCtzerath](http://www.kreis-heinsberg.de/cms/front_content.php?parts[]=aktuelles&parts[]=oeffentliche-bekanntmachungen-ab-2017-und-oeffentliche-verfahren&d=%2FBekanntmachung+vom+20.12.2022+der+Allgemeinverf%C3%BCgung+des+Kreises+Heinsberg+zur+R%C3%A4umung+der+Ortslage+L%C3%BCtzerath) (seit spätestens März nicht mehr online verfügbar)

<sup>3</sup> [www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf)

<sup>4</sup> Dazu auch: Tina Keller, „Dem Wohl der Allgemeinheit verpflichtet“ im Grundrechtreport 2022

„das [Betretungs- und Aufenthalts-] Verbot [...] zum Schutz der privaten Eigentums- und Besitzrechte der RWE, die dem Aufenthalt der Aktivistinnen widersprochen habe, voraussichtlich rechtmäßig [sei].“<sup>5</sup> Es führte weiter aus: „Zur Beendigung des Rechtsverstoßes durfte der Platzverweis angeordnet werden; die zulässige Dauer eines Platzverweises nach dem nordrhein-westfälischen Polizeigesetz („vorübergehend“) ist von der im Einzelfall konkret in Rede stehenden Gefahr abhängig.“

Zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Allgemeinverfügung gab es neben den Besetzungen in Lützerath noch zwei angemeldete Mahnwachen, welche nach einer kurzen Auseinandersetzung bis einschließlich 9. Januar 2023 genehmigt wurden. Die Auseinandersetzung bestand darin, dass sie kurzzeitig schon zum Jahresende den Ort außerhalb Lützeraths hätten wechseln sollen, dies wurde dann aber seitens der Behörde zurückgenommen. Eine befand sich am nördlichen Rand Lützeraths und wurde bereits seit dem 21. Juli 2020 durch die Gruppe „Die Kirche(n) im Dorf lassen“ durchgeführt. Eine weitere befand sich am südlichen Ortseingang Lützeraths und wurde durch Greenpeace geleitet. Beide Mahnwachen erhielten eine Bestätigungsverfügung durch die zuständige Behörde, das Polizeipräsidium Aachen, wonach sie ihren Versammlungsort wechseln müssten. Dieser solle laut Polizeipräsidium in Sichtweite zu Lützerath liegen. Beide Veranstalter\*innen gingen gegen die Bestätigungsverfügung gerichtlich vor und reichten dagegen jeweils einen Eilantrag beim Verwaltungsgericht (VG) Aachen ein. In Bezugnahme auf die Allgemeinverfügung und besonders das Recht von RWE, als alleinige Besitzerin der Flächen und Gebäude über die Nutzung der Flächen selbst entscheiden zu können, lehnte das VG Aachen mit Beschluss vom 12. Januar 2023 beide Eilanträge ab.<sup>6</sup>

## 2.2 DIE BESETZUNG ALS VERSAMMLUNG

Als Komitee für Grundrechte und Demokratie beziehen wir uns auf das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit nach Artikel 8 GG und folgen einer radikal-demokratischen Auffassung dieser Freiheit, welche sich im Brokdorf-Beschluss des Bundesverfassungsgerichts von 1985 manifestiert.<sup>7</sup> Ableitend daraus sehen wir die Versammlungsfreiheit innerhalb der Allgemeinverfügung zweifach verletzt: Durch das darin festgelegte Betretungsverbot sowie das darin verankerte Aufenthaltsverbot.

Hinsichtlich des **Betretungsverbotes** ist festzuhalten, dass nicht erst mit Errichtung des Doppelzauns am 11. Januar 2023 Lützerath zu einer Festung wurde: schon in der Allgemeinverfügung wurde, wie bereits dargestellt, festgelegt, welche Personen das Gelände betreten dürfen: Der Zugang war exklusiv der Polizei und den RWE-Mitarbeitenden erlaubt. Sowohl Pressevertreter\*innen als auch (parlamentarische) Beobachter\*innen mussten sich polizeilich akkreditieren, damit war eine umfängliche Öffentlichkeit nicht mehr durchgängig gewährleistet. Zudem wurde mit der Allgemeinverfügung auch für die Zivilgesellschaft unmöglich, in Lützerath den Protest am Ort des Geschehens kundzutun. Dabei wäre das Betreten zum friedlichen Protest gegen die Abaggerung dort nicht nur demokratisch legitim gewesen, sondern auch grundrechtlich erlaubt.

Wir schließen uns juristischen Einschätzungen an, die den rechtlichen Bewertungen der Allgemeinverfügung in den gerichtlichen Entscheidungen widersprechen.<sup>8</sup>

Der Protest gegen die ohne Öffentlichkeitsbeteiligung mit RWE beschlossene Vereinbarung erfüllt, anders als vom Verwaltungsgericht eingeordnet, eine wichtige demokratische Funktion und ist durch die Versammlungsfreiheit grundgesetzlich abgesichert. Wesentlicher Bestandteil der Versammlungsfreiheit ist die Wahl des Versammlungsortes; Protest muss gerade auch am Ort des Geschehens möglich sein. RWE wäre weiterhin verpflichtet gewesen, die Proteste auch auf ihrem Privatgelände zu dulden, solange nicht zu befürchten war, dass die Arbeiten gewaltsam hätten verhindert werden sollen. Eine angemeldete Versammlung inklusive uneingeschränktem Zugang für Versammlungsteilnehmer\*innen – ähnlich der jahrelang bestehenden Mahnwache – hätte, dieser Auffassung folgend, auch in unmittelbarer Nähe möglich gemacht werden müssen. Statt dessen wurden Personen, die sich Lützerath näherten, innerhalb und auch außerhalb der von der Allgemeinverfügung betroffenen Fläche mit polizeilicher Gewalt vom Zugang abgehalten.

Unsere Kritik am **Aufenthaltsverbot** schließt an diese Argumentation gegen das Betretungsverbot an: die öffentliche Meinungsäußerung an einem dafür selbst gewählten Ort ist auch dann noch durch das Grundgesetz geschützt, wenn eine Räumung bereits im Gange ist. Dies schließt die Besetzer\*innen selbstverständlich ein, sie hatten ein Recht darauf, als Versammlungsteilnehmer\*innen gewertet zu werden, solange sie ausschließlich friedlichen passiven Widerstand leisten. Demzufolge hätte die Allgemeinverfügung gerichtlich keinen Bestand haben dürfen.

<sup>5</sup> [www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/04\\_230109/index.php](http://www.ovg.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/04_230109/index.php)

<sup>6</sup> [www.vg-aachen.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/14\\_220112/index.php](http://www.vg-aachen.nrw.de/behoerde/presse/pressemitteilungen/14_220112/index.php)

<sup>7</sup> [www.servat.unibe.ch/dfr/bv069315.html](http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv069315.html)

<sup>8</sup> [verfassungsblog.de/versammlungsfreiheit-in-lutzerath-zur-disposition-von-rwe-und-behorden](http://verfassungsblog.de/versammlungsfreiheit-in-lutzerath-zur-disposition-von-rwe-und-behorden)

Selbst die Polizei äußerte im Vorfeld verschiedentlich, sie gehe davon aus, dass sich der Großteil der Personen bis auf eine kleine Minderheit friedlich räumen lassen werde. Der Auslegung des Bundesverfassungsgerichts im Brokdorf-Beschluss folgend ist dies die Voraussetzung, das Recht auf Versammlung für die friedlichen Teilnehmer\*innen zu schützen. Dort steht: „Steht nicht zu befürchten, daß eine Demonstration im ganzen einen unfriedlichen Verlauf nimmt oder daß der Veranstalter und sein Anhang einen solchen Verlauf anstreben oder zumindest billigen, bleibt für die friedlichen Teilnehmer der von der Verfassung jedem Staatsbürger garantierte Schutz der Versammlungsfreiheit auch dann erhalten, wenn mit Ausschreitungen durch einzelne oder eine Minderheit zu rechnen ist. In einem solchen Fall setzt ein vorbeugendes Verbot der gesamten Veranstaltung strenge Anforderungen an die Gefahrenprognose sowie die vorherige Ausschöpfung aller sinnvoll anwendbaren Mittel voraus, welche den friedlichen Demonstranten eine Grundrechtsverwirklichung ermöglichen.“<sup>9</sup>

### 2.3 ARBEITEN VOR DEM 10. JANUAR 2023

Bereits Ende Dezember 2022 hatte die Polizei angekündigt, dass unabhängig von der Durchsetzung der Allgemeinverfügung zum 10. Januar 2023, bereits zu Beginn des Jahres mit einer höheren Polizeipräsenz in der Region gerechnet werden müsse und der Zugang zu Lützerath ab dem 2. Januar ausschließlich zu Fuß erfolgen dürfe; die Zuwege für Fahrzeuge würden gesperrt. Diese Aussage bewahrheitete sich: Am Morgen des 2. Januar begannen die räumungsvorbereitenden Arbeiten rund um Lützerath.

In dem bereits erwähnten schriftlichen Bericht der Innenausschusssitzung vom 19. Januar 2023 ist zu lesen, dass es sich vom 2. bis zum 10. Januar um die sogenannte „Vorphase zur Räumung“ gehandelt habe.<sup>10</sup> In dieser habe RWE Infrastrukturarbeiten für die Räumungsmaßnahmen durchgeführt. Sie bestanden im Bau von Wegen, Plätzen und Rampen zum Tagebau. Diese Arbeiten wären durch die Kreispolizeibehörde Aachen im Rahmen ihres gesetzlichen Auftrags geschützt worden. So ähnlich drückte es auch die Polizei Aachen auf ihrem Presseportal am 2. Januar aus.<sup>11</sup>

Was in dem Bericht als Wege bezeichnet wird, war in Realität eine etwa 16 Meter breite geplante (nicht asphaltierte) Straße, welche sich von der nördlichen Seite der Tagebaukante um Lützerath herum bis zur südlichen Seite der Kante erstreckte. Am südlichen Ende wurde zudem eine große Fläche aufgeschüttet und geplant, welche wenige Tage später als genereller infrastruktureller Stützpunkt der Polizei und der Sicherheitskräfte von RWE dienen würde. Im folgenden wird

dieser Bereich „Polizeicamp“ genannt. Die im Bericht erwähnte Rampe wurde durch den im Tagebau stehenden Großbagger gegraben. Die Distanz des Baggers zu bewohnten und befahrenen Gebieten Lützeraths wurde dadurch sehr gering.

Wir waren während dieser Tage noch nicht in der Funktion als Beobachter\*innen vor Ort. Daher können wir an dieser Stelle lediglich zusammenfassen, was wir gelesen oder von Personen vor Ort berichtet bekommen haben:

Am Morgen des 2. Januar seien zahlreiche Polizeikräfte vor Ort gewesen. Dieses Bild habe sich in den darauf folgenden Tagen wiederholt. In dieser Zeit seien bereits einzelne Proteststrukturen, wie das „Holztor“ am südlichen Eingang Lützeraths sowie ein davor stehender Tripod,<sup>12</sup> durch die Polizei geräumt und zerstört worden. Im Zuge dieser Entwicklung wurde am 3. Januar der sogenannte Tag-X durch die Initiative „LütziLebt“ ausgerufen. Dieser markierte für die Besetzenden den Beginn der Räumung und das sofortige Mobilisieren von Protestwilligen nach Lützerath.

Der Zeitraum vom 2. bis zum 7. Januar, wird berichtet, sei geprägt gewesen durch die Arbeiten von RWE mittels schwerem Gerät, durch eine immer größere Polizeipräsenz, durch das Zerstören von einzelnen Barrikaden. Gleichzeitig fanden zahlreiche bundesweite Solidaritätskundgebungen statt. Zudem seien einzelne Protestaktionen aus Lützerath heraus organisiert worden: So hätte es ab dem 5. Januar täglich kleinere und größere Sitzblockaden auf der neu entstehenden geplanten Straße gegeben. Darüber hinaus sei durch spontane Gottesdienste und Menschenketten verhindert worden, dass Strukturen im Tagebauvorfeld auf der Ostseite Lützeraths durch die Polizei geräumt werden konnten. Immer mehr Personen reisten nach Lützerath an.

Gerade bei Betrachtung der ersten Tage des neuen Jahres müssen wir die Frage aufwerfen, inwieweit die Darstellung des Innenministers Herbert Reul in der Innenausschusssitzung am 19. Januar 2023, die Polizei hätte in der Vorphase zur Räumung allein ihren gesetzlichen Auftrag erfüllt und Arbeiten von RWE geschützt, den Realitäten vor Ort entsprochen hat: Von Beginn an waren viele Polizeieinheiten vor Ort und haben aktiv eingegriffen – z.B. mit der Räumung des Holztores.

Am Sonntag, den 8. Januar, fand ein sogenannter Dorfspaziergang in Lützerath statt; ein Versammlungsformat, welches schon seit 2018 regelmäßig in den Dörfern durchgeführt wird. Berichten zufolge waren etwa 8.000 Personen vor Ort. Ein Reisebus aus Hamburg wurde an dem Tag aufgehalten und von allen Mitfahrenden die Personalien kontrolliert – eine klare Einschränkung der Versammlungs-

<sup>9</sup> [www.servat.unibe.ch/dfr/bv069315.html](http://www.servat.unibe.ch/dfr/bv069315.html)

<sup>10</sup> [www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf)

<sup>11</sup> [www.presseportal.de/blaulicht/pm/11559/5407475](http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/11559/5407475)

<sup>12</sup> Ein Tripod („Dreibein“) ist eine aus drei Beinen bestehende Konstruktion, in welche sich eine Person mittels Klettergurt hängen kann; ein Monopod („Einbein“) ist ein hoch aufragender Stamm oder Pfeiler, welcher durch eine Seilkonstruktion an weiteren Monopods, am Boden oder an festen Gegenständen abgespannt und gesichert ist.



freiheit.<sup>13</sup> Am Rande der Versammlung und gegen Ende des Nachmittags sollen sich mehrere hundert Personen auf dem Platz des späteren Polizeicamps befunden und geweigert haben, dieses zu verlassen. Die Polizei berichtet von Steinwürfen und Pyrotechnik; die Aktiven vor Ort von unvermittelter Polizeigewalt u.a. mittels Schlagstockeinsatz gegenüber Demonstrierenden.

Am 9. Januar wurde in Aachen eine Pressekonferenz der Polizei abgehalten, bei der unter anderem Polizeipräsident

Weinspach und Einsatzleiter Sauer sprachen. Sie präsentierten Einschätzungen sowie mögliche Räumungsszenarien. Es wurde mehrmals darauf verwiesen, der Einsatz werde besonnen und professionell gestaltet, mit einem Höchstmaß an Transparenz. Am darauf folgenden Dienstag, dem 10. Januar, fand eine Bürger\*inneninformationsveranstaltung in Erkelenz statt, bei welcher ähnliche Informationen mitgeteilt und Fragen beantwortet wurden.

Während dieser beiden Tage gingen sowohl die RWE-Arbeiten um Lützerath als auch der Protest dagegen weiter.

Abb. 1 | Der Zaun um Lützerath



## 3 DIE RÄUMUNG IN LÜTZERATH

### 3.1 ALLGEMEINES ZUM ABLAUF DER RÄUMUNG

In Lützerath befanden sich zu Räumungsbeginn mehrere hundert Menschen in Zelten sowie in Bäumen, Baumhäusern und Häusern. Im Anschluss an die Räumung berichtete Herbert Reul im Landtag NRW von 372 Personen, die den Ort nach Aufforderung durch die Polizei verlassen hätten und 159 Personen, die von der Polizei geräumt worden seien.<sup>14</sup>

Um eine Wiederbesetzung nach der Räumung zu verhindern, hatte NRW-Innenminister Herbert Reul bereits im November 2022 verlauten lassen, der Polizeieinsatz werde „mit einem Schlag Besetzer entfernen, Barrikaden beseitigen und sofort Häuser abreißen und Bäume roden“.<sup>15</sup>

Nach mehrwöchigen Vorarbeiten durch RWE und Polizei, bei denen es immer wieder zu Blockaden und Protestaktionen von Aktivist\*innen gekommen war, begann die eigentliche Räumung am 11. Januar: Am frühen Morgen wurde Lützerath von einer sehr großen Anzahl an Polizeikräften besetzt. Die gesamte Bodenfläche war innerhalb kürzester Zeit unter polizeilicher Kontrolle. Sämtliche Personen, die sich nicht in Blockaden, Baumhäusern, verschiedenen Mono- und Tripods oder Wohnhäusern befanden, wurden aufgefordert, das Gelände zu verlassen. Demosanitärer\*innen wurden aus Lützerath verwiesen. Zeitgleich wurde durch RWE begonnen, einen verstärkten Zaun um den Weiler Lützerath zu errichten, der Zaunbau wurde bereits am Nachmittag abgeschlossen.

Das Betreten Lützeraths war ab dem 11. Januar nur noch mit polizeilicher Akkreditierung möglich. Während der Räumungstage waren Parlamentarische Beobachter\*innen von den GRÜNEN, der Linken, von der SPD und der AfD tageweise vor Ort.

Während der Räumung vom 11. bis 16. Januar war es mit Höchsttemperaturen um die 10°C Grad kühl, aber ohne Frost, es regnete und windete. Das Wetter verschlechterte sich über die Tage, es gab teils kräftige Regenschauer und starken Wind, teilweise mit Sturmböen, es wurde kälter. Unter den schlechten Wetterverhältnissen und einer über die Tage hinweg zunehmenden Erschöpfung der Besetzer\*innen – besonders gravierend für diejenigen, die in Bäumen, Baumhäusern und anderen erhöhten Strukturen ausharrten – war die Räumung höchst riskant.

#### Der Zaun

Ein „unüberwindbarer Zaun“ sollte verhindern, was bei der Räumung der Besetzung des Hambacher Waldes geschehen war: Immer wieder waren neue Aktivist\*innen in den Wald gekommen und hatten weitere Baumhäuser gebaut. Der Zaun um Lützerath mit rund 1,7 Kilometern Gesamtlänge bestand aus zwei Reihen Bauzaun im Abstand von circa 2 Metern zueinander, beide Reihen waren in regelmäßigen Abständen mit Stahlträgern verstärkt (Abb. 1). Tage vorher

<sup>13</sup> [twitter.com/LuetziTicker22/status/1611945971520360449](https://twitter.com/LuetziTicker22/status/1611945971520360449)

<sup>14</sup> Schriftlicher Bericht des Ministers des Innern für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023 zu dem Tagesordnungspunkt „Sachstand zur Situation in Lützerath“ [www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf)

<sup>15</sup> [www.ruhrnachrichten.de/regionales/reul-plant-grosseinsatz-zur-raeumung-von-luetzerath-lassen-sie-es-nicht-eskalieren-w667110-2000683612](http://www.ruhrnachrichten.de/regionales/reul-plant-grosseinsatz-zur-raeumung-von-luetzerath-lassen-sie-es-nicht-eskalieren-w667110-2000683612)

war dafür eine breite Schneise um Lützerath geplant worden. Der Zaun wurde innerhalb weniger Stunden von RWE-Arbeiter\*innen errichtet und dicht mit Personal des privaten Wachschutzes „Mundt“ versehen. Weiterhin standen entlang des gesamten Zaunes Polizeieinsatzfahrzeuge eng aufgereiht, dazu kamen am Abend Lichtmasten<sup>16</sup> und im Verlauf der Tage schüttete RWE zudem einen Erdwall um den Zaun herum auf. Der Zaun machte Lützerath zur Festung.

Dieses Konzept erinnert an die großräumigen Absperungen von Straßenzügen für Räumungen von Häusern in Großstädten wie Berlin, bei denen sogar die Sicht auf die Räumung aus der Ferne stark erschwert wird, und sich ein Nähern und damit legitimer Protest am Ort des Geschehens von vornherein verunmöglicht werden soll.

### 3.2 DIE RÄUMUNG UND ZERSTÖRUNG DES BESETZTEN LÜTZERATH

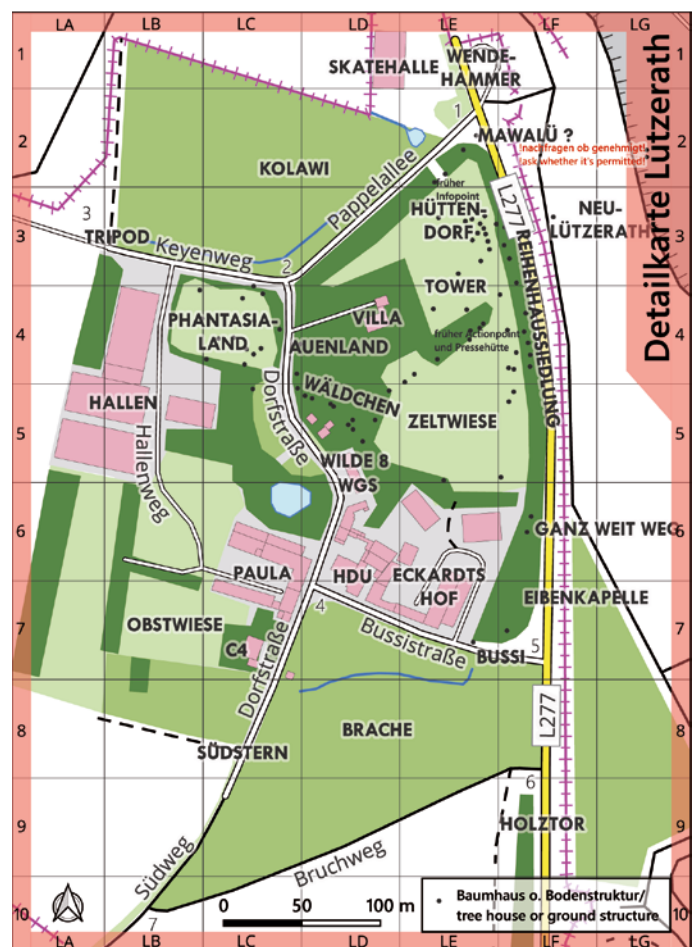
Im Kapitel 9 befindet sich die detaillierte Chronologie der Berichte unserer Beobachtungen. Wir beziehen uns bei den kommenden Kapiteln als Basis immer auf diese Beobachtungen und ergänzen sie mit externen Quellen. Wir haben im Folgenden einen zusammenfassenden Verlauf der Räumung und Zerstörung Lützeraths aufgeschrieben um einen Überblick zu verschaffen. Dabei nutzen wir auch die Eigen- bzw. Spitznamen der verschiedenen besetzten Häuser, Baumhäuser und anderer Infrastruktur in Lützerath. Zur besseren Orientierung haben wir daher zwei Kartenausschnitte in diesen Bericht eingefügt, auf welchen die Namen und weitere Geländebeschreibungen zu finden sind. Die Karte auf der rechten Seite zeigt Lützerath. Die Karte der näheren Umgebung findet sich auf Seite 14.

Nach der Erstürmung Lützeraths im Morgengrauen des 11. Januar verteilten sich Hundertschaften von Polizeikräften zunächst auf dem gesamten Gebiet und sichteten das Gelände und die darauf verteilten Blockaden und die Zahl der Besetzer\*innen. Die Aktivist\*innen wurden über die Allgemeinverfügung informiert und zum Verlassen des Geländes aufgefordert. In diesem Falle seien nach Auskunft des Innenministers „in Absprache mit der zuständigen Staatsanwaltschaft sowie der RWE Power AG keine polizeilichen Maßnahmen insbesondere zur Identitätsfeststellung angewandt“ worden. Diejenigen, die der Aufforderung nicht folgten, wurden darauf hingewiesen, dass ihnen Anklage wegen Hausfriedensbruchs drohe und sie geräumt würden. RWE hatte „signalisiert, Strafanträge zu stellen und polizeiliche Maßnahmen zur Identifizierung wurden getroffen“.<sup>17</sup> Unserer Kenntnis nach wurden bei diesen Aktivist\*innen nach der Räumung direkt erkennungsdienstliche Behandlungen (mobile/fast-ID) durchgeführt.

Am ersten Räumungstag wurden zunächst Barrikaden am Ortseingang vor den Hallen und Bodenstrukturen durch die Polizei geräumt, sowie Planen von Baumhäusern ab- und Holzstrukturen eingerissen. Der Wurf eines Molotowcocktails am frühen Morgen des 11. Januar wurde von Polizei und Presse sofort verbreitet und ging viral.<sup>18</sup>

Im Verlauf des Tages wurden alle vier Hallen geräumt. Mit der Räumung der Halle der Küche für alle (KüFa) wurde die Lebensmittel-Versorgung der Besetzer\*innen unterbunden. Sie waren nun allein auf Vorräte und die solidarische Versorgung durch andere über Traversen<sup>19</sup> angewiesen – doch waren nicht alle Strukturen an das Traversennetz angeschlossen. Am **11. Januar** wurden neben den Hallen die Tripods auf der L277 und die Eibenkapelle geräumt. Nach Einbruch der Dunkelheit wurde weitergearbeitet: Eine Person in einem Autowrack wurde aus einem Lock-On<sup>20</sup> geholt, sowie weitere Aktivist\*innen von der Polizei aus Blockaden und Lock-Ons gelöst. Die Häuser, Dächer und Baumhäuser waren nach dem ersten Räumungstag weiterhin besetzt.

Karte von Lützerath © Initiative „LütziLebt“



<sup>16</sup> [twitter.com/Ti\\_Wag/status/1613231226784997388](https://twitter.com/Ti_Wag/status/1613231226784997388)

<sup>17</sup> Schriftlicher Bericht des Ministers des Innern für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023 zu dem Tagesordnungspunkt „Sachstand zur Situation in Lützerath“ Seite 5 [www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf)

<sup>18</sup> [twitter.com/Polizei\\_NRW\\_AC/status/1613086631560454145](https://twitter.com/Polizei_NRW_AC/status/1613086631560454145)

<sup>19</sup> Gespannte Kletterseile zwischen Baumhäusern oder anderer Infrastruktur.

<sup>20</sup> Eine Vorrichtung (meist aus Beton gegossen), in welche sich Personen an die Vorrichtung oder an eine andere Person anketten.





Abb. 2 | Das „Hüttendorf“ in Lützerath am 12. Januar 2023

Am **12. Januar** wurden die Alte Mahnwache und die geräumte „Eibenkapelle“ zerstört und dem Erdboden gleichgemacht.<sup>21</sup> Die Hallen wurden eingerissen und mit dem „Haus der Unbekannten“ (HDU) das erste Gebäude geräumt, sowie das „Hüttendorf“ (Abb. 2) und Teile der „Reihenhaussiedlung“ sowie Pods und Barrikaden. Erste Bäume im „Wäldchen“ wurden direkt neben besetzten Bäumen und Traversen gefällt, um den Lützerather Wald herum wurde ebenfalls begonnen, Bäume zu fällen. Am Abend wurde bekannt, dass zwei Aktivist\*innen in einem Tunnel ausharren, die Polizei stellte die Räumung zunächst ein.

Am **13. Januar** wurde mit der Räumung der Besetzer\*innen auf dem Dach des besetzten Hofes „Paula“ fortgefahren. Über das gesamte Gelände von Lützerath verteilt waren diverse Hebebühnen gleichzeitig im Einsatz. Geräumt wurden das ehemalige Wohnhaus „Wilde 8“ und das Baumhaus „Jona & der Wal“ auf der Linde. Zwei Stützen eines Baumhauses kippten während der Räumung seitlich weg (Abb. 3).<sup>22</sup>

<sup>21</sup> [twitter.com/DanniPilger/status/1613573828092858383](https://twitter.com/DanniPilger/status/1613573828092858383)

<sup>22</sup> [twitter.com/LuetziBleibt/status/1613917644427517953](https://twitter.com/LuetziBleibt/status/1613917644427517953)



Abb. 3 | Zwei Stützen eines Baumhauses kippten während der Räumung seitlich weg



Abb. 4 | Der noch besetzte „Tower“ in Lützerath am 13. Januar 2023

Zeitgleich zu den Räumungsarbeiten fällt RWE die Pappeln an der Straße zur Mahnwache mit Harvestern, während sich dort noch Menschen mit ihren Klettergurten in Traversen befanden. Die Monopods auf der Zeltwiese wurden zerstört und die Hallen weiter abgerissen. Im „Wäldchen“ wurden erste Baumhäuser zerstört. Das denkmalgeschützte Backsteinhaus von Eckardt Heukamps Hof wurde abgerissen.

Am **14. Januar** ging die Zerstörung weiter mit dem Abriss des Wohngebäudes von Eckardt Heukamps Hof. Die letzten Baumhäuser der „Reihenhaussiedlung“ (Abb. 5) wurden



Abb. 5 | Die besetzten Baumhäuser der „Reihenhaussiedlung“



geräumt, der „Tower“ wurde geräumt und zerstört. Nur im „Phantasialand“ harrten nach dem vierten Räumungstag noch Aktivist\*innen in den Baumwipfeln aus und der Tunnel blieb weiterhin besetzt. Ein Reporter des Deutschlandfunk berichtete über eine lebensgefährliche Situation, bei der wir ebenfalls anwesend waren. Ein Bagger riss direkt neben einem Holzhaus, in dem sich noch mehrere Aktivist\*innen befanden, Bäume und Büsche aus: „Der Greifarm des Baggers schwenkte dabei teils nur wenige Meter am Gebäude vorbei. Mindestens einer der darin befindlichen Person hatte sich in einem sogenannten Lock-On festgekettet und konnte die Baracke daher nicht mehr aus eigener Kraft verlassen“.<sup>23</sup>

Am **15. Januar** wurde das „Wäldchen“ dann vollständig geräumt, Aktivist\*innen hatten dort nachts neue Traversen gespannt. Weiterhin wurden die letzten verbliebenen Aktivist\*innen aus besetzten Strukturen, u.a. dem Gigapod, im „Phantasialand“ mit Hebebühnen geräumt (Abb. 6). Parlamentarische Beobachter\*innen versuchten, einen Kontakt zum weiterhin besetzten Tunnel herzustellen.



Abb. 6 | Der Gigapod im „Phantasialand“ kurz vor der Räumung

Am **16. Januar** verließen als letzte Besetzer\*innen die Tunnelbewohner\*innen Pinky und Brain den Tunnel. Lützerath war damit nach fünf Tagen vollständig geräumt (Abb. 7).



Abb. 7  
Ein Bild der Zerstörung:  
Lützerath nach der Räumung

### 3.3 DIE VERWEHRUNG DER ERFÜLLUNG VON GRUNDBEDÜRFNISSEN

Nachts wurde stets reduziert weitergearbeitet, es wurde zwar nicht gefällt und Baumhäuser wurden nicht geräumt, aber bei dauerhaft Flutlicht und Lärm wurden etwa Menschen in Lock-Ons geräumt und Barrikaden beseitigt.<sup>24</sup> Die Angabe des Innenministeriums, polizeiliche Räumungsarbeiten seien während der Dunkelheit unterbrochen worden,<sup>25</sup> ist demnach unzutreffend.

Der eigentliche Räumungseinsatz bei Baumhäusern oder Wohngebäuden begann stets gegen 6 Uhr morgens. Wegen der Dauerpräsenz der Polizei waren Aktivist\*innen auf Tripods und Monopods und anderen erhöhten Strukturen gezwungen, auch die Nächte dort zu verbringen, um nicht aufgegriffen und geräumt zu werden.

Mit der sofortigen Zerstörung der Versorgungs-Infrastruktur durch die Polizei am ersten Räumungstag, der Ausweisung der Demosanitärer\*innen sowie einer quasi pausenlosen Räumung wurden den Besetzer\*innen Grundbedürfnisse wie Nahrungsaufnahme, Schlaf und medizinische Versorgung vorenthalten. Unter schlechten Wetterverhältnissen aus Dauerregen und starkem Wind mit Sturmböen und einer über die Tage hinweg zunehmenden Erschöpfung der Besetzer\*innen – besonders gravierend für diejenigen, die in Bäumen, Baumhäusern und anderen erhöhten Strukturen ausharrten – war die Räumung höchst riskant.

<sup>23</sup> [www.deutschlandfunk.de/luetzerath-braunkohle-rwe-raeumung-100.html](http://www.deutschlandfunk.de/luetzerath-braunkohle-rwe-raeumung-100.html)

<sup>24</sup> 22:21 Die Cops ziehen es echt durch, nachts weiter zu räumen. Krass. Mit Taschenlampen steht eine Gruppe BFE-Einheiten um die Sitzblockade zw. Phantasialand & Wäldchen. Alles sieht danach aus, dass sie diese im Dunkeln räumen wollen. Menschen in der Blockade: Ihr seid krasser, DANKE! [twitter.com/sonntagsflo/status/1613284951239327745](https://twitter.com/sonntagsflo/status/1613284951239327745)

<sup>25</sup> Schriftlicher Bericht des Ministers des Innern für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023 zu dem Tagesordnungspunkt „Sachstand zur Situation in Lützerath“ Seite 6. [www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf)

### 3.4 RÄUMUNG UNTER LEBENSGEFAHR

Stets wurden an mehreren Orten im Gelände gleichzeitig Menschen mit Hebebühnen aus Bäumen und Hochsitzen geholt, während direkt daneben unter offensichtlicher Eile mit schwerem Gerät parallel Häuser abgerissen und Bäume entfernt wurden. Wir mussten mehrfach beobachten, dass Traversen gekappt wurden, ohne dass sich Aktivist\*innen noch ausreichend sichern konnten, etwa am 12. Januar an der Vorderfront der „Paula“ und am 13. Januar im „Wäldchen“.

In direkter Nähe von Menschen in der Höhe wurden Bäume verantwortungslos nah gefällt, sowie Abrissarbeiten ohne ausreichenden Sicherheitsabstand durchgeführt, wie etwa bei der Räumung der „Paula“ am 12. Januar. Herabfallende Äste haben aktive Traversen mehrfach nur knapp verfehlt. Am 13. Januar kam es zum seitlichen Wegkippen der Stützen eines Baumhauses im „Wäldchen“, in dem sich noch eine Person aufhielt, die gerettet werden konnte. Die fortgesetzte pausenlose Räumung und Rodung trotz Wind und Wetter in großer Höhe führte mehrfach zu lebensgefährdenden Situationen, beobachten mussten wir dies etwa am „Tower“, dem „Gigapod“ oder der Pappelrodung, um nur einige Beispiele zu nennen.

Teilweise haben Aktivist\*innen, die Räumungen aus der Höhe und/oder Lösungen aus Lock-Ons erlebt haben, uns aber auch geschildert, dass diese durch die Polizei professionell und ruhig verlaufen sei, im Gegensatz zu Erlebnissen mit aggressiven und brutalen Polizeieinheiten in Blockadesituationen.

### 3.5 EINSATZKRÄFTE DER POLIZEI

Neben unzähligen Polizeieinsatzfahrzeugen waren Wasserwerfer und Räumpanzer im Einsatz, sowie Hebebühnen und andere Spezialfahrzeuge der Polizei. Wir sahen eine Vielzahl an Polizeihunden mit ihren Hundeführern, sowie in der Spitze bis zu 28 Reiterpaare. Eine große Polizeidrohne flog während der gesamten Räumungstage über dem Gelände (Abb. 8).<sup>26</sup>



Abb. 8 | Die Drohne der Polizei am Boden

Laut Informationen des Innenministeriums NRW waren „Bundespolizei, Alarminheiten sowie zahlreiche weitere Kräfte der Landespolizei NRW“ eingesetzt, was sich mit unseren Beobachtungen deckt. Insbesondere der Einsatz der BFE-Einheiten fiel uns anhand ihrer Uniformkennzeichnungen auf. Das Land NRW wurde dem Innenministerium zufolge während der Räumungsphase durch Kräfte fast aller Bundesländer und des Bundes unterstützt, auch das konnten wir vor Ort selbst beobachten. Zudem waren einige der Kletterteams Mitglieder der Spezialeinsatzkommandos (SEK).

Laut Innenministerium wurden die Höheninterventionsteams und Lösetechniker\*innen von der Bundespolizei bereitgestellt. „In der Spitze waren bis zu drei Bereitschaftspolizeiabteilungen (BPA), 15 Bereitschaftspolizeihundertschaften (BPH), zwei Beweissicherungs- und Festnahmehundertschaften sowie diverse fachtechnische Kräfte der Technischen Einsatzeinheiten mit umfangreichem technischen Einsatzgerät“ vor Ort.<sup>27</sup> Nachdem alle gebauten Strukturen am Boden und in der Höhe in Lützerath geräumt worden waren, wurde der Polizei-Räumungseinsatz am 15. Januar für beendet erklärt und die Tunnelräumung an RWE abgegeben.<sup>28</sup> Damit gab die Polizei auch die Verantwortung ab und legte das Wohlergehen zweier Personen in die Hände eines Konzerns – ein aus unserer Sicht nicht vertretbarer Schritt. Sie hätten ebenso externe Stellen für die Räumung beauftragen können.

Weiter heißt es der Information aus dem Innenausschuss des Landtags NRW vom 19. Januar 2023 zufolge, es seien „in der Spitze (Tagesschicht) bis zu 3.700 Polizeikräfte eingesetzt (13.01.2023) gewesen. Am 14.01.2023 waren in der Tagesschicht in der Spitze bis zu 3.300 Kräfte eingesetzt.“ Es habe eine „Anfrage nach Einsatzkräften bundesweit“ gegeben.

Eine Gesamtzahl der Polizeieinsatzkräfte während der Räumung ist bislang weiterhin nicht öffentlich verfügbar, auch ein im Vorfeld kalkulierter Bedarf wurde nicht veröffentlicht – ganz unüblich zu vergleichbaren Großeinsätzen dieser Bedeutung. Polizeieinsatzleiter Willi Sauer erklärte die Intransparenz im Vorfeld damit, dass „diese Zahl sofort bewertet“ würde und dazu „würden die Grundlagen fehlen“.<sup>29</sup> Bis heute ist die Gesamtzahl der eingesetzten Polizeikräfte weder öffentlich bekannt noch anscheinend von politischem Interesse – eine Anfrage an das Innenministerium NRW wurde bis Druckfassung des Berichts nicht gestellt.

<sup>26</sup> Die FDP hat dazu am 31.1.2023 eine kleine Anfrage an den LT NRW gestellt: Drucksache 18/2789

<sup>27</sup> Schriftlicher Bericht des Ministers des Innern für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023 zu dem Tagesordnungspunkt „Sachstand zur Situation in Lützerath“ Seite 8. [www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf)

<sup>28</sup> [www.rwe.com/presse/rwe-power/2023-01-16-luetzerath-aktivisten-haben-selbstgebauten-tunnel-freiwillig-verlassen](http://www.rwe.com/presse/rwe-power/2023-01-16-luetzerath-aktivisten-haben-selbstgebauten-tunnel-freiwillig-verlassen)

<sup>29</sup> [www.t-online.de/nachrichten/klima-und-umwelt/id\\_100108596/luetzerath-polizei-aeussert-sich-zur-geplanten-raeumung-im-kohledorf.html](http://www.t-online.de/nachrichten/klima-und-umwelt/id_100108596/luetzerath-polizei-aeussert-sich-zur-geplanten-raeumung-im-kohledorf.html)





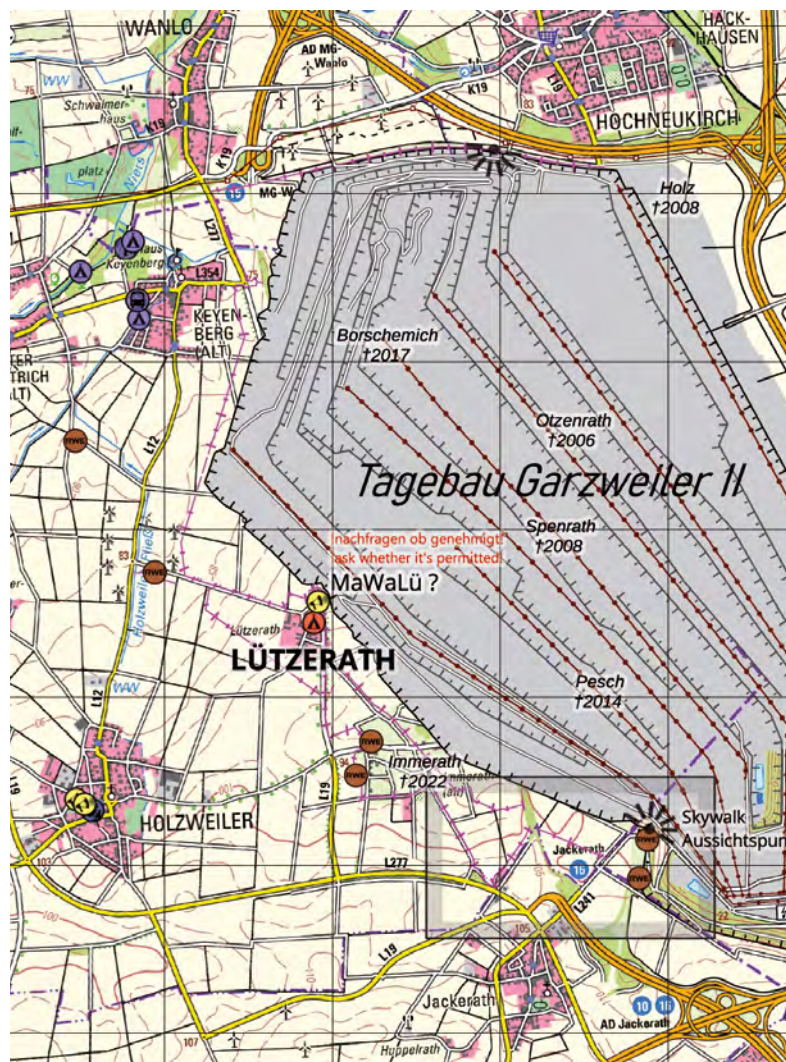
Abb. 9 | Ingewahrsam genommene Aktivist\*innen in einem Transporter der RWE Power AG © Tim Wagner

### 3.6 RWE POWER AG

Der Konzern RWE Power AG stellte neben Räum- und Rodungsmaschinen zudem mehrere Sammeltransporter,<sup>30</sup> in denen festgenommene Aktivist\*innen transportiert wurden (Abb. 9). Wir haben mindestens drei dieser Transporter gesehen, die teilweise auch als Aufenthaltsort für den privaten Wachdienst Mundt gedient haben. Der Konzern übernahm außerdem den Zaunaufbau und war für die Rodung und Zerstörung des Geländes verantwortlich, in seiner Verantwortung lag es zudem, die 2 Aktivist\*innen aus dem Tunnel zu holen RWE beauftragte unter anderem die Feuer- und die Grubenwehr sowie das THW.<sup>31</sup>

Hunderte Personen waren zudem für den privaten Wachdienst Mundt im Auftrag von RWE dafür zuständig, die Zuwege bzw. Sperren auf Zufahrtsstraßen nach Lützerath und den zweifachen Zaun vor Aktivist\*innen zu sichern. Sie machten zudem Einlasskontrollen wechselnder Intensität und glichen Presseakkreditierungen mit Ausweisdokumenten ab, teilweise auch mit der zusätzlichen RWE-Akkreditierung.

Umgebungskarte von Lützerath © Initiative „LütziLebt“



## 4 POLIZEIMASSNAHMENBEZÜGLICH VERSAMMLUNGEN UND VERSAMMLUNGSTEILNEHMER\*INNEN

### 4.1 PROTESTCAMP „UNSER ALLER CAMP“ UND DIE MAHNWACHE HOLZWEILER

Bereits im Dezember 2022 begannen die Aufbauarbeiten zu einem Protestcamp in Keyenberg, einem Dorf nah an Lützerath. Unter dem Namen „Unser Aller Camp“ entstand auf insgesamt drei Flächen eine Infrastruktur für viele hundert Personen.

Während unserer Besuche als Beobachter\*innen auf dem Camp konnten wir wenig Polizeipräsenz in der Nähe des Camps feststellen. Am südlichen Zugangsweg stand zumeist ein Mannschaftswagen der Polizei. Dieses Bild stellte sich aber am 14. und 17. Januar anders dar, als die größeren

<sup>30</sup> [twitter.com/RaphaelThelen/status/1613161752744673282](https://twitter.com/RaphaelThelen/status/1613161752744673282)

<sup>31</sup> [www.rwe.com/presse/rwe-power/2023-01-16-luetzerath-aktivisten-haben-selbstgebauten-tunnel-freiwillig-verlassen](https://www.rwe.com/presse/rwe-power/2023-01-16-luetzerath-aktivisten-haben-selbstgebauten-tunnel-freiwillig-verlassen)



Demonstrationsmobilisierungen stattfanden. An diesen Tagen war eine erhöhte Polizeipräsenz auch in Campnähe zu beobachten.

Im Gespräch mit Personen, die für das Camp mit der Versammlungsbehörde in Kontakt waren, haben wir erfahren, dass es rund um die Anmeldung und Durchführung des Camps keine versammlungsrechtlichen Probleme gegeben hatte. Es hatte mehrere Begehungen gegeben, die angekündigt und kooperativ verliefen.

Am 12. Januar änderte sich das Bild für einige Stunden. Wie uns Personen berichteten und auch auf einem Foto auf Twitter zu sehen ist, standen etwa 10 behelmte Polizist\*innen am südlichen Camp-Eingang. Dem vorangegangen war ein Vorfall, bei welchem ein Auto der Polizei in der Nähe des Camps ausbrannte – was die Polizei offenbar mit dem Camp in Verbindung gebracht hatte. Ebenfalls in diesem Tweet zu lesen und uns von Campteilnehmer\*innen im Nachgang berichtet, wurden an diesem Abend einzelne Personen am Camp auf ihre Personalien kontrolliert.<sup>32</sup>

Zusätzlich zu dem Protestcamp gab es längere Mahnwachen. Zum einen zog die Mahnwache von Greenpeace von Lützerath 10. Januar an die L12. Zum anderen wurde am 9. Januar eine Mahnwache in Holzweiler errichtet, die bis zum 19. Januar bestand. Abgesehen von anfänglichen Verhandlungen bezüglich des genauen Standortes gab es nach Aussagen der Anmelderin auch hier keine versammlungsrechtlichen Auffälligkeiten.

## 4.2 DIE GROSSDEMONSTRATION AM 14. JANUAR 2023

### *Anmeldung und Kooperation*

Die Versammlungsanmeldung für den 14. Januar wurde am 6. Dezember 2022 bei der zuständigen Behörde eingereicht. Die Route war schon oft für Demonstrationen rund um Lützerath genutzt worden – mit Anreise über Jackerath und einem Demonstrationsbeginn auf der L277 am Abzweig zur alten L19 in Richtung Lützerath und Abschlusskundgebung am Wendehammer in Lützerath. Nachdem am 20. Dezember die Allgemeinverfügung bekannt gemacht worden war, wurde am 23. Dezember in einem Telefonat zwischen Anmelderin und Versammlungsbehörde kommuniziert, dass mit dieser Allgemeinverfügung auch eine Versammlung am 14. Januar 2023 in Lützerath unwahrscheinlich wird. In diesem Telefonat bat die Versammlungsanmelderin um eine zeitnahe Rückmeldung mittels eines Bescheids; auch um gegen mögliche beschränkende Auflagen bezüglich des Ortes gerichtlich vorgehen zu können.

Nach mehrfachen erfolglosen Nachfragen seitens der Anmelder\*innen fand erst am 5. Januar 2023 ein erneutes Telefonat statt. Nun teilte die Behörde mit, dass die Demonstration nicht wie geplant in Lützerath stattfinden werden könne. Der Bitte um den Bescheid wurde erst eine Woche später, am 12. Januar, nachgekommen – nur zwei Tage vor der Demonstration. Bei den Kooperationsgesprächen ging es schlussendlich hauptsächlich um das Verkehrskonzept und den Startpunkt der Demonstration. Mit der Bitte um einen baldigen Bescheid sollte eine zu erwartende nötige gerichtliche Entscheidung bezüglich des Abschlusskundgebungsortes ermöglicht werden.

Am 9. Januar boten die Anmelder\*innen der Versammlungsbehörde außerdem alternative Abschlusskundgebungsflächen an, die teilweise außerhalb Lützeraths oder gar außerhalb der Allgemeinverfügung lagen, jedoch weitaus näher am Ort des Geschehens und damit innerhalb der notwendig gewesenen Wahrung der Versammlungsfreiheit als die letztlich zugewiesene, viel zu kleine Fläche an der L12.

Nach mehreren, kurzfristigen telefonischen Kooperationsgesprächen erging am 12. Januar der Bescheid mit Beschränkungen. Dieser umfasste ein Verbot der angemeldeten Traktoren sowie eine Ablehnung des eingereichten Verkehrskonzeptes. Außerdem untersagte er ein Aufstellen auf der L277 südlich des Kreisverkehrs Wanlo mit der Begründung, diese Straße sei zu nah am Tagebau.

Gegen diesen Beschluss wurde per Eilantrag am Verwaltungsgericht Aachen vorgegangen. Dieses beschloss am 13. Januar, dass der Bescheid zumindest an zwei Punkten eventuell nicht rechtmäßig sei, sodass eine aufschiebende Wirkung bis zu dem Urteil eines Hauptsacheverfahrens erging. In der Praxis hatte das zur Folge, dass sowohl der Aufstellungsort südlich des Kreisverkehrs Wanlo auf der L277 als auch das Verkehrskonzept für diesen Tag genehmigt wurden.<sup>33</sup>

Gegen den in dem Bescheid verfügten Abschlusskundgebungsort auf einer kleinen, aufgeschütteten Fläche neben der L12 gingen die Versammlungsanmelder\*innen nicht mehr gerichtlich vor. Durch den stark verzögert erlassenen Bescheid der Versammlungsbehörde hat diese billigend in Kauf genommen, dass sich die Anmelder\*innen mit der Durchsetzung ihres gewählten Protestortes nicht in für die Planungen angemessener Zeit an das Gericht wenden konnten. Effektiver Rechtsschutz – ein Grundrecht – wurde somit durch die Versammlungsbehörde verunmöglicht.

<sup>32</sup> [twitter.com/LuetziTicker22/status/1613584596356009990](https://twitter.com/LuetziTicker22/status/1613584596356009990)

<sup>33</sup> [www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg-aachen-6135-23-grodemo-luetzerath-darf-stattfinden-klima](http://www.lto.de/recht/nachrichten/n/vg-aachen-6135-23-grodemo-luetzerath-darf-stattfinden-klima)

Die Großdemonstration kurz hinter dem Ortsausgang von Keyenberg  
©Tim Wagner



# DER DEMONSTRATIONSTAG

Die Großdemonstration am 14. Januar selbst war in vielerlei Hinsicht bedeutend – bezüglich der Menge an angereisten Demonstrierenden; bezüglich des kollektiven zivilen Ungehorsams, welcher sich in Richtung Lützerath entwickelte und auch bezüglich des gewaltvollen Vorgehens der Polizei.

Am Ende des Tages wurden von Behörden und Veranstalter\*innen deutlich abweichende Teilnehmer\*innenzahlen kommuniziert – dass weitaus mehr als die vom Innenministerium im Nachgang verkündeten 15.000 Personen vor Ort waren, war allen dort Anwesenden offensichtlich. Die Veranstalter\*innen sprachen am Nachmittag des 14. Januar von rund 35.000 Teilnehmer\*innen.

Weder die Demonstrationsveranstalter\*innen noch die Polizei hatten den immensen Mobilisierungseffekt der tatsächlichen Räumung Lützeraths vorhersehen können. Erwartet wurde aber die Anreise von Teilnehmer\*innen aus dem gesamten Bundesgebiet und angrenzenden Ländern. Die von uns beobachtete eilige und damit lebensgefährdende Räumung Lützeraths muss auch vor diesem Hintergrund verstanden werden: Lützerath soweit zu zerstören, dass eine praktische Solidarisierung mit der Besetzung ausgeschlossen sein würde.

Offiziell hatte die Polizei im Vorfeld mit 10.000 Teilnehmer\*innen gerechnet. Laut Innenministerium waren am 14. Januar in der Spitze bis zu 3.300 Beamte eingesetzt.<sup>34</sup>

Ein Ausbruch von Demonstrationsteilnehmer\*innen in Richtung Tagebau und Lützerath muss, wie alle Tage zuvor, ein von der Polizei erwartbares Szenario gewesen sein. Mehrere hintereinander verlaufende Polizeiketten, Pferde- und Hundestaffeln sowie Wasserwerfer im Areal zwischen

Demoroute und Tagebau standen bereit, um dies zu verhindern.

Rückblickend sind in der Tat nur wenige Menschen kurzzeitig in den Tagebau eingedrungen oder haben den Zaun nach Lützerath überwunden. Allerdings setzten sich mehrere Tausend Menschen in Richtung Lützerath in Bewegung, ignorierten damit die ihre Versammlungsfreiheit beschränkende Allgemeinverfügung und schafften es, sich Lützerath bis vor den Zaun zu nähern. Im Verlauf setzte die Polizei massiv Gewaltmittel ein, insbesondere den Schlagstock und Faustschläge, ebenso wie Pfefferspray, um die Menschen von Lützerath fernzuhalten. Sie musste aber mehrfach Geländeareale aufgeben und zurückweichen – zu groß und entschlossen waren die ihnen entgegen kommenden Menschenmassen. Es wurden mehrfach die Wasserwerfer in Betrieb gesetzt, das versprühte Wasser erreichte durch den starken Wind jedoch wenige Demonstrierende und war aus polizeilicher Sicht ineffektiv und wurde schnell wieder eingestellt.

Neben erzwungenem Zurückweichen und kurzfristigen Aufgeben von „verteidigtem Boden“ sowie der Ineffizienz von Wasserwerfern und Pfefferspray befahl der Einsatzleiter ab 14:11 Uhr den Schlagstockeinsatz<sup>35</sup> – und es kam zu systematischer brutaler Polizeigewalt. Es gab zahlreiche verletzte Demonstrant\*innen, davon außerordentlich viele mit Kopfverletzungen. Demosanitäter\*innen forderten mehrere Rettungswagen sowie einen Rettungshubschrauber an, letzterer wurde allerdings nicht entsendet.

Neben der sehr spät ergangenen Versammlungsverfügung, die eine angemessene Vorbereitung sowie effektiven Rechtsschutz seitens der Anmelder\*innen verunmöglichte, fiel auf,

<sup>34</sup> Schriftlicher Bericht des Ministers des Innern für die Sitzung des Innenausschusses am 19.01.2023 zu dem Tagesordnungspunkt „Sachstand zur Situation in Lützerath“ [www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf](http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/dokumentenarchiv/Dokument/MMV18-738.pdf)  
<sup>35</sup> [rp-online.de/nrw/panorama/luetzerath-raeumung-so-sieht-das-geheime-polizeiprotokoll-aus\\_aid-83091775](http://rp-online.de/nrw/panorama/luetzerath-raeumung-so-sieht-das-geheime-polizeiprotokoll-aus_aid-83091775)

wie wenig vorbereitet das Versammlungsareal gewesen war: Die einzig markant wahrnehmbare Grenze bildete der Zaun um Lützerath mit zusätzlich lückenlos aneinander gereihten Polizeifahrzeugen, sowie den bereit gestellten Wasserwerfern und Räumpanzern. Darüber hinaus gab es keine offensichtliche Markierung des Bereichs der Allgemeinverfügung – schon gar nicht für eine so große Anzahl zu erwartender Teilnehmer\*innen. Das Gelände zwischen Tagebau/Lützerath und der Straße L12 war nicht markiert, zudem war der Bereich des Tagebaus wie die Tage zuvor nicht abgesperrt. Im Bereich zwischen Keyenberg und Tagebau sowie direkt vor der Abbruchkante befanden sich gar keine Polizeieinheiten.

Es war am 14. Januar – wie auch am 12. und 17. Januar – ausschließlich die schmale Straße L12 als Versammlungsroute in dem Bereich südlich von Keyenberg vorgesehen; zudem noch eine sehr kleine, von RWE aufgeschüttete Fläche für die Abschlussveranstaltung.

Allen Beteiligten muss im Vorfeld klar gewesen sein, dass dieses Areal unter keinen Umständen für die Sammlungsteilnehmer\*innen von nah und fern ausreichen würde. Es wäre die Aufgabe der Polizei gewesen, gemeinsam mit den Veranstalter\*innen eine adäquate Route inklusive Kundgebungsorten zu finden. Stattdessen wurden die sich von der angemeldeten Route entfernenden Teilnehmer\*innen mittels Pferden und Polizeiketten, mittels Einsatz von Schlagstöcken und körperlicher Gewalt davon abgehalten, in Richtung Lützerath zu gehen.

Wir als Beobachter\*innen haben gesehen, welchen kollektiven zivilen Ungehorsam es in Richtung Lützerath gegeben hat, wie viele Menschen sich auf den Weg über die Felder gemacht und die angemeldete Demoroute verlassen haben. Sie waren ein Abbild der gesamten Demonstrationsteilnehmer\*innen – organisierte Aktivist\*innengruppen, Rollifahrer\*innen, jung und alt, Familien mit Kindern. Alle diese Menschen standen weiterhin unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit. Das gilt auch angesichts der Tatsache, dass einzelne Personen Feuerwerk oder Rauchtöpfe zündeten oder Schlamm in Richtung der Polizei warfen.

Wir waren Zeug\*innen, wie Tausende durch Polizeiketten geschlüpft sind und sich entschlossen auf den Weg in Richtung Lützerath gemacht haben – zu dem Ort, an welchem sie gegen die Räumung und die polizeiliche Durchsetzung der Zerstörung protestieren wollten. Sie haben sich somit ein Stück der ihnen zuvor per Allgemeinverfügung entwendeten Versammlungsfreiheit zurückerobert und den Ort des Protestes selbstbestimmt gewählt. Es war wahrlich ein Ausdruck ungebändigter unmittelbarer Demo-

kratie. Ungebändigte Demokratie, die unnötigerweise mit vielen Verletzten endete: es gab keinen Grund – außer dem sturen Festhalten an der Allgemeinverfügung – den Schlagstockeinsatz zu befehlen und so massiv gewaltvoll und unverhältnismäßig gegen die Demonstrierenden vorzugehen.

Nachträglich verteidigte Herbert Reul im Innenausschuss am 19. Januar den Schlagstockeinsatz als notwendig und legitim. Er proklamierte einen „sachgemäßen Einsatz“, nachdem der Schlagstock nicht den Kopfbereich, Hals, Rückgrat, Nieren, Brustbein oder Rippenbögen treffen dürfe. Doch selbst diese Vorgaben wurden von den Polizeieinsatzkräften bewusst und massenhaft missachtet, wie sowohl unsere Beobachter\*innen als auch die Demo-Sanitäter\*innen berichten. Letztere dokumentierten Verletzungen gerade im Kopfbereich. Auch Faustschläge durch die Polizei wurden vielfach berichtet. Der Faustschlag ins Gesicht ist als anerkanntes polizeiliches Einsatzmittel der Wahl, wie Polizeinspekteur Michael Schemke in der Innenausschusssitzung erklärte.<sup>36</sup>

Im Nachgang haben sich auf einen Aufruf der Presse AG der Initiative „Lützerath Lebt“ innerhalb von 12 Stunden über 140 Personen gemeldet, die aus ihrer Sicht Polizeigewalt erfahren haben – ein Großteil davon auf der Großdemonstration.<sup>37</sup>

Wir als Beobachter\*innen haben während unserer Beobachtung am 14. Januar und danach keine einzige Person gesprochen, die nicht entweder selbst Polizeigewalt erlebt oder aber gesehen hat. Das Ausmaß dessen, was vor den Toren Lützeraths, auf den Feldern zwischen Zaun und der Straße L12 an diesem Tag passiert ist, ist keineswegs eine „unglückliche“ oder eine von der Landesregierung dargestellte Lappalie von Einzelfällen.

Es ist das Resultat einer Polizei, die mit dem Argument der Rechtsdurchsetzung legitimen und von der Versammlungsfreiheit geschützten Protest mit Gewalt angreift, während sie vordringlich Konzerninteressen schützt und dafür nicht nur nicht zur Rechenschaft gezogen wird, sondern für den „erfolgreichen Einsatz“ sogar durchweg, insbesondere von Regierungsvertreter\*innen der schwarz-grünen Landtagsfraktionen, gelobt wird.<sup>38</sup> In Anlehnung an Olaf Scholz' Deklaration nach den Polizeiexzessen zum G20-Gipfel in Hamburg hat es demnach auch in Lützerath keine Polizeigewalt gegeben. Das ist im Endeffekt keine Überraschung, war der Einsatz ja von eben dieser Regierung befohlen worden. Auch deshalb war schon die Entscheidung für die Räumung letztlich die Entscheidung für Gewalt – es war nur die Frage, wie brutal diese tatsächlich vonstatten gehen würde.

<sup>36</sup> Video Innenausschuss: 8. Ausschusssitzung vom 19.01.2023,

Min 2:04:23 [www.landtag.nrw.de/home/mediathek/video.html?kid=cc33e175-bc9b-4e1f-b392-0d7965c9fe3d](http://www.landtag.nrw.de/home/mediathek/video.html?kid=cc33e175-bc9b-4e1f-b392-0d7965c9fe3d)

<sup>37</sup> Pressemitteilung vom 17.01.2023; Dokumentation der Polizeigewalt um Lützerath: [www.luetzerathlebt.info/pressemitteilungen](http://www.luetzerathlebt.info/pressemitteilungen)

<sup>38</sup> [www.welt.de/politik/deutschland/video243210387/Luetzerath-Diese-Faktoren-spielen-der-Polizei-bei-der-Raerumung-in-die-Haende.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/video243210387/Luetzerath-Diese-Faktoren-spielen-der-Polizei-bei-der-Raerumung-in-die-Haende.html)



#### 4.3 POLIZEIMASSNAHMEN BEI ANDEREN VERSAMMLUNGEN

Neben der Großdemonstration am 14. Januar gab es zahlreiche weitere angemeldete Versammlungen rund um Lützerath. Die folgenden sind uns bekannt:

- Am 10. Januar eine Kundgebung in Erkelenz anlässlich der Infoveranstaltung von Polizeipräsident Weinspach
- Am 12. Januar eine Demonstration von u.a. „Alle Dörfer bleiben“ von der Kirche Keyenberg in Richtung Lützerath auf der L12
- Am 16. Januar eine Tanzdemo von Keyenberg in Richtung Lützerath auf der L12
- Am 17. Januar eine Demonstration im Rahmen des Aktionstages von der Kirche Keyenberg bis nach Holzweiler
- Am 18. Januar eine Demonstration für den Erhalt der Windkraftanlagen, ausgehend vom Camp in Keyenberg auf die L12
- Am 19. Januar eine Demonstration vom Camp in Richtung Wanlo

Zusätzlich kam es in für uns nicht zählbaren Situationen zu unangemeldeten Versammlungen. Eine größere, bei der wir auch zugegen waren, war die Aktion von „Kohle Ersetzen“ am 17. Januar. An dem Tag fanden auch Aktionen von „Ende Gelände“ am Tagebau Inden und an der Kohlebahn bei Neurath statt – beide haben wir nicht beobachtet.

Grundsätzlich haben wir als Beobachter\*innen nicht alle angemeldeten Versammlungen selbst verfolgen können und können daher nur ausschnittsweise Tendenzen und Bewertungen darlegen. Dabei beziehen wir uns vor allem auf die beiden größeren Demonstrationen am 12. und am 17. Januar 2023 mit jeweils mehreren hundert Teilnehmer\*innen. Während wir am 17. Januar selbst mit drei Teams vor Ort waren, haben wir bezüglich der Demonstration am 12. Januar mehrere Gespräche geführt – sowohl mit Teilnehmer\*innen, als auch mit der Versammlungsleitung.

Sowohl am 12. Januar als auch am 17. Januar verliefen die Demonstrationzüge ähnlich. Es wurde an der Kirche Keyenberg gestartet und über die L12 in Richtung Lützerath gelaufen. In beiden Fällen waren von Beginn an Polizeikräfte mit Helmen an den Seiten vor Ort; die Demonstrationzüge wurden durch mehrere Einheiten und Polizeieinsatzfahrzeuge begleitet; es wurde zur Seite zum Tagebau hin in einer lockeren Polizeikette neben der Demonstration gelaufen.

Ebenfalls wurden beide Demonstrationen – ähnlich wie auch die vom 14. Januar – am Los- bzw. Weiterlaufen gehindert, mit dem Verweis, dass sich verummte Personen im Demonstrationzug aufhalten würden.

Nach einiger Zeit verließen an verschiedenen Stellen Personen die angemeldete Route und durchflossen teilweise Polizeiketten. Die Polizei reagierte an beiden Demonstrationstagen mit dem unvermittelten Einsatz von Pfefferspray und Schlagstöcken. Einzelne Personen wurden gezielt herausgezogen und durch körperliche Gewalt zu Boden gebracht und auf ihre Personalien kontrolliert. Besonders am 17. Januar fielen die eingesetzten Pferdestaffeln auf. Immer wieder konnten auch wir Situationen beobachten, in denen Pferde in die Demonstrationsteilnehmer\*innen hineingeritten wurden (Abb. 10). Sie wurden nicht nur zur Abschreckung und zum Aufhalten von Personen eingesetzt, sondern auch gezielt, nicht nur gegen sich nach vorn bewegende, sondern auch gegen stehende oder gar sitzende Personengruppen eingesetzt. Ein Vorgehen, welches in mindestens zwei Fällen zu panikähnlichen Situationen bei einzelnen Teilnehmer\*innen geführt hat.



Abb. 10 | Gefährlicher Einsatz von Polizeipferden am 17. Januar © Tim Wagner

Wie am 14. Januar auch, bewerten wir die Maßnahmen der Polizei gegenüber Demonstrationsteilnehmer\*innen, die sich zwar von der angemeldeten Route entfernten, wohl aber noch eine Versammlung darstellten, als absolut unverhältnismäßig. Auch wenn uns keine schweren Verletzungen aus den Einsätzen bekannt sind, so ist doch mindestens sicher, dass es zu leichteren körperlichen Verletzungen gekommen ist. Es ist zudem nicht auszuschließen, dass Personen traumatische Erlebnisse durch Polizeihandeln erfahren haben, die noch lange nachwirken können.

Ähnlich wie bei der Demonstration am 14. Januar gab es auch bei den Demonstrationen am 12. und 17. Januar Auseinandersetzungen um die Demoroute.

Wie uns die Versammlungsanmeldung im Nachgang berichtete, wurde die Demonstration für den 12. Januar am 6. Januar angemeldet. Jedoch erfolgte ein erstes Telefonat seitens der Versammlungsbehörde erst am 11. Januar und damit einen Tag vor der Demonstration. Die angemeldete Demonstrationroute wurde mündlich insoweit in Frage gestellt, als dass alle Feldwege und alle Straßen außer der L12 vollständig (ab)gesperrt und nicht nutzbar seien. Zu diesem Zeitpunkt waren an zahlreichen Feldwegen jedoch keine Absperrungen erkenntlich; auch lagen nur einige wenige Wege in dem Bereich der Allgemeinverfügung; die angemeldete Demonstrationroute befand sich komplett außerhalb der Verfügung. Nachdem dies dem Mitarbeiter der Versammlungsbehörde dargestellt wurde, meinte er, das wäre eine Information von RWE und er wolle sich diesbezüglich noch einmal rückversichern und sich erneut melden. Dies geschah jedoch erst am Mittwochmorgen, den 11. Januar gegen 7 Uhr. In diesem Telefonat wurde eine sehr kurze Demonstrationroute ausschließlich auf der L12 beschieden und für alle weiteren zu regelnden Dinge, wie z.B. das Mitführen eines Lautsprecherwagens, auf die Kooperation vor Ort verwiesen.

Die Absprachen für den 17. Januar verliefen ähnlich: auch hier wurde nur ein kurzes Telefonat geführt, die kurze Route beschieden und für weitere Absprachen auf die Beamt\*innen vor Ort verwiesen.

Aus Sicht der Versammlungsfreiheit, gerade auch in Hinblick auf das bereits ausgeführte Recht auf die Wahl des Ortes des Protestes, ist diese Einschränkung auf die L12 als unverhältnismäßig zu bewerten. Selbst wenn sich auf die

Allgemeinverfügung gestützt wurde, so wären doch viele Feldwege außerhalb dieser Verfügung vorhanden gewesen und ein Protest an dieser Stelle hätte ermöglicht werden müssen.

#### 4.4 KLEINGRUPPENAKTIONEN

Neben den angemeldeten und unangemeldeten größeren Demonstrationen gab es mehrere kleine, unangemeldete Versammlungen – sogenannte Kleingruppenaktionen. Wir wissen von drei, wovon wir bei zwei auch vor Ort gewesen sind. Am ersten Räumungstag, dem 11. Januar, seilten sich zwei Personen an einer Brücke bei Jackerath ab, welche über die Zufahrtsstraße zum Tagebau verläuft und somit eine Passierstelle für Einsatzfahrzeuge der Polizei und Maschinen darstellte. Fünf Tage später wiederholte eine andere Gruppe diese Aktionsform an derselben Stelle – dieses Mal handelte es sich um fünf Personen, von denen zwei in ihren Rollstühlen saßen.

Die dritte Kleingruppenaktion fand am 17. Januar ganz in der Nähe dieses Ortes statt und wurde von Aktivist\*innen der „Letzten Generation“ durchgeführt, welche sich für mehrere Stunden an die Zufahrtsstraße klebten. Alle drei Aktionen wurden durch die Polizei geräumt – teilweise unter Inanspruchnahme von Spezialeinheiten wie der Höheninterventionsteams.

In allen Fällen wurden die Aktivist\*innen – auch ohne Angabe von Personalien – zeitnah gehen gelassen. Ein Vorgehen, was für Kleingruppenaktionen bei Personalienverweigerung nicht typisch ist.

## 5 EXTERNE BERICHTE DES ERMITTLUNGS-AUSSCHUSS (EA) UND DER DEMO-SANITÄTER\*INNEN

Die folgenden Texte wurden vom „Rheinland-EA“ und Demo-Sanitäter\*innen selbst verfasst und von uns in keiner Weise verändert. Es handelt sich um ihre Erfahrungen, Sichtweisen und Schlussfolgerungen. Wir werden diese in unserer Zusammenfassung einordnen.

„Demonstrations-Sanitäter\*innen“ bieten qualifizierte medizinische Erstversorgung für alle Verletzten an, die im Umfeld von Demonstrationen Hilfe benötigen. Im Kontrast zum regulären Rettungsdienst sind sie bei Demonstrationen oder in Camps bereits vor Ort. Sie arbeiten ehrenamtlich und behandeln Patient\*innen anonym. Das bedeutet, dass nur die für die medizinische Behandlung absolut notwendigen Informationen erhoben werden.

Ein Ermittlungsausschuss (EA) ist eine unabhängige Gruppe, die linke Strukturen oder einzelne Leute unterstützt. Er ist erreichbar, wenn Personen von Ingewahrsamnahmen oder Polizeiübergriffen betroffen sind oder diese beobachtet haben. Wenn nötig, vermittelt er Anwält\*innen des Vertrauens.

### 5.1 AUSWERTUNG DES RHEINLAND-EA (ERMITTLUNGS-AUSSCHUSSES) ZUR RÄUMUNG VON LÜTZERATH

Im Rahmen der Räumung des besetzten Dorfes Lützerath im rheinischen Braunkohlerevier im Januar 2023 kam es zu einem erwartbar hohen Polizeiaufgebot. Für eine Zusammenfassung der staatlichen Repressionen ist jedoch auch ein Rückblick auf die vergangenen 2,5 Jahre der Besetzung notwendig.

## Geschwindigkeit bedeutet Gefährdung

Die Räumung, Rodung und Zerstörung von Lützerath im Januar 2023 zeichnete sich aus unserer Sicht vor allem durch ihre Geschwindigkeit aus, welche als bewusste Strategie seitens der Behörden gesehen werden muss und für alle Anwesenden ein gefährliches Unterfangen bis hin zur Lebensgefahr bedeutete. Früher als gedacht begann der Großeinsatz der Polizei, sehr schnell wurden Aktivist\*innen aus ihren Wohnungen, Baumhäusern und Hütten gezogen, schneller als erwartet war alles vorbei und das Dorf komplett zerstört. Diese Hektik seitens der Polizei bedeutete ein hohes Risiko für die betroffenen Aktivist\*innen, da bspw. auch gefährliche Höhen„rettungen“ mittels Hebebühnen in unmittelbarer Nähe zu Baumfällungen durchgeführt wurden. Die Behörden hatten offenbar aus den Geschehnissen im Hambacher Forst gelernt und nun beschlossen: Was erstmal kaputt ist, kann nicht gleich wieder besetzt werden. Auf technisch geschulte Kletterpolizist\*innen wurde gern auch mal verzichtet und selbst der Umgang mit dem Aufsehen erregenden Tunnel wurde nach kurzer Zeit in die Hände von RWE-Personal gelegt. Hier wurden erneut bewusst Menschenleben aufs Spiel gesetzt und wir können alle von Glück reden, dass es keine Todesfälle gab.

## Langzeitgewahrsam zur Personalienfeststellung

Während der heißen Räumungsphase im Januar kam es tatsächlich zu verhältnismäßig wenigen „richtigen“ Gewahrsamnahmen, bei denen die Betroffenen in GeSas (Gefangenensammelstellen) in größere Städte verbracht wurden. Mindestens 25 Personen wurden im Polizeigewahrsam nach Aachen, Köln oder Mönchengladbach transportiert, bei mindestens 7 davon wurde innerhalb weniger Stunden das 7-tägige Gewahrsam zur Feststellung der Identität angeordnet, welches mit dem neuen Polizeigesetz möglich ist. Diese polizeiliche Maßnahme missachtet grundlegende Spielregeln des Rechtsstaates: Noch lange vor einem Gerichtsprozess werden hier Angeklagte/Verdächtige bereits mit Freiheitsentzug bestraft, die Unschuldsvermutung wird missachtet. Die Verweigerung der Personalienangaben ist dem Staat offensichtlich ein Dorn im Auge. Manche der betroffenen Aktivist\*innen wurden früher aus dem Langzeitgewahrsam gelassen, weil ihre Fingerabdrücke doch noch genommen werden konnten, ihre Identität festgestellt wurde oder sie ihre Personalien freiwillig angaben. Die Gewahrsamnahme von anonymen Personen ist jedoch noch aus einem weiteren Grund zu kritisieren: In den letzten Jahren berichteten uns Betroffene oftmals von folter-ähnlichen Misshandlungen durch die Polizist\*innen in der GeSa. Schlafentzug, Nahrungsentzug, Verweigerung von Toilettengängen, körperliche Gewalt und

erniedrigende Kommentare sind keine Einzelfälle, sondern bilden inzwischen ein Muster. Mit Aktivist\*innen, die ihre Identitätsangabe verweigern, wird mitunter besonders hart umgegangen, da hier die Beamt\*innen erst recht keine Konsequenzen fürchten müssen: Wer anonym bleiben will, kann nicht klagen.

## Hunderte im Kurzzeitgewahrsam vor Ort zur polizeilichen Erfassung

Den verhältnismäßig wenigen „richtigen“ Gewahrsamnahmen stehen jedoch hunderte Fällen gegenüber, bei denen die Aktivist\*innen vor Ort mehrere Stunden von der Polizei festgehalten wurden. In Lützerath und teilweise auf freiem Feld wurden erkennungsdienstliche Behandlungen (mobile/fast-ID) und Durchsuchungen durchgeführt. Obwohl viele Betroffene diese Schnellverfahren vor Ort der Zelle in der Polizeistation vorziehen, ist zu kritisieren, dass fundamentale Rechte im Polizeigewahrsam hier nicht eingehalten werden können bzw. wurden: Der Anruf bei einem Rechtsbeistand, die Benutzung von Sanitäreinrichtungen oder schlichtweg das Aufwärmen des Körpers bei Minusgraden wird nicht ermöglicht, wenn Personen stundenlang auf offenem Feld oder in Gefangenentransportern ausharren müssen. Besonders absurd und fragwürdig erscheint das sogenannte „Verbringungs-gewahrsam“, welches mindestens 70 Menschen an einem der Aktionstage widerfuhr: Sie wurden von der Polizei nach langer Wartezeit im Gefangenentransporter in ein mehr als 70km entferntes Dorf in der Eifel verbracht und dort freigelassen. Die Rückreise dauerte Stunden. Für das Verbringungs-gewahrsam fehlt in NRW die konkrete Rechtsgrundlage, da diese Form im Polizeigesetz nicht erwähnt wird. Trotzdem handelt es sich um gängige Polizeipraxis.

## Polizeigewalt auf Großdemo als legale Strategie

Hinzu kommt im Falle Lützeraths, dass die Polizei die wenigen oder aber kurzen Gewahrsamnahmen mit immenser Polizeigewalt auf der Großdemo und während der Massenaaktionen zivilen Ungehorsams kompensiert. Mindestens 8 Personen mussten vor oder anstelle des Polizeigewahrsams mit schweren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Die Demo-Sanitäter\*innen berichten von weitaus mehr Fällen (auch ohne Polizeigewahrsam) und insbesondere Verletzungen am Kopf (Platzwunden, gebrochene Nasen, ausgeschlagene Zähne), welche nur durch gezielte Schläge von der Polizei entstanden sein können, nicht durch Stolpern oder Schubsen im Tumult. Auch von berittener Polizei und eingesetzten Polizeihunden ging eine erhebliche Gefahr für Anwesende aus.



Diese Schreckensbilder sind Beweise einer brutalen und aggressiven Polizeistrategie bei großen Versammlungen, die das Gegenteil von Deeskalation ist. Die von körperlicher Polizeigewalt betroffenen Aktivist\*innen haben kaum Chancen, sich juristisch zu wehren. Anzeigen gegen Polizist\*innen sind selten erfolgreich, weil Polizist\*innen sich gegenseitig decken und Richter\*innen ihnen grundsätzlich mehr Glauben schenken. Körperlicher Zwang und Schmerzgriffe sind für die Polizei gesetzlich legitimiert. Es folgt zudem in der Regel eine Gegenanzeige für die klagende Person. In NRW wird diese Problematik zusätzlich dadurch verhärtet, dass es keine Kennzeichnungspflicht für Beamt\*innen gibt, sodass meistens der:die Täter\*in gar nicht erst identifiziert werden kann. Die Anonymität prügelnder Polizist\*innen steht in harschem Gegensatz zu der Hartnäckigkeit, mit dem der Staat gegen Aktivist\*innen vorgeht, die ihre Identität nicht preisgeben wollen. Darüber hinaus ist Polizeigewalt nicht als individuelles Fehlverhalten zu kritisieren, bei dem über die Stränge geschlagen wurde, sondern als legaler Bestandteil und zentrale Funktionsweise einer fragwürdigen Institution, die dazu geschaffen ist, bestimmte Interessen durchzusetzen.

#### Vorwürfe nach Strafgesetzbuch und Versammlungsgesetz

Die häufigsten (Straf-)Vorwürfe während der Räumung waren, abgesehen von der Ordnungswidrigkeit der Personalienverweigerung; Landfriedensbruch, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamt\*innen, tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamt\*innen, Vermummung, Verstoß gegen die Allgemeinverfügung Lützerath nicht zu betreten und Hausfriedensbruch. Dies ist insofern interessant, da es mit der Allgemeinverfügung eine eher niedrigschwellige Rechtsgrundlage gab, die gereicht hätte, Personen mit einem Platzverweis aus Lützerath zu verbannen und nur bei wiederholtem Betreten zu härteren Mitteln zu greifen. Der häufiger genannte Vorwurf des Landfriedensbruchs bezieht sich dagegen auf eine eher schwere Straftat mit einem sehr schwammig formulierten Paragraphen. Als „Riot-Paragraph“ bezieht sich Landfriedensbruch auf gewalttätige Ausschreitungen gegen Menschen oder Sachen, die aus einer Gruppe heraus begangen werden. Das konkrete Verhalten der Einzelnen ist hier weniger relevant als das Gesamtbild der Situation, welches jedoch über den Verantwortungsbereich Einzelner hinaus geht. Der ideale Strafvorwurf also für unübersichtliche Situationen im Rahmen von großen Versammlungen, bei denen sich die schwer bewaffnete Polizei irgendwie subtil bedroht fühlt von den tausenden Protestierenden.

Der Straftatbestand der Vermummung sticht hervor, da es sich hier um das Versammlungsgesetz und nicht um das Strafgesetzbuch handelt. Erneut geht es an dieser Stelle um die Verschleierung der Identität, die als Strategie

gegen Repressionen mit einer Verschärfung der Gesetzeslage beantwortet wurde. Bereits im August letzten Jahres wurden Teilnehmende einer Sitzblockade mit diesem Vorwurf konfrontiert, als sie versuchten zu verhindern, dass RWE das Dorf mit einem Erdwall frühzeitig zum Betriebsgelände erklärt.

Vom Vorwurf des Hausfriedensbruchs wurde kürzlich erst ein Aktivist aus Lützerath vom Amtsgericht Erkelenz freigesprochen, da die Umfriedung (d.h. Begrenzung) des Tagebaus nachweislich nicht durchgängig war.

Wie viele strafrechtliche Verfahren oder gar rechtskräftige Verurteilungen es wegen Lützerath noch geben wird, wird sich allerdings erst in den kommenden Monaten und Jahren zeigen. Ermittlungsverfahren laufen noch und die bürokratischen Mühlen der Justiz mahlen langsam. Obwohl die Polizei versucht hat, schon vor Ort möglichst viele Daten von Demonstrierenden zu sammeln, werden die meisten vermutlich anonym bleiben.

#### Versammlungsrecht

Aus Perspektive des Versammlungsrechts ist für Lützerath interessant, dass es über zwei Jahre lang eine Dauermahnwache und auch ein dauerhaftes Versammlungsgeschehen gab. Mit der Allgemeinverfügung des Kreises Heinsberg vom 20.12.2022 wurde die Mahnwache faktisch verboten und die Versammlung in Lützerath illegalisiert. Auch wenn mit neuen Mahnwachen in umliegenden Dörfern und dem Protestcamp im Keyenberg neue Orte für angemeldete Versammlungen geschaffen wurden, war Lützerath als Versammlungsort nicht zu ersetzen, da es sich hier nicht nur um einen Ort mit symbolischen Charakter handelte, sondern durch die Versammlung und Besetzung ganz praktisch die Zerstörung des Dorfes, das Abbaggern der Kohle darunter und damit das Ignorieren internationaler Klimaschutzziele lange Zeit faktisch verhindert wurden. Der Versammlungsort und -anlass waren hier miteinander verwoben und wurden quasi gleichzeitig zunichte gemacht.

Es ist jedoch mit Freude festzustellen, dass sich trotz der weitreichenden Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, die mit der Verschärfung des Versammlungsgesetzes in NRW Ende 2021 ermöglicht wurden, tausende Menschen in Lützerath und insbesondere bei der Großdemo eingefunden haben, um sich gegen die Zerstörung von Klima und Umwelt einzusetzen. Die beabsichtigte abschreckende Wirkung des Versammlungsgesetzes, welche bspw. das Tragen von weißen Anzügen oder Schlauchschals verhindern sollte, ist offenbar nicht eingetreten. Stattdessen haben sich viele mutige Menschen nicht davon abhalten lassen, ihre Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit wahrzunehmen.

## Zusammenfassung und Ausblick

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Räumung von Lützerath mit dem erwarteten Großaufgebot von Polizeikräften gewaltsam durchgesetzt wurde. Unerwartet für viele war die Geschwindigkeit der Räumung, die eine Wiederbesetzung verhindern sollte und die Leben der Aktivist\*innen aufs Spiel setzte. Obwohl verhältnismäßig wenige Personen in tagelangem Polizeigewahrsam zur Personalienfeststellung ausharren mussten, wurden hunderte Personen vor Ort stundenlang festgehalten, durchsucht und polizeilich erfasst. Die Beamt\*innen wendeten besonders bei Massenaktionen und bei der Großdemo viel körperliche Gewalt an und verletzten dutzende Menschen, teilweise schwer. Wie viele Aktivist\*innen in den nächsten Jahren mit Anzeigen, Gerichtsprozessen und Strafen konfrontiert werden mögen, lässt sich jetzt noch nicht abschätzen. Mit Lützerath geht ein weiterer Ort in die Bewegungsgeschichte ein, der uns zeigt: Es ist dem sogenannten demokratischen Rechtsstaat wirklich egal, wie viele tausende Menschen sich für den Erhalt unseres Planeten und einen Systemwandel erheben, oder dass die Wissenschaft uns inzwischen einstimmig mahnt, dass ein anderer Weg möglich und nötig wäre. Die Interessen von Industrie und Kapital werden entgegen besseren Wissens und Gewissens mit staatlicher Gewalt durchgesetzt. Doch was in Lützerath an widerständigem Gedankengut und solidarischen Netzwerken entstanden ist, konnte nie geräumt werden und wird sich weiter verbreiten. Die staatlichen Repressionen, die noch kommen werden, sollen uns einschüchtern, doch sie werden uns nur bestärken, dass es richtig war und wichtig bleibt, für ein besseres Leben für alle zu kämpfen.

Rheinland-EA, Februar 2023

rheinlandea@riseup.net

## 5.2 AUSWERTUNG DER DEMO-SANITÄTER\*INNEN

Die Schweigepflicht des behandelnden Personals ist seit über 2.000 Jahren die unabdingbare Grundlage für eine vertrauensvolle Ärzt\*innen-Patient\*innen-Beziehung und eine gute Behandlung. Bei anderen Demonstrationen haben wir mehrfach erlebt, dass diese Schweigepflicht seitens der behandelnden Krankenhäuser gebrochen wurde und etwa Personalien oder gar Entlassbriefe an die Polizei weitergegeben wurden. Im Fall Lützerath schilderte uns ein\*e Aktivist\*in die Herausgabe der Personalien vom Hermann-Josef-Krankenhaus Erkelenz an die Polizei wenige Tage vor der Demonstration. Nach Herausgabe der Daten ließ die Polizei sich eine Schweigepflichtentbindung von der verletzten und in der Situation überforderten Person unterschreiben.

Die Polizei geht grundsätzlich davon aus, dass von der Polizei verletzte Aktivist\*innen polizeiliche Anweisungen missachtet hätten und somit körperlicher Zwang verhältnismäßig gewesen sei. Häufig werden die verletzten Aktivist\*innen also wegen „Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte“ angezeigt. Wir bemühen uns daher unsere Patient\*innen vor weiterer Repression zu schützen und ihnen dennoch die bestmögliche und notwendige medizinische Versorgung zukommen zu lassen. Zum Schutze unserer Patient\*innen führen wir deshalb auch keine Statistiken und benennen keine konkreten Verletzungsmuster, die Rückschlüsse auf Einzelpersonen zulassen würden. Auch achten wir darauf, dass wir aufgrund oben genannter Schweigepflichtmissachtungen den Krankenhäusern möglichst wenig detaillierte Informationen zukommen lassen. Dass weder Polizei, noch Presse Zahlen oder Informationen über unsere Patient\*innen bekommen, sehen wir somit als ein Qualitätsmerkmal unserer Arbeit.

In den Tagen zur Vorbereitung der Räumung ab dem 2.1., der Räumung und der Großdemo am 14.1. kam es zu einer Vielzahl von Verletzten, die von uns Demosanitäter\*innen behandelt werden mussten. Es großer Teil dieser entstand aus Einwirkungen der Polizei. Kennzeichnend für das Ausmaß der Polizeigewalt standen dabei unerwartet viele Verletzungen von Kopf und Thorax, die zeigen, dass hier gezielt versucht wurde, schwere und schwerste Verletzungen zuzufügen. Es ist also davon auszugehen, dass die Polizei systematisch – und nicht nur in Einzelfällen – direkt auf den Kopf der Aktivist\*innen schlug. Aus medizinischer Sicht stellen Schläge (egal ob Faust oder Schlagstock) eine erhebliche Gefahr für die Patient\*innen dar, die im schlimmsten Falle lebensbedrohlich werden können. Trotz ausgiebiger Vorbereitung unseres Einsatzes und der teils langjährigen Erfahrung unserer Sanitäter\*innen, waren wir überrascht und erschüttert von der Brutalität und enthemmten Gewalt, die wir von Polizist\*innen gegenüber Demonstrierenden gesehen haben.

Als Demosani-Struktur haben wir vor allem in Lützerath immer wieder Behinderungen unserer medizinischen Arbeit durch Polizei und RWE erlebt. So wurden Transportfahrzeuge von uns nicht nach Lützerath gelassen. Am Mittwoch, den 11.1. wurde zudem unser gesamtes Personal von Lützerath verwiesen. Medizinisches Material durfte nicht vollständig mitgenommen werden. Auf bei der Großdemo am 14.1. wurden Sanitäter\*innen teilweise nicht zu Verletzten durchgelassen.



## 6 PRESSEFREIHEIT

Neben dem Grundrecht auf Versammlungsfreiheit war auch die Pressefreiheit nach Artikel 5 GG Gegenstand der Beobachtung. Sowohl die Polizei als auch RWE haben die Berichterstattung in und um Lützerath vor und während der Räumung systematisch erschwert und somit eingeschränkt, zusätzlich zu weiteren punktuellen Beschränkungen bis hin zu Übergriffen. Aus diesem Grund entsandte die Gewerkschaft ver.di am 11. Januar 2023 einen Beobachter nach Lützerath, der dort Einschränkungen der Pressefreiheit dokumentierte und als direkter Ansprechpartner für Journalist\*innen bei Beschränkungen fungierte.

### Polizeiliche Akkreditierung „in Prokura“ von RWE

Eine wesentliche Einschränkung der Pressefreiheit ergab sich schon daraus, dass die einsatzleitende Polizei Aachen eine Presseakkreditierung vorsah. Da es sich bei dem Einsatz in Lützerath um ein Ereignis von öffentlichem Interesse handelte, war ein freier Zugang für die Presse zu gewährleisten, auch wenn das Gelände sich in Privatbesitz von RWE befindet. Dafür muss ein Presseausweis ausreichen und darf nicht an eine zusätzliche Akkreditierung geknüpft werden. Dem gesetzlichen Gewährleistungsauftrag des Grundrechts versuchte sich die Polizei jedoch zu entziehen, indem sie erklärte, sie handle in Bezug auf den Zugang zur Berichterstattung „in Prokura“ von RWE, d.h. im Geschäftsauftrag des Konzerns<sup>39</sup> und der in diesem Auftrag wohl auch die Akkreditierungsvorkehrungen plante. Der Journalist Tim Wagner berichtete schon im Dezember auf Twitter<sup>40</sup>, dass die Polizei Aachen der Akkreditierungsbestätigung ein Schreiben von RWE beilegte. In diesem wurde unter anderem formuliert, dass durch RWE ein zeitlich und räumlich begrenzter Zugang zum Zwecke journalistischer Tätigkeit gestattet werde, diese „Zutrittsgestattung“ könne jedoch bei Regelverletzungen widerrufen werden. Damit setzte die Polizei das Eigentumsrecht vor die Pressefreiheit, eine aus unserer Sicht unzulässige Abwägung.

Schon im Vorfeld konnten berichtende Medienhäuser und Journalist\*innen sich bei der Polizei zur Akkreditierung melden. Ein Abgleich der im Vorfeld übermittelten Daten fand dann an einer polizeilichen Akkreditierungsstelle in Jackerath statt, dazu musste ein Lichtbildausweis vorgelegt werden. Die Akkreditierungsstelle gab ein Kärtchen aus, das die Akkreditierung bescheinigte; zudem händigte sie Parkausweise aus. Von der Akkreditierungsstelle konnten sich akkreditierte Personen in Polizeiwagen direkt auf einen Parkplatz am Eingang von Lützerath shutteln oder sich in ihren eigenen Fahrzeugen teilweise von Polizeiwagen dorthin eskortiert lassen.

Zwar gab die Polizei Aachen auf Rückfrage an, es handle sich um einen Service, der freiwillig in Anspruch genommen werden könne und auch ohne die Akkreditierung werde der Zugang für Journalist\*innen gewährleistet. Dies stellte sich jedoch in der Realität anders dar: wir näherten uns Lützerath an mehreren Tagen vom 11. bis 14. Januar zu Fuß und wurden auf einer Strecke bis zu fünfmal von Polizist\*innen oder Mitarbeiter\*innen des privaten Wachdienstes Mundt am Weitergehen gehindert. Wir konnten den Weg regelmäßig nur fortsetzen, wenn wir sowohl die Presseakkreditierung als auch einen Lichtbildausweis vorzeigten. Dass auch das Vorzeigen eines Presseausweises teilweise nicht ausreichte, wurde etwa von Tim Wagner,<sup>41</sup> ebenso wie von der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (DJU) berichtet.<sup>42</sup>

Zudem wurden vereinzelt Akkreditierungen entzogen. Diese Information erhielten wir am Morgen des 14. Januar von Polizist\*innen an der Akkreditierungsstelle in Jackerath. Diese gaben an, an diesem Tag alle Akkreditierungen erneut zu prüfen, da es Entziehungen gegeben habe. Auch die DJU berichtet von mehreren Fällen,<sup>43</sup> zum Teil mit gleichzeitigem Platzverweis durch die Polizei. Wenn der Zugang jedoch laut Polizei Aachen gar nicht an eine Akkreditierung gekoppelt sein soll, macht auch ein Entzug derselben keinen Sinn, es sei denn, dieser soll allein dem Erschweren der Arbeitsbedingungen dienen, weil ein Zugang nur zu Fuß möglich ist. Das wäre schlicht Schikane.

Weiterhin führte die Polizei Abgleiche der angegebenen Personendaten mit Polizeidatenbanken durch. Eine Journalistin erhielt laut DJU eine sogenannte Gefährderansprache aufgrund von „Erkenntnissen aus polizeilicher Datenbank“.<sup>44</sup> Darüber wurde bei der Vergabe der Akkreditierung durch die Polizei nicht informiert. Entsprechend stellt dies einen Verstoß gegen die informationelle Selbstbestimmung dar.

### RWE-Akkreditierung

Neben der polizeilichen Akkreditierung wurde für den Zugang nach Lützerath teilweise zusätzlich darauf bestanden, dass ein Haftungsausschluss gegenüber RWE<sup>45</sup> zu unterzeichnen sei. Dafür war ein kleiner Container auf dem Presseparkplatz außerhalb des doppelten Zauns von einem RWE-Mitarbeiter besetzt. Auf einem Formblatt sollten Name und Ausweisdaten angegeben sowie die Vorgaben von RWE unterzeichnet werden: ein Betreten sei nur bei Tageslicht und nur in Begleitung einer von RWE benannten Person möglich, der Besucherausweis sei sichtbar zu tragen, die Schutzausrüstung anzulegen. Der Zutritt erfolge auf eigene Gefahr und eigenes Risiko:

<sup>39</sup> [netzpolitik.org/2023/klimaproteste-schikanen-und-uebergriffe-gegen-presse-in-luetzerath](https://netzpolitik.org/2023/klimaproteste-schikanen-und-uebergriffe-gegen-presse-in-luetzerath)

<sup>40</sup> [twitter.com/Ti\\_Wag/status/160877646385280129](https://twitter.com/Ti_Wag/status/160877646385280129)

<sup>41</sup> [twitter.com/Ti\\_Wag/status/1613543894733422595](https://twitter.com/Ti_Wag/status/1613543894733422595)

<sup>42</sup> [dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++ddfocf54-94e3-11ed-bb07-001a4a160116](https://dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++ddfocf54-94e3-11ed-bb07-001a4a160116)

<sup>43</sup> [dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++ddfocf54-94e3-11ed-bb07-001a4a160116](https://dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++ddfocf54-94e3-11ed-bb07-001a4a160116), Punkt 5 und 6

<sup>44</sup> [dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++ddfocf54-94e3-11ed-bb07-001a4a160116](https://dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++ddfocf54-94e3-11ed-bb07-001a4a160116), Punkt 11

<sup>45</sup> [www.rwe.com/-/media/RWE/documents/01-der-konzern/betriebsstandorte/tagebau-garzweiler/luetzerath/haftungsvereinbarung-medien.pdf](https://www.rwe.com/-/media/RWE/documents/01-der-konzern/betriebsstandorte/tagebau-garzweiler/luetzerath/haftungsvereinbarung-medien.pdf)

### Haftungsvereinbarung

Der Besucher (m/w/d) möchte im Rahmen seiner journalistischen beruflichen Tätigkeit (Berichterstattung über die Räumung der Ortschaft Lützerath) auf eigenen Wunsch das durch einen Wall/Zaun gekennzeichnete Betriebsgelände der RWE Power AG im Bereich Tagebau Garzweiler/Erkelenz-Lützerath betreten.

Leider macht insbesondere das Verhalten von einzelnen gewaltbereiten Personen, die sich widerrechtlich auf dem Gelände aufhalten, eine Haftungsvereinbarung notwendig.

RWE Power AG gestattet und ermöglicht dem Besucher hiermit das Betreten ihres Betriebsgeländes ausschließlich unter Beachtung der nachstehend genannten Regelungen. Das Betreten des Betriebsgeländes ist nur nach Abgabe dieser unterzeichneten Haftungsvereinbarung und unter Beachtung der Anweisungen von Polizei und Sicherheitsdienst sowie des übergebenen Informationsschreibens gestattet. Ein Betreten des Geländes ist nur bei Tageslicht und in Begleitung einer von uns benannten Begleitperson zulässig.

Zu Ihrer eigenen Sicherheit wird Ihnen Schutzausrüstung bereitgestellt, die vor dem Betreten des Geländes ordnungsgemäß anzulegen und zu tragen ist. Der zur Verfügung gestellte Besucherausweis ist sichtbar zu tragen und bei jedem Verlassen des Geländes wieder abzugeben.

Der Besucher erklärt hiermit und erkennt durch seine Unterschrift ausdrücklich an, dass der Zutritt auf eigene Gefahr und auf eigenes Risiko erfolgt.

RWE Power AG haftet nicht für jegliche Schäden des Besuchers, die durch Dritte entstehen oder die der Besucher schuldhaft oder durch Missachtung der Regelungen selbst verursacht.

Sollten einzelne Punkte dieser Haftungsvereinbarung ganz oder teilweise unwirksam sein oder werden, so berührt dies nicht die Gültigkeit der übrigen Regelungen.

**Oben stehende Haftungsvereinbarung nebst Informationsschreiben (Anlage) habe ich zur Kenntnis genommen und ich erkläre mich uneingeschränkt einverstanden.**

Name (in Druckbuchstaben): .....

Nummer Personalausweis/sonst. amtl. Ausweispapier: .....

ausstellende Behörde: .....

[Ort/Datum] .....

.....

[Unterschrift Besucher]

Anlage: Informationsschreiben  
Datenschutzinformation

Abb. 11 | Haftungsausschluss zur RWE-Akkreditierung

Daraufhin erhielt man ein Akkreditierungskärtchen von RWE, eine Warnweste mit RWE-Aufdruck und einen Schutzhelm, teils auch mit RWE-Aufdruck, die man anlegen sollte. Wir wurden ausschließlich am Sonntag, den 15. Januar am Zugang zu Lützerath ohne diese RWE-Akkreditierung gehindert, an den anderen Tagen war für uns die polizeiliche Akkreditierung für den Zugang ausreichend. Im Gelände sah man jedoch viele Pressevertreter\*innen mit RWE-Schutzausrüstung und Akkreditierungsbändchen schon vor diesem Datum herumlaufen – was zumindest dem Bild einer unabhängigen Presseberichterstattung einen Dämpfer verlieh.

### Punktueller Eingriffe in die Pressefreiheit

Neben diesen systematischen Einschränkungen kam es zu weiteren punktuellen Erschwernissen: in mehreren Momenten wurden Pressevertreter\*innen an der Ausübung ihrer Tätigkeit gehindert. In mehreren Momenten wurde der Zugang zum umzäunten Bereich komplett verweigert, mehrfach am 11. Januar,<sup>46</sup> am 12. Januar um etwa 12:30 Uhr und nochmals am 14. Januar um 17:50 Uhr,<sup>47</sup> in Teilen waren wir direkt davon betroffen.

<sup>46</sup> [twitter.com/ver\\_jorg/status/1613128789885685761](https://twitter.com/ver_jorg/status/1613128789885685761)

<sup>47</sup> [twitter.com/ver\\_jorg/status/1614305065304576005](https://twitter.com/ver_jorg/status/1614305065304576005)



Während der Großdemonstration am 14. Januar gegen 15:50 Uhr ließ zudem der für den Gesamteinsatz verantwortliche Polizeipräsident Weinspach Journalist\*innen von einem Wall vertreiben, von dem aus diese das Geschehen außerhalb des Zaunes beobachteten und dokumentierten. Dabei kam es auch zu einem körperlichen Übergriff durch einen Personenschützer gegen einen Journalisten des WDR.<sup>48</sup> Einer unserer Beobachter war bei diesem Vorfall anwesend.

Auch von weiteren körperlichen Übergriffen auf Journalist\*innen oder ihr Equipment wurde berichtet,<sup>49</sup> zudem von sexualisierten Übergriffen oder Beleidigungen, ebenso von einem Vorfall erzwungener Löschung von Aufnahmen.<sup>50</sup>

## 7 DIE RÄUMUNG LÜTZERATHS IN DER MEDIENBERICHTERSTATTUNG

Die Berichterstattung über Ereignisse prägt und bestimmt die öffentliche Wahrnehmung und Meinungsbildung. Dabei ist entscheidend, wer vordringlich zitiert wird, wer das Wort erhält und welche Informationen Raum erhalten.

Für die Medien bundesweit und international war die Räumung ein Großereignis, das Thema beherrschte die TV-Nachrichten, die Schlagzeilen der überregionalen Berichterstattung und die Feuilletons. Vor Ort hatten sich fast 900 Journalist\*innen bei der Polizei akkreditiert, neben diversen Print, Online- und TV-Berichten gab es unter anderem Live-Ticker, außerdem unzählige Berichte auf Twitter. Eine Hauptquelle für die Berichterstattung bildeten das Innenministerium NRW und die Polizei Aachen, die sich bereits im Vorfeld der Räumung regelmäßig öffentlich zu Wort meldeten. Mit Beginn der Räumung kommentierte die Polizei Aachen täglich in Pressemitteilungen den Verlauf der Räumung aus ihrer Sicht. Polizei und Innenministerium beanspruchten damit die Deutungshoheit über den Verlauf der Räumung sowie den Polizeieinsatz, diese diente damit zugleich der Legitimation von Einsatzkonzept und -durchführung. Mehrere dominante Narrative durchzogen die gesamte Berichterstattung über den Protest in Lützerath und die Räumung, und werden vor dem beschriebenen Hintergrund im Folgenden vorgestellt.

### Gewaltbereiter Protest

Bald nach der politischen Entscheidung am 4. Oktober 2022, Lützerath zu zerstören, wurde im Innenausschuss des Landtags NRW das Szenario eines gewalttätigen Widerstands gegen die polizeiliche Räumung des besetzten Ortes als Thema gesetzt: Laut WDR vom 27. Oktober 2022 gehe „die schwarz-grüne Landesregierung, allen voran der CDU-Innenminister Herbert Reul, von einer schwierigen Lage bei der Räumung aus, (...): Eine „untere bis mittlere zweistellige Personenanzahl“ unter den aktuellen Dorfbesetzern werde als potenziell gewaltbereit bewertet“,<sup>51</sup>

die Einschätzung teilte auch Thomas Haldenwang, der Präsident des Inlandsgeheimdienstes.<sup>52</sup>

Kurz vor Jahreswechsel am 30. Dezember 2022 und inmitten der Räumungsvorbereitungen meldete sich der Vorstandsvorsitzende der RWE Power AG Markus Krebber zu Wort und wurde von vielen Medien zitiert. Er forderte, keine Menschenleben zu gefährden.<sup>53</sup> Krebber richtete sich mit diesen Worten einseitig an die Protestierenden. Wirtschafts- und Klimaschutzministerin Mona Neubaur von den GRÜNEN schlug in dieselbe Kerbe: Sie rief die Klimaaktivist\*innen zu einer gewaltfreien Beendigung der Besetzung von Lützerath auf.<sup>54</sup>

In der Pressekonferenz der Polizei zum geplanten Räumungseinsatz am 9. Januar 2023, einen Tag nach dem Dorfspaziergang am 8. Januar, an dem rund 8.000 Menschen Lützerath besuchten, ging es dann, anders als der Titel erwarten ließ, nur zu Teilen um den kommenden Polizeieinsatz. Vielmehr wurde die Pressekonferenz genutzt, um auf eine von der Polizei berichtete und somit unbestätigte Situation des Vortages zu fokussieren: Polizeipräsident Dirk Weinspach und Willi Sauer berichteten von Gewalt gegen Polizeibeamt\*innen, Aktivist\*innen hätten Steine geworfen und aus Sicht der Polizei damit sozusagen den Vertrag eines friedlichen Protests aufgekündigt. Die Polizei nahm dies zudem als alarmierenden Hinweis, dass mehr Gewalttäter zu erwarten seien als bisher vermutet.

In der Pressekonferenz wurde außerdem eine Warnung an die Bevölkerung ausgegeben, der zivilgesellschaftliche Protest dürfe sich nicht gemein machen mit dem radikalen Widerstand. Der bürgerliche Protest hätte am 8. Januar unwissend geholfen, Barrikaden zu bauen und Gräben auszuheben, um die Räumung Lützeraths zu erschweren.

Zum Räumungsbeginn am 11. Januar twitterte die für die Räumung verantwortliche Polizei Aachen morgens einige

<sup>48</sup> [twitter.com/ver\\_jorg/status/1614298729405636609](https://twitter.com/ver_jorg/status/1614298729405636609)

<sup>49</sup> [dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++ddf0cf54-94e3-11ed-bb07-001a4a160116](https://dju.verdi.de/presse/pressemitteilungen/++co++ddf0cf54-94e3-11ed-bb07-001a4a160116), Punkte 4, 8 und 14

<sup>50</sup> [www.nd-aktuell.de/artikel/1170102.luetzerath-angriff-auf-die-reihenhaussiedlung.html](https://www.nd-aktuell.de/artikel/1170102.luetzerath-angriff-auf-die-reihenhaussiedlung.html)

<sup>51</sup> [www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/gewaltpotenzial-luetzerath-innenausschuss-100.html](https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/gewaltpotenzial-luetzerath-innenausschuss-100.html)

<sup>52</sup> [www.wz.de/nrw/nrw-verfassungsschutzchef-haldenwang-erwartet-krawalle-in-luetzerath\\_aid-81254113](https://www.wz.de/nrw/nrw-verfassungsschutzchef-haldenwang-erwartet-krawalle-in-luetzerath_aid-81254113)

<sup>53</sup> [www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/klimaschutz-rwe-chef-appelliert-an-klimaaktivisten-keine-gewalt-in-luetzerath/28897268.html](https://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/klimaschutz-rwe-chef-appelliert-an-klimaaktivisten-keine-gewalt-in-luetzerath/28897268.html)

<sup>54</sup> [www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/luetzerath-raeumung-garzweiler-braunkohle-100.html](https://www1.wdr.de/nachrichten/rheinland/luetzerath-raeumung-garzweiler-braunkohle-100.html)

Tweets, die große Reichweite erhielten.<sup>55</sup> Darin wurden die Besetzer\*innen aufgefordert, mit dem Werfen von Molotowcocktails aufzuhören (Abb. 12a). Weitere Tweets vermittelten den Eindruck, die Polizei müsse in Lützerath einen Dauerbewurf von Pyrotechnik und Steinwürfen erleben ohne jegliche Handlungsoption (Abb. 12b + c). Ein weiterer Tweet mit einem Appell an Eltern mit Kindern, Lützerath sofort zu verlassen (Abb. 12d), evokierte das falsche Bild einer einzigen bedrohlichen Gefahrenzone. Die Generalisierung einzelner Situationen, das Mittel der Übertreibung durch Nutzung des Plurals sowie von Reizworten (Kleinkinder, Molotowcocktails) schuf das Bild eines erbarmungslosen Widerstands.

Abb. 12a



Abb. 12b



Abb. 12c



Abb. 12d



Am Nachmittag des 11. Januar verurteilte dann die Bundesregierung den Protest in Lützerath: „Es gab heute Widerstand und auch Ausschreitungen bei der noch laufenden Räumung des Dorfes. Diese Gewalt verurteilt die Bundesregierung ausdrücklich“, sagte Regierungssprecher Steffen Hebestreit am Mittwoch in Berlin, „dafür haben wir kein Verständnis.“ Auch Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) kritisierte: „Wer brennende Barrikaden errichtet oder

sich in wackligen Baumhäusern versteckt, bringt sich selbst und die Einsatzkräfte in große Gefahr“, sie habe „null Verständnis für Gewalt – und null Verständnis dafür, politische Fragen auf dem Rücken von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten auszutragen“.<sup>56</sup>

Im Anschluss an die Räumung verallgemeinerte Innenminister Reul im Innenausschuss des Landtags NRW am 19. Januar Parolen und Graffiti in Lützerath mit dem Inhalt „Cops töten“ oder „Zwischen Bullenhelm und Nasenbein passt immer noch ein Pflasterstein“ indirekt als Ansinnen des gesamten Protests. Zur Verdeutlichung einer von „Extremisten“ ausgehenden Gewalt, nannte er eine Situation, in der ein Polizeipferd mit Rettungsdecken angeblich bewusst scheu gemacht worden, bis es mitsamt der Reiterin durchgegangen und auf die Tagebaukante zu galoppiert sei, die Beamtin habe „gerade noch abspringen können.“ Demonstrierende hätten außerdem nach Waffen von Polizeieinsatzkräften gegriffen. Besondere Vorkommnisse wurden prominent erwähnt, ihre markante Hervorhebung zu einem gewalttätigen extremistischen Block generalisiert.

Ein hoher Anteil an bürgerlichem Protest habe sich zudem nicht genug von den „Gewalttätern“ abgegrenzt. Im Innenausschuss des Landtags NRW vom 19. Januar 2023 wird der Inlandsgeheimdienst zitiert, nachdem „Linksextremisten zivilgesellschaftliche Bündnisse vereinnahmen und instrumentalisieren“ würden.

Ähnlich griff die Journalistin Petra Gerster in der Sendung „Maischberger“ vom 11. Januar die auch von Herbert Reul im Rahmen anderer Protestgeschehen häufig ähnlich verwendete Argumentation auf, radikale Aktivist\*innen hätten eigentlich gar nicht das Interesse, Lützerath zu verteidigen. Als Extremist\*innen nutzten sie vielmehr den Protest anderer aus für ihre eigenen politischen Ziele.

Im Innenausschuss des Landtags NRW vom 19. Januar 2023 legte der Leiter des Inlandsgeheimdienstes von NRW Jürgen Kayser dar, dass auf der Großdemonstration am 14. Januar eine „linksextreme Strategie der Entgrenzung aufgegangen“ sei, indem Extremist\*innen zivilgesellschaftliche Bündnisse vereinnahmt hätten. Während zivildemokratische Organisationen den Klimaschutz als Ziel hätten, sei die Position, der Kapitalismus müsse abgeschafft werden, linksextremistisch.

Bereits die Position, die Demo in Richtung Lützerath zu verlassen, sei „nicht legal, aber legitim“ wertete er als extremistische Äußerung, ebenso die Kritik einer „überschießenden Polizeigewalt“ sei ein klassisches linksextremistisches Narrativ, ebenso die Einschätzung, die „Polizei schütze Konzerne und Kapitalismus.“

<sup>55</sup> [twitter.com/Polizei\\_NRW\\_AC/status/1613086631560454145](https://twitter.com/Polizei_NRW_AC/status/1613086631560454145), [twitter.com/Polizei\\_NRW\\_AC/status/1613084810460684291](https://twitter.com/Polizei_NRW_AC/status/1613084810460684291), [twitter.com/Polizei\\_NRW\\_AC/status/1613110191930707970](https://twitter.com/Polizei_NRW_AC/status/1613110191930707970)

<sup>56</sup> [www.welt.de/politik/deutschland/article243140923/Luetzerath-Kritik-an-den-Gruenen-Das-fasst-mich-auch-an-sagt-Habeck.html](https://www.welt.de/politik/deutschland/article243140923/Luetzerath-Kritik-an-den-Gruenen-Das-fasst-mich-auch-an-sagt-Habeck.html)

Eine derartige staatliche Einteilung in eine legitime Protestbewegung und einen „extremistischen“ Teil birgt nicht nur die Gefahr bzw. ist der bewusste Versuch einer gesellschaftlichen Spaltung und einer Entsolidarisierung mit dem Protest. Die Benennung von Aktionen des Zivilen Ungehorsams als „extremistisch“, delegitimiert ganze soziale Bewegungen und die Bewertung von Kritik an Polizeigewalt als „radikal“ spricht Betroffenen von Polizeigewalt ihre Erfahrungen in autoritärer Weise ab.

### Die Gefahr geht von den Aktivist\*innen selbst aus

Nicht die Räumung durch die Polizei und RWE, sondern vor allem die Protestierenden selbst brächten sich in Gefahr, denn sie wurden als diejenigen dargestellt, die allein das Wohlergehen aller (i.e. Aktivist\*innen und Polizei) in der Hand hätten: So wandte sich Polizeipräsident Weinspach an die Besetzer\*innen mit dem Wunsch, „dass Sie uns dabei unterstützen, dass junge engagierte Menschen sich und andere nicht in unververtretbarer Weise gefährden und so Risiken für die Gesundheit oder gar des Lebens von Beteiligten und Unbeteiligten vermieden werden können.“<sup>57</sup>

Der verantwortliche grüne Polizeipräsident Weinspach versprach im Vorfeld der Räumung einen „angemessenen und verhältnismäßigen“ Polizeieinsatz und setzte „auf die Kommunikation mit den Dorfbesetzern“ und einen Dialog mit den Bürgerinitiativen, „der den Einsatz für beide Seiten sicherer“ mache.<sup>58</sup> Julia Höller, innenpolitische Sprecherin der GRÜNEN Landtagsfraktion NRW setzte am 18. Januar dieses Narrativ fort und bescheinigte der Polizei Aachen einen Erfolg: „Die überwiegend friedlich verlaufene Räumung von Lützerath zeigt, dass das Konzept von Kommunikation und Transparenz als wesentliche Einsatzmittel der Polizei aufgegangen ist. Diese Deeskalationsstrategie bei der Räumung kann Vorbildcharakter für Erhalt des Dorfes kämpfen wollen.“<sup>59</sup>

### Die Delegitimierung des Protests

Unter anderem der Vorstandsvorsitzende der RWE Power AG Krebber nutzte in seinem Statement vom 30. Dezember 2022 ein oft wiederkehrendes Narrativ, es handele sich bei den Protestierenden ja nicht um die eigentlichen Bewohner\*innen des Dorfes, sondern um später hinzugekommene Aktivist\*innen, die für den Erhalt des Dorfes kämpfen wollen.<sup>60</sup> Diese Perspektive spricht jeglichem Anliegen von Menschen, für den Erhalt des Dorfes Lützeraths einzutreten, ohne selbst ursprünglicher Teil der dortigen Bevölkerung zu sein, seine Berechtigung ab und entpolitisiert es damit. Das eigentliche Anliegen, die Abbaggerung der unter Lützerath liegenden Kohle zu verhindern, wird zudem ignoriert.

### Das staatliche Gewaltmonopol

Polizei, Politik und Medien diskutierten abwehrend, ob die von Aktivist\*innen zunächst beschriebenen „Schwerverletzten“ des 14. Januar nicht doch nur „Verletzte“ seien und die Forderung nach konkreten Zahlen und Beweisen dauert fort – wohlgemerkt nur bezogen auf die Aktivist\*innen und nicht auf die polizeilichen Angaben über Verletzte auf Seiten der Staatsgewalt. Gleichzeitig stellte man das eigentlich Relevante, nämlich die derartige Verletzungen verursachenden Gewaltmittel Schlagstock, Schmerzgriffe und Schläge auf Kopf und Gesicht, Bauch und Rücken, nicht in Frage.

Statt dessen steht bei Polizei, Politik und Medien auffällig häufig die Gewalt im Vordergrund, die der Polizei zufolge von Besetzer\*innen und Demonstrant\*innen ausgegangen sei. Polizeigewalt wird einseitig allein als Reaktion auf die Aktivist\*innen verstanden und verteidigt.

Journalist\*innen baten uns in einer Pressekonferenz im Anschluss an die Räumung mehrfach um ein Statement dazu, dass ja von beiden Seiten Gewalt ausgegangen sei: Nicht nur die Polizei habe Gewalt ausgeübt, sondern ebenso der Protest – so seien etwa Steine und ein Molotowcocktail in Richtung der Polizei geworfen worden. Man unterschlägt, dass sich die Polizei als Repräsentant des herrschenden staatlichen Gewaltmonopols an der Einhaltung der Verhältnismäßigkeit messen lassen muss. Die Fragestellung verkennt zudem völlig die Asymmetrie der Gewalt: In Lützerath trat ein Heer aus in der Spitze 3700 gepanzerter, mit Helm und Schild gerüsteter Polizeibeamt\*innen mit Waffen und Spezialgerät plus einer Armada aus Wasserwerfern, Räumpanzern sowie Baggern, Hebebühnen und Lastern gegen 196 Menschen (laut Innenministerium die Anzahl der geräumten Besetzer\*innen) an. Diese setzten, bewaffnet mit Leidenschaft, größtenteils nichts als ihren Körper, angekettet und einbetoniert, als Widerstand ein.

### Die Grünen: Der fehlende Handlungsspielraum und der Schmerz

Als im Dezember 2022 über die Abbaggerung Lützeraths entschieden wurde, stimmten mit einer Enthaltung alle übrigen Abgeordneten der GRÜNEN im Bundestag dafür. Während der Tage um die eigentliche Räumung war es dann von Seiten der Partei Die GRÜNEN zunächst still geworden. Am 10. Januar verteidigte der Parteivorsitzende der GRÜNEN Omid Nouripour den grünen Kohle-Kompromiss als Erfolg und die sich daraus ergebende Räumung als demokratisch.

Am 11. Januar, dem Tag des eigentlichen Beginns der Räumung Lützeraths, wandte sich ein offener Protest-Brief von Mitgliedern der GRÜNEN an die beiden zentralen Figuren, den Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck

<sup>57</sup> [www.presseportal.de/blaulicht/pm/11559/5406772](http://www.presseportal.de/blaulicht/pm/11559/5406772)

<sup>58</sup> [www.ksta.de/region/rhein-erft/dirk-weinspach-wie-der-gruene-polizeichef-von-aachen-luetzerath-raeumen-will-373131?cb=1673891996886](http://www.ksta.de/region/rhein-erft/dirk-weinspach-wie-der-gruene-polizeichef-von-aachen-luetzerath-raeumen-will-373131?cb=1673891996886)

<sup>59</sup> [gruene-fraktion-nrw.de/presse/hoeller-polizeieinsatz-bei-der-raeumung-von-luetzerath-und-der-demonstration-am-samstag-nachbereiten](http://gruene-fraktion-nrw.de/presse/hoeller-polizeieinsatz-bei-der-raeumung-von-luetzerath-und-der-demonstration-am-samstag-nachbereiten)

<sup>60</sup> [www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/klimaschutz-rwe-chef-appelliert-an-klimaaktivisten-keine-gewalt-in-luetzerath/28897268.html](http://www.handelsblatt.com/unternehmen/energie/klimaschutz-rwe-chef-appelliert-an-klimaaktivisten-keine-gewalt-in-luetzerath/28897268.html)



und seine NRW-Amtskollegin Mona Neubaur. Darin wurden die beiden Politiker\*innen aufgefordert, die Räumung Lützeraths sofort zu stoppen. Den offenen Brief hatten bis zum Freitagvormittag des 13. Januar mehr als 2000 GRÜNEN-Mitglieder unterzeichnet.

Die von Medien aufgeworfene Frage nach einer Zerreißprobe für die GRÜNEN sowie den ersten Polizeiberichten über die Gewaltbereitschaft des Widerstands gegen die Räumung veranlassten offenbar die GRÜNE Politikprominenz dann zu öffentlichen Stellungnahmen.

An dem Tag bekräftigte Robert Habeck, Lützerath sei das falsche Symbol für einen Klimaprotest.<sup>61</sup> Wibke Brems, Fraktionsvorsitzende der GRÜNEN im Landtag NRW, wiederholte in einem Tweet am Nachmittag desselben Tages den fehlenden Handlungsspielraum der GRÜNEN und wertete den Kohle-Kompromiss ebenfalls als Erfolg. Die Berichte über Steinwürfe und Eskalationen seitens des Protests besorgten sie sehr, „friedliche Demonstrationen seien natürlich immer in Ordnung, aber Gewalt gegen Menschen und auch gegen Sachen ist vollkommen inakzeptabel und kann nicht Teil eines Protests sein.“<sup>62</sup>

Tim Achtermeyer, Co-Vorsitzender der GRÜNEN NRW und MdL NRW, twitterte „Die Bilder aus Lützerath schmerzen uns als Partei und auch mich persönlich.“<sup>63</sup> Er bat den Protest, friedlich zu bleiben, „Steine schmeißen und Molotow-Cocktails sind kein legitimes Mittel des zivilen Ungehorsams.“ Die Bundestagsabgeordnete Nyke Slawik schrieb am 12. Januar in einem Twitterthread,<sup>64</sup> sie habe sich „entfremdet davon, wie manche die Räumung in Lützerath und den Deal mit RWE verteidigen“, die Räumungen sollten gestoppt werden. Argumente à la „Gerichte haben entschieden, RWE hat jedes Recht, da abzubaggern“ seien eine Hörigkeitserklärung gegenüber diesem Konzern. Weiter schrieb sie: „Wir sind der Gesetzgeber. Wir machen die Gesetze, auf deren Grundlage RWE wirtschaftet.“ Zurecht wurde ihr entgegengehalten, dass sie nur einen Monat zuvor im Bundestag für die Räumung und Abaggerung gestimmt hatte.

Ebenfalls am 12. Januar veröffentlichte MdL NRW Antje Grothus (GRÜNE), dass im Bereich des aktuell genehmigten Hauptbetriebsplans für den Tagebau Garzweiler sich Flächen befänden, die dem RWE-Konzern gar nicht gehörten und deren Eigentümer nicht an RWE verkaufen wollten, so dass langwierige und juristisch unsichere Enteignungen auch nach einer Räumung Lützeraths drohten. Sie bat damit um den Abbruch der Räumung Lützeraths.<sup>65</sup> Auch Aktivist\*innen erhöhten den Druck gegen die GRÜNEN: im Verlauf des Tages wurden die Landeszentrale der GRÜNEN in Düsseldorf besetzt.

## Debatte um legitime Widerstandsformen

Leitmedien berichteten vornehmlich über den Verlauf der Räumung durch die Polizei, den von Aktivist\*innen ausgehenden „gewalttätigen“ Widerstand und die politischen Folgen für die GRÜNEN. Auch das Anliegen und die Argumentation des Protests zur fortschreitenden Klimakatastrophe gegen die Zerstörung im Zuge der Räumungstage erhielt vergleichsweise häufig einen prominenten Platz und sowohl die den Protest organisierende Initiativen wie auch einzelne Aktivist\*innen kamen kritisch zu Wort und wurden auch zitiert.<sup>66</sup> In dieser Hinsicht ist zunächst eine positive Bilanz über die Vermittlung der politischen Hintergründe und Ursachen für den Protest zu ziehen.

Aber: Die Berichterstattung um den Widerstand gegen die Räumung Lützeraths ist Teil einer andauernden gesellschaftlichen Debatte über die Frage, welche Widerstandsformen und Mittel gegen die Umweltzerstörung bzw. angesichts der fortschreitenden menschengemachten Klimakatastrophe und der unzureichenden Gegenmaßnahmen legitim und notwendig sind. Die Debatte nimmt zu Anlässen wie der Räumung des Hambacher Waldes 2018, der Internationalen Automobilausstellung 2022 oder den Aktionen der Letzten Generation an Fahrt auf und wird derzeit wieder zunehmend polarisiert geführt. In der Medienberichterstattung über Lützerath wurde diese wichtige und grundlegende Frage nur oberflächlich gestreift. Mit dem argumentativen Rückzug auf gerichtliche Entscheidung, auf einen damit fehlenden politischen Handlungsspielraum und weitere Argumente wurde dieser Debattenraum als irrelevant geschlossen.

## Empörende Ausnahme

Die während der Räumungstage beobachtete systematische Polizeigewalt wurde von Polizei und Politik als Ausnahme relativiert und erhielt bereits im Vorfeld seine allgemeingültige Legitimität. Politik- und Polizeiführung schufen mit der angekündigten Gewaltbereitschaft der Demonstrant\*innen eine Atmosphäre der Unsicherheit. Sie dürfte auch die Bereitschaft von Polizist\*innen zum Anwenden unmittelbarer Gewalt erhöht haben. Nach der Räumung wurde der gewalttätige Polizeieinsatz nachträglich im Innenausschuss des Landtags NRW relativiert und legitimiert. In der Medienberichterstattung fand die übermäßige Polizeigewalt bei der Großdemo am 14. Januar ihren Platz, aber als empörende Ausnahme wurde sie nicht grundsätzlicher problematisiert.

Völlig ausgespart werden Fragen nach einer Bewertung der Polizeigewalt während der gesamten Räumungstage, und – noch wichtiger: Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Polizeigewalt als inhärentem Teil des polizeilichen Gewaltmonopols.

<sup>61</sup> [www.stern.de/panorama/video-habeck-verteidigt-raeumung-von-luetzerath-33089944.html](http://www.stern.de/panorama/video-habeck-verteidigt-raeumung-von-luetzerath-33089944.html),

[www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id\\_100110160/luetzerath-habeck-verteidigt-raeumung-das-falsche-symbol-.html](http://www.t-online.de/nachrichten/deutschland/innenpolitik/id_100110160/luetzerath-habeck-verteidigt-raeumung-das-falsche-symbol-.html)

<sup>62</sup> [twitter.com/GrueneFrakNRW/status/1612838399551098881](https://twitter.com/GrueneFrakNRW/status/1612838399551098881) | <sup>63</sup> [twitter.com/Tim\\_Acht/status/1613147700299431936](https://twitter.com/Tim_Acht/status/1613147700299431936)

<sup>64</sup> [twitter.com/nyke\\_slawik/status/1613428601583722499](https://twitter.com/nyke_slawik/status/1613428601583722499) | <sup>65</sup> [www.antjegrothus.de/pm-am-tagebau-garzweiler-drohen-neue-enteignungen](http://www.antjegrothus.de/pm-am-tagebau-garzweiler-drohen-neue-enteignungen)

<sup>66</sup> z.B. Niklas Höhne, New Climate Institute: [www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/luetzerath-kohleabbau-klimaziele-hoehne-100.html](http://www.zdf.de/nachrichten/heute-journal/luetzerath-kohleabbau-klimaziele-hoehne-100.html)

Die zu großen Teilen  
bereits abgerissene „Paula“  
©Tim Wagner



## 8 ZUSAMMENFASSENDES FAZIT

Wir waren mit insgesamt 14 Beobachter\*innen im Zeitraum vom 10. bis 22. Januar 2023 in und um Lützerath vor Ort. Basierend auf unseren Beobachtungen, Gesprächen mit Aktivist\*innen, einer umfassenden Auswertung der Medienberichterstattung und Aussagen von Polizei und Landesregierung sowie Beiträgen des Ermittlungsausschuss und Demo-Sanitäter\*innen haben wir den vorliegenden Bericht formuliert und ziehen folgendes zusammenfassendes Fazit:

### Verletzung der Versammlungsfreiheit auf mehreren Ebenen

Im Brokdorf-Beschluss von 1985 stellte das Bundesverfassungsgericht unmissverständlich fest, dass es der Versammlung selbst obliegt, einen für sie und ihr Anliegen geeigneten Ort des Protests zu wählen. Örtliche Beschränkungen durch Versammlungsbehörden seien nur unter sehr hohen Voraussetzungen zulässig. Mit der Allgemeinverfügung und dem damit einhergehenden Aufenthalts- und Betretungsverbot wurde dieser Grundsatz während der Räumung und Zerstörung Lützeraths aus unserer Sicht grundlegend verletzt. Obgleich das Areal Privatgelände ist, hätte im Sinne

der Verhältnismäßigkeit und des Schutzes der Versammlungsfreiheit eine Möglichkeit geschaffen werden müssen, am Ort des Geschehens zu protestieren.

Die Besetzer\*innen hätten als Teil einer Versammlung gewertet werden müssen, sofern sie sich gewaltfrei räumen lassen und auf diese Weise ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Dass dies für einen Großteil der Besetzer\*innen der Fall war, hat die Polizei selbst sowohl im Vorfeld vermutet, als auch im Nachhinein bestätigt.

Auch Versammlungen außerhalb des Gebietes der Allgemeinverfügung wurden massiv eingeschränkt. Lediglich eine Straße wurde als Versammlungsrouten genehmigt, obwohl es eine Vielzahl an Feldwegen und Flächen gibt, die weitaus näher an Lützerath liegen.

Versammlungen ohne Anmeldung, die ebenso von der Versammlungsfreiheit geschützt sind, wurden mit großer Härte zurückgeschlagen oder eingekesselt.

Bei Versammlungsanmeldungen kam es zu stark verzögerten Bescheiden. Insbesondere für die Großdemonstration am 14. Januar wurde der Bescheid so spät zugestellt, dass effektiver Rechtsschutz verhindert wurde.



## Pressefreiheit

Die Pressefreiheit war durch den faktischen Zwang zur polizeilichen Akkreditierung systematisch eingeschränkt. Zudem gab es diverse weitere Beschränkungen der Pressefreiheit durch die Polizei oder das Personal von RWE, bis hin zu vereinzelt körperlichen Übergriffen gegen Journalist\*innen. In Einzelfällen wurden Journalist\*innen sogar die Akkreditierung entzogen.

## Lebensgefährdende Räumung von Lützerath

Obwohl die Polizei bis zu sechs Wochen für die Räumung eingeplant hatte, dauerte diese nur fünf Tage. Einen Tag vor der Großdemo, am Freitag, den 13. Januar, sollte einem Polizeisprecher zufolge schon bis zum Abend ganz Lützerath geräumt sein. Dies scheint uns ein Beleg dafür, dass ein Anlass für die besorgniserregende und lebensgefährdende Eile der Räumung unter anderem die angekündigte Großdemo am 14. Januar war. Ein noch aktiver Widerstand der Besetzer\*innen innerhalb von Lützerath als zusätzliche Mobilisierungskraft für die Demonstration sollte aus Polizeisicht möglichst vermieden werden.

Während der gesamten Räumungstage in Lützerath stellte sich der Einsatz der Polizei und RWE als überaus hektisch und überstürzt dar: Räumung sowie Abriss- und Fällarbeiten verliefen parallel, in enger räumlicher Nähe und augenscheinlich oft ohne genügenden Sicherheitsabstand. Es kam zu mehreren lebensgefährdenden Situationen, bei denen Geäst aktive Traversen nur knapp verfehlte bzw. traf. Es ist allein dem Glück zu verdanken, dass es keine schweren Verletzungen oder Schlimmeres gab. Der Polizeieinsatz war hinsichtlich der körperlichen Unversehrtheit von protestierenden Aktivist\*innen in keiner Weise – wie durch die Polizei Aachen angekündigt – „besonnen und professionell“. Die fast ohne Pausen stattfindenden Räumungsarbeiten durch die Nacht hindurch unter Lärm und Dauerbeleuchtung, die zunehmende Erschöpfung von Aktivist\*innen sowie die schlechten Wetterverhältnisse, insbesondere der starke Wind mit Sturmböen, machten die Gefährdungslage für diese täglich brisanter.

Mit der Zerstörung der selbstorganisierten Essensinfrastruktur der Aktivist\*innen am ersten Räumungstag wurde die gemeinschaftliche Lebensmittelversorgung unterbrochen und so den Besetzer\*innen ein Teil der Grundversorgung vorenthalten. Demo-Sanitäter\*innen mussten Lützerath verlassen, weil sie als Teil der Aktivist\*innen gezählt wurden. Damit wurde eine adäquate medizinische Versorgung der Besetzer\*innen unterbunden.

## Polizeigewalt während Demonstrationen

Zeigte sich die Polizeigewalt während der Räumungstage in Gestalt einer Inkaufnahme lebensgefährdender Situationen, trat sie während Demonstrationen und Aktionen als direkte Brutalität auf. Dabei fanden diese polizeilichen Handlungen mit Verweis auf das Hausrecht von RWE zum Teil auf Gelände statt, das nicht als Firmengelände gekennzeichnet war. In besonderem Maße auf der Großdemo am 14. Januar setzte die Polizei diverse Gewaltmittel gegen Demonstrierende ein: Pferde und Hunde, Wasserwerfer und Pfefferspray sowie unvermittelt und wahllos Schlagstöcke und Faustschläge, die Verletzungen an Kopf, Gesicht und Gliedmaßen bei einer hohen Zahl von Demonstrierenden verursachten.

Der kollektive Ungehorsam der Demonstrierenden am 14. Januar war ein Ausdruck ungebändigter unmittelbarer Demokratie – der unnötigerweise mit vielen Verletzten endete. Außer dem Festhalten an der Allgemeinverfügung gab es keinen Grund, den Schlagstockeinsatz zu befehlen und so massiv gewaltvoll und unverhältnismäßig gegen die Demonstrierenden vorzugehen.

Selbst bei übersichtlichen Situationen wie auf den Versammlungen vom 12. und 17. Januar mit nur einigen hundert Teilnehmer\*innen setzte die Polizei Hunde, Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Polizeipferde wurden in stehende und sitzende Menschengruppen geritten. Protestierende wurden gekesselt und teilweise über einen längeren Zeitraum ohne Zugang zu Toiletten, Wärmedecken oder medizinischer Versorgung gelassen. Es wurden fast 100 Personen in Verbringungsgehwahrsam genommen und 70 Kilometer entfernt ausgesetzt – diese Maßnahme ist im Polizeigesetz NRW nicht vorgesehen.

Die Polizei kompensierte die wenigen und kurzen Gechwahrsamnahmen mit immenser Gewalt auf der Großdemonstration und während der Massenaktionen zivilen Ungehorsams: Mindestens acht Personen mussten vor oder anstelle des Polizeigewahrsams mit Verletzungen ins Krankenhaus gebracht werden. Die Demo-Sanitäter\*innen berichten von weitaus mehr Fällen und insbesondere von Verletzungen am Kopf (Platzwunden, gebrochene Nasen, ausgeschlagene Zähne), welche nur durch gezielte und potentiell lebensbedrohliche Schläge von der Polizei entstanden sein können. Es ist davon auszugehen, dass die Polizei systematisch – und nicht nur in Einzelfällen – direkt auf den Kopf von Versammlungsteilnehmer\*innen schlug.

Eine brutale und aggressive Polizeistrategie bei großen Versammlungen ist das Gegenteil von Deeskalation.



### Maßnahmen nach Polizeigesetz, Versammlungsgesetz und Strafprozessordnung

Bei mindestens sieben Personen ordnete die Polizei innerhalb weniger Stunden das 7-tägige Gewahrsam zur Feststellung der Identität an, welches nach dem 2018 verschärften Polizeigesetz möglich ist (sogenanntes ‚Lex Hambi‘). In hunderten Fällen wurden Aktivist\*innen vor Ort mehrere Stunden von der Polizei festgehalten und – in Lützerath und teilweise auf freiem Feld – erkennungsdienstliche Behandlungen (mobile/fast-ID) und Durchsuchungen durchgeführt.

Nach Informationen des Ermittlungsausschusses waren die häufigsten (Straftat-)Vorwürfe während der Räumung, abgesehen von der Ordnungswidrigkeit der Personalienverweigerung, Landfriedensbruch, Widerstand gegen und tätlicher Angriff auf Vollstreckungsbeamt\*innen, Vermummung, Verstoß gegen die Allgemeinverfügung (und damit gegen das Versammlungsgesetz NRW) und Hausfriedensbruch.

Die beabsichtigte abschreckende Wirkung des Versammlungsgesetzes von NRW, welches beispielsweise das Tragen von weißen Anzügen oder Schlauchschals verhindern sollte, ist offenbar nicht eingetreten. Stattdessen haben sich viele mutige Menschen nicht davon abhalten lassen, ihre Grundrechte auf freie Meinungsäußerung und auf Versammlungsfreiheit wahrzunehmen.

### Kooperation zwischen Polizei und RWE

Indem die schwarz-grüne Landesregierung und die Polizei das Eigentumsrecht des RWE-Konzerns über die Grundrechte von Zivilgesellschaft und Medien stellten, machten sie sich zu Handlangern eines Energiekonzerns. Besonders sichtbar wurde dies unter anderem an den folgenden Punkten:

Die Polizei nutzte nicht nur den Maschinenpark von RWE, um Räumungen durchzuführen und um Gefangene zu transportieren. Sie nutzte den Tagebau auch, um sich einen Weg zum Dorf zu verschaffen. Zudem errichtete RWE einen Zaun, ließ ihn durch einen Wachdienst bewachen und unterband Protest. Darüber hinaus forderte der Konzern die Akkreditierung für Presse und Beobachter\*innen und ließ den Zugang nach Lützerath durch Polizei und seinen Wachdienst kontrollieren.

Während der Räumungsphase entstand der Eindruck, dass nicht die Polizei das Tempo vorgab, sondern die RWE Power AG. Dabei verteidigte die Polizei mit brutaler Gewalt ein Privatgelände, das zu großen Teilen zudem nicht als solches gekennzeichnet war.

Der Tunnel der Aktivist\*innen „Pinky“ und „Brain“ wurde von der Polizei in die Verantwortung von RWE gegeben. Die technisch schwierige Räumung wurde dafür zur „Rettung“ umdefiniert. Dabei hätte auch die Polizei selbst externe Stellen beauftragen können, die Räumung durchzuführen.

### Politische Legitimation der Polizeigewalt in Lützerath

Politik- und Polizeiführung schufen mit ihren Ankündigungen zur erwarteten Gewaltbereitschaft der Demonstrant\*innen im Vorfeld eine Atmosphäre der Unsicherheit. Dies dürfte auch die Bereitwilligkeit von Polizist\*innen zur Anwendung unmittelbarer Gewalt erhöht haben. Mit der Rechtfertigungsrede von Innenminister Herbert Reul im Innenausschuss vom 19. Januar zum Polizeieinsatz in Lützerath wurde eine abschließende Erzählung geschaffen, die die Polizeigewalt als Reaktion auf eine einseitig von Demonstrierenden ausgehende Gewalt legitimieren soll. Die von unzähligen Menschen erlebte und beobachtete systematische Polizeigewalt wurde geleugnet und als „Einzelfälle“ verharmlost. Eine Scheindebatte über Schwerverletzte stellte Demo-Sanitäter\*innen als unglaubwürdig dar. Gleichzeitig stellte man das eigentlich Relevante, nämlich die derartige Verletzungen verursachenden Gewaltmittel Schlagstock, Schmerzgriffe und Schläge auf Kopf und Gesicht, Bauch, Schlüsselbeine und Rücken, nicht in Frage. Die Sitzung im Innenausschuss zielte auf einen Abschluss des Themas Lützerath. Und während es die Aufgabe eines Parlamentes wäre, die zuständigen Ministerien und die Polizei in Verantwortung zu halten, nahmen alle Parteien die Darstellungen hin und hinterfragten weder Ablauf der Räumung noch Umgang mit Versammlungen ernsthaft. In der Medienberichterstattung fand die übermäßige Polizeigewalt bei der Großdemo am 14. Januar zwar ihren Platz, aber als empörende Ausnahme wurde sie nicht grundsätzlicher problematisiert.

Völlig ausgespart wurden Fragen nach einer Bewertung der Polizeigewalt während der gesamten Räumungstage, und – noch wichtiger: Eine Auseinandersetzung mit dem Thema Polizeigewalt als inhärentem Teil des polizeilichen Gewaltmonopols.



## 9 CHRONOLOGIE

Wir haben uns dazu entschieden, die Chronologie der Tage an den Schluss zu setzen. Sie soll damit nicht als Anhang fungieren, sondern als das, was sie ist: Die Basis für alle Ableitungen und Bewertungen, die wir in diesem Bericht getroffen haben. Die Berichte wurden von den jeweils Beobachtenden selbst verfasst und nur an manchen Stellen – vor allem spezifische Begriffe betreffend – angeglichen. Sprachlich unterscheiden sie sich jedoch, was in den verschiedenen Autor\*innen begründet liegt. Berichte von anderen – an uns herangetragen oder von uns via Twitter gesehen – haben wir in der Chronologie als solche markiert, durch Nennung der Quelle und kursive Hervorhebung.

### DIENSTAG, 10. JANUAR

Wir sind an unserem ersten Beobachtungstag mit zwei Personen als Team unterwegs. Gemäß der erlassenen Räumungsverfügung war ab dem heutigen Tag mit der Räumung zur Durchsetzung des Betretungsverbot durch die Polizei zu rechnen. An unserem ersten Beobachtungstag ist Lützerath aber noch zugänglich und wir können uns einen Eindruck vom aktuellen Zustand des Dorfes verschaffen. Heute wie auch an den Tagen zuvor protestieren Aktivist\*innen gegen die vorbereitenden Räumarbeiten von RWE mit vielfältigen Aktionen.

Lützerath ist nur über den Keyenweg von der Straße L12 ausgehend zu erreichen, die Zuwege von Immerath und Holzweiler sind gesperrt. Der Keyenweg kreuzt die Planierung für den geplanten Zaun. In der Verlängerung des Südwegs zur Tagebaukante ist auf einer planierten Fläche – eine ehemalige Brache – ein umzäuntes Polizeicamp errichtet (Abb. 13).

Eine Barrikade aus Ästen, Pfählen und anderem trennt das Polizeicamp zusätzlich vom nördlichen Tagebauvorfeld.



Abb. 13 | Das Polizeicamp am südlichen Eingang von Lützerath

Entlang des Südwegs und seiner Verlängerung bis zum Tagebau stehen bereits unzählige Polizeieinsatzfahrzeuge aufgereiht. Überall um das Gelände von Lützerath verlaufen diverse, von Aktivist\*innen errichtete Barrikaden und Gräben, die die angekündigte Räumung des Ortes hinauszögern sollen.

An diesem Tag liegt ein Schwerpunkt der Auseinandersetzung im Areal um die Verlängerung von Südweg und der Rampe aus der Tagebaugrube, vermutlich, um die letztendliche Fertigstellung der straßenbaulichen Infrastruktur zu verhindern: Menschen stehen dort dicht gedrängt, unter ihnen befinden sich diverse Pressevertreter\*innen mit Kameras und Mikrofonen, die Menge ist von Polizeireihen durchzogen, diverses Räumgerät ist im Einsatz, weitere Fahrzeuge stehen einsatzbereit verteilt.



Im Vorfeld der Rampe zum Tagebau sind Barrikaden errichtet, eine Sitzblockade befindet sich seit dem frühen Morgen davor (Nr. 1), wir sehen sie nur aus der Ferne. Eine weitere Blockade aus Aktivist\*innen befindet sich auf der Verlängerung des Südwegs: Die Aktivist\*innen stehen dort halb in einem Graben (Nr. 2). Vier Tripods und ein Monopod mit je zwei Personen darauf blockieren das Areal in Höhe des Greenpeace-Containers zusätzlich. Die Blockadepunkte befinden sich inmitten einer Menschenmenge aus Aktivist\*innen, Polizei und Journalist\*innen. Eine lockere Polizeikette hindert uns am Betreten des Ortes der Auseinandersetzungen, so dass wir keine direkte Sicht erhalten. Wir stehen nahe Barrikade Nr. 2, zwischen uns eine lockere Kette Polizei. Schon vor unserer Ankunft war die Lage angespannt, wie einige Tweets beschreiben:

[9:47][TW #Polizeigewalt] Polizei kesselt Aktivist\*innen um Tripod & Monopod. Was machen wir? Den Kessel kesseln Wir sind einfach mehr. Das frustet sie wohl so sehr, dass sie Schmerzgriffe anwenden, um Menschen aus den Sitzblockaden zu räumen  
[twitter.com/LuetziTicker22/status/1612735152106389505](https://twitter.com/LuetziTicker22/status/1612735152106389505)

[10:30] [TW: #Polizeigewalt] Lage weiterhin dynamisch. Die Polizei kesselt, setzt Schmerzgriffe und vereinzelt Pfefferspray ein. Unsere Demosanis sind aber für euch da. Indes gibt es fleißig Sitzblockaden, Menschenketten und die Pods sind natürlich weiterhin besetzt.  
[twitter.com/LuetziTicker22/status/1612745397234958337](https://twitter.com/LuetziTicker22/status/1612745397234958337)

Gegen 11 Uhr ertönt eine Durchsage der Polizei an die Sitzblockade Nr. 2 vor uns: Es wird die Androhung von Zwang durchgesagt, erläutert als einfache körperliche Gewalt, falls die Menschen die Blockade nicht verlassen.

Von weitem sehen wir, wie gegen 12 Uhr ein Greifbagger nahe Barrikade 1 arbeitet. An der Barrikade Nr. 2 werden nach einer Aufforderung von drei „Verbindungsbeamten“ in zivil mit Westen, die Blockade zu beenden, die circa 30 Personen geräumt: Die ersten werden sanft weggetragen, später greifen die Polizeibeamt\*innen härter zu. Daran sind 20–25 Polizist\*innen der Polizei NRW beteiligt. Gegen 13 Uhr wird die Räumung von Barrikade 1 begonnen, das Areal können wir weiterhin nicht betreten, da eine Polizeikette das Betreten verhindert. Gegen Mittag werden auch die Tripods geräumt. Eine Drohne begleitet während der ganzen Zeit die Räumungen.

Person 1 erlebte am 10. Januar gegen Mittag eine Situation von Polizeigewalt bei der Blockade an der L277 in unmittelbarer Nähe des gelben „X“ bei dem Greenpeace-Container (Abb. 14) und schildert folgendes:

„Wir standen in der ersten Reihe vor dem metallenen X hinter uns waren noch zwei bis drei Reihen mit weiteren Aktivist\*innen, vor uns Polizei mit Schilden, bei uns war eine Person Rollstuhl, die sich in der Nähe des Tripods hingestellt hatte. Die Polizeikette schob uns mit großer Kraft mit ihren Schilden zurück, wir wurden nach hinten gedrückt, dort war aber kein Platz, wir wurden daher richtig eingequetscht, manche von uns schrien, dass sie keine Luft mehr bekommen würden, einige Menschen gingen zu Boden. Ich konnte mir richtig vorstellen, wie eine Paniksituation wie etwa bei der Loveparade 2010 in Duisburg entstehen konnte, es war eine super riskante Situation. Manche von uns erhielten Faustschläge oder einen Schlagstock ins Gesicht, einige wurden von Polizist\*innen an den Haaren gegriffen und daran gezogen. Die Polizei interessierte sich nicht für den Menschen im Rollstuhl und die Tatsache, dass durch den Druck andere Menschen aus der Masse auf die sitzende Person gedrückt wurden. Der Druck der Polizeikette wirkte sich auch auf den neben stehenden Tripod aus, auf dem eine Person saß. Der Tripod geriet mehrmals ins Wanken und die Person oben hätte dadurch herunterfallen oder der zusammenfallende Tripod die unten stehenden Menschen verletzen können, die Polizei schien überhaupt nicht darauf zu achten.“

Diese Situation wird auch in einem Tweet beschrieben:

13:25 Beim zurückdrängen von Aktivistinnen auf der L277 in #Luetzenrath hat die Polizei gegen 13.25 fast einen besetzten Tripod umgeworfen. Wie schon im Hambi und Danni scheint besonders den Hundertschaften die Gefahr nicht bewusst.  
[twitter.com/Ti\\_Wag/status/1612791360251207691](https://twitter.com/Ti_Wag/status/1612791360251207691)

Wir verlassen das Gelände gegen 15 Uhr und beenden die Beobachtung an diesem Tag.



Abb. 14 | Das „X“ beim Greenpeace-Container



## MITTWOCH, 11. JANUAR

An diesem Morgen beginnt die eigentliche Räumung Lützeraths und die gleichzeitige Einzäunung des Ortes. Im Morgengrauen wurde Lützerath von der Polizei gestürmt, mehrere Hundertschaften verteilten sich sofort im gesamten Gelände.

Wir sind mit unseren drei Beobachter\*innen zu Beginn des Räumungseinsatzes nicht vor Ort, sondern erreichen Lützerath erst am Vormittag. Bei der Anfahrt Richtung Lützerath über die Autobahn gegen 11 Uhr hatten wir bereits einzelne Polizeifahrzeuge gesehen, die im Umkreis überall Brückenübergänge und Zufahrten sichern.

Der Zugang zum Ort ist heute ohne polizeiliche Akkreditierung nicht mehr erlaubt, die wir uns in der Akkreditierungsstelle in Jackerath besorgen müssen. Wir erreichen den Ort Lützerath erst gegen 13 Uhr. Auf dem Weg sehen wir eine Pferdestaffel zwischen der Straße L12 und Tagebaukante im Einsatz.

Eine Schilderung des frühen Morgens gibt uns im Nachhinein eine Person 1:

*„Zunächst gab es einen mittleren Alarm, dann kurz darauf gegen 7 Uhr morgens den großen Alarm. Wir gingen schnellst möglich zu unserem Blockadepunkt. Schnell drangen von allen Seiten Polizeieinsatzkräfte nach Lützerath ein und verteilten sich überall und machten sich ein Bild der Lage. Die Polizei forderte mündlich alle Personen auf, das Gelände nun freiwillig zu verlassen. Sie ergriffen sofort sämtliche Personen, die noch im Gelände umher liefen und sich noch nicht an einem der Blockadepunkte aufhielten. Diese Personen wurden gekesselt und dann entweder herausgetragen oder zum Ausgang abgeführt.*

*In unserem Blockadepunkt waren wir mit ca.15 Personen, drei Personen in Lock-Ons, eine Person im E-Rolli, zwei Personen auf Tripods und zwei weitere auf einer anderen erhöhten Plattform. Gegen Mittag sollten alle Anwesenden gehen, die nicht festgekettet o.ä. waren, es wurde uns zum Glück eine Person als Unterstützung gewährt. Sie durfte uns versorgen, also mit Essen und Trinken verpflegen, uns zu decken und andere Aufgaben, die anfallen, um die Situation für angekettete Personen zu erleichtern. Ihr war es aber nicht möglich, zu den anderen Personen gehen, die zwar ebenfalls Teil unserer Bezugsgruppe waren, aber nicht unmittelbar bei uns, sondern weiter weg auf einem Tripod und auf der Plattform waren. Sie liefen dann Gefahr, auch geräumt zu werden.*

*Am späten Abend kam eine Gruppe Polizist\*innen und schaute nach uns und erkundigte sich nach unserem Befinden, wir antworteten, dass uns sehr kalt sei, es uns aber den Umständen entsprechend gut gehe. Sie teilten mit, dass das technische Team noch an einem anderen Blockadepunkt zu tun hätte,*

*einem Autowrack mit einer angeketteten Person, das sehr kompliziert zu lösen sei und daher noch länger dauern würde. Sie schauten im Verlauf der Nacht noch zwei weitere Male vorbei und teilen mit, dass wir noch nicht an der Reihe wären. Zu uns kam das technische Team gegen 3:30 Uhr, ausgestattet mit Akkuflex, Bohrer, Presslufthammer und anderem. Sie fragten nochmal, ob wir uns ganz sicher nicht selbst befreien könnten und nachdem wir das verneinten, erklärten sie, wie sie vorgehen würden, um die Lock-Ons zu lösen und teilte Ohren- und Augenschutz aus. Das Team war ungewöhnlich umgänglich und nicht aggressiv und beschimpfte uns nicht, nur eine Polizist\*in bemerkte zu Anfang: „Lassen wir sie einfach drin und wir schauen nach 2-3 Tagen wieder vorbei“. Insgesamt nahmen sie die Lock-Ons eher als technische Herausforderung. Nachdem das Lock-On geöffnet worden war, wurde ich erst zu Sanitätern, direkt vor Ort bei der Blockade und danach gegen 6 Uhr zu den Hallen gebracht, dort wurde mein Gepäck und meine Kleidung durchsucht und ich abgetastet. Ich musste dringend auf die Toilette, durfte aber nicht. Danach wurden ich und die beiden anderen Menschen, die ebenfalls in Lock-Ons gewesen waren, mit einem GESA-Transport mit drei Zellen zum Polizeicamp gebracht. Auch dort wurde mir weiterhin ein Gang zur Toilette untersagt. Dort wurde ich (inklusive Gepäck) nochmals durchsucht. Wir wurden im Rahmen der „Fast-ID Erfassung“ von allen Seiten fotografiert, speziell die Ohren, da sie ein individuelles Erkennungsmerkmal darstellen, das Gepäck und die Hände. Schließlich konnten wir das Gelände verlassen. Ich erhielt mündlich einen Platzverweis, der uns für die nächsten 3 Tage den Aufenthalt 500 Meter um den Zaun untersagte.“*

Stimmen, die die ersten Stunden der Räumung schildern, finden sich auch hier:

[www.youtube.com/watch?v=FRpSz5B9sTw](https://www.youtube.com/watch?v=FRpSz5B9sTw)

Zu Beginn des Fußwegs auf dem Keyenweg nach Lützerath stoßen wir sofort auf einen Polizeikontrollpunkt, der unsere Akkreditierung und Personalausweise prüft. Es wird demotivierend auf uns eingeredet. Wegen eines Betretungsverbot nach mehreren hundert Metern müssten wir damit rechnen, nicht weiter in Richtung Lützerath gelangen zu können. Im Weitergehen entdecken wir gegen 13 Uhr auf dem Feld links vom Keyenweg eine Polizeimaßnahme gegen ca. 25 Personen, die wir aufsuchen. Die Aktivist\*innen stehen aufgereiht vor einer Reihe Polizeifahrzeuge. Ihnen werde – auf Anfrage nach Auskunft einer Betroffenen – Landfriedensbruch vorgeworfen. Ein Polizeibeamter interveniert sofort in unser Gespräch und schreit aggressiv, ich solle verschwinden. Ich werde aufgefordert, den Platz zu verlassen, ich dürfe nicht mit den Beschuldigten sprechen. Dahinter auf dem Feld, der „Kolawi“, befindet sich ein Polizeikessel: Eine Gruppe von 40 Personen wurde bei dem Versuch, Lützerath übers Feld zu erreichen, festgesetzt. Die Polizei steht lose drumherum ohne Helme, die Stimmung

im Kessel ist ruhig, eine parlamentarische Beobachtung ist anwesend. Einige Aktivist\*innen werden mit Rettungsdecken abgeschirmt, um aufs Klo zu gehen. Alle Personen im Kessel sollen ED-behandelt werden und einen Platzverweis bekommen, die Polizei sagt, es gehe schneller, wenn alle die Personalien freiwillig angeben. Wir hören ein Gespräch zwischen Polizist\*innen: sie verstehen nicht, warum Aktivist\*innen getragen werden, man solle sie doch einfach am Kragen heraus schleifen. Gelächter unter den Polizist\*innen. Nach einer Weile verlassen wir die Situation und gehen weiter.

Wir erreichen Lützerath. Der Zaun ist gerade im Aufbau. Bei unserer Ankunft verläuft er bereits von der Tagebaukante bis zum Keyenweg, seine Errichtung geht sehr schnell voran. Wir sehen zwei Räumpanzer und rund 60 Polizeieinsatzfahrzeuge entlang des Zauns. Der Eingang nach Lützerath wird von mehreren Mitarbeiter\*innen eines privaten Sicherheitsdienstes bewacht. Es kommen uns gerade einige Besetzer\*innen entgegen, die von Polizeibeamt\*innen hinausbegleitet werden.

Mit der Presse-Akkreditierung der Polizei gelangen wir nach Lützerath hinein. In Lützerath hält sich ein Großaufgebot der Polizei auf, außerdem viele Pressevertreter\*innen. Besetzer\*innen befinden sich zu diesem Zeitpunkt entweder in Häusern oder auf Dächern, auf Baumhäusern, Tripods oder anderen Strukturen. Alle anderen wurden von der Polizei geräumt, die Fläche ist unter Kontrolle der Polizei. Auf der L277 wird der Greenpeace-Container gerade abgebaut, eine Polizei-Hundestaffel bewacht das Tagebauvorfeld vor Lützerath und der Straße L277.

Wir betreten das Gelände bei den Hallen, hier befindet sich sehr viel Polizei. Seit 13:30 Uhr ist die KüFa (Küche für Alle) geräumt, es gibt keine Lebensmittelversorgung für die Aktivist\*innen mehr. In der Halle befinden sich nur noch Aktivist\*innen auf einer Plattform, die von der Decke hängt und auf einem kleinen Tripod.

Wir dürfen Halle 1 nicht betreten, diese wird offenbar gerade geräumt. Eine Gruppe Besetzer\*innen sitzt in einem Polizeikessel davor.

Die „Holzlager“-Halle ist noch besetzt: Aktivist\*innen befinden sich darin auf einer Plattform unterm Dach, Polizist\*innen stehen vereinzelt in der Halle herum. Es ist sehr ruhig. Eine Polizeireihe sichert die Türen, darunter Beweissicherungsteams und mehrere Polizeibeamt\*innen in Zivil mit gelben Westen, die sie als „Verbindungsbeamte“ ausweisen. Auf dem Platz davor, zwischen der „Holzlager-Halle“ und dem „Phantasialand“, steht eine Doppelreihe Polizei mit Helmen und Schilden, alles Polizei aus NRW. Weiterhin stehen dort zwei große besetzte Monopods, die miteinander verbunden sind (Abb. 15).



Abb. 15 | Die „Holzlager“-Halle

Die Halle 4 westlich des Hallenweges ist ebenfalls noch besetzt, man darf als Beobachter\*in hinein. Hier stehen fünf Polizist\*innen, 5-7 Aktivist\*innen befinden sich noch einer großen Plattform und auf mehreren Pods, andere Strukturen sind bereits geräumt. Laut Informationen von der Pol-Ko (Polizeikontakt) – das sind Aktivist\*innen aus Lützerath für die Kommunikation mit der Polizei, gekennzeichnet mit Westen – habe die Polizei während der Räumung niemanden in die Halle gelassen, auch keine parlamentarische Beobachtung. Auch nach wiederholtem Fragen erhalten wir und die Presse keinen Zugang in die Halle. Alle Fragen werden abgeblockt, die Halle ist aber groß genug. Die Polizei gibt vor, selber nicht zu wissen, wer zuständig sei.

Wir sehen außerdem eine Gruppe Besetzer\*innen auf dem Dach von Halle 4 sitzend, sowie zwei Menschen in Traversen am Kopfende der Halle (Abb. 16). Dorthin marschieren 10 Polizist\*innen mit schwarzen Helmen, etwas später folgen neun Beamt\*innen einer Polizei-Klettereinheit – vermmummt und in Tarnkleidung – sowie Sanitäter\*innen der Polizei. Gegen 15:30 Uhr wird Halle 4 innen vollständig geräumt, Aktivist\*innen berichten, Personen werden von der Plattform gezerrt, während sie im Lock-On sind. Es gibt kein Technikteam zur Lösung aus den Lock-Ons.



Abb. 16 | Umgestellte Halle 4 am 11. Januar 2023



Von den zwei Personen auf Traversen draußen an der Halle 4 hat sich inzwischen eine Person an der Hallenwand festgeklebt, während sie selbst auf einer Traverse steht. Die Polizei versucht, sie durch das Fenster nach innen in die Halle zu ziehen. Bei der gleichzeitigen Räumung der Küfa-Halle ist die Presse zugelassen. Gegen 16:30 Uhr wird die erste Person, außen an Halle 4 in einer Traverse stehend, geräumt.

Eine Gruppe von PolKo berichtet uns, dass die Küche der Aktivist\*innen (Küfa) nach Absprachen mit der Polizei so lang vor Ort bleiben sollte, wie nötig, um Aktivist\*innen während der Räumungsarbeiten zu versorgen. Es habe für ca. 1,5 Stunden gar keine Polizei für die Kommunikation mit den PolKo zur Verfügung gestanden. Die Küfa-Menschen seien abgeführt worden. Infolgedessen sei die Essensversorgung der Besetzer\*innen in Lützerath nicht mehr gewährleistet, und es gebe seit Stunden keinen Ausblick auf eine sich abzeichnende Lösung. Die eigenen Sanitäter\*innen dürften sich entgegen vorheriger Absprachen mit der Polizei auch nicht mehr in Lützerath aufhalten und mussten das Gelände verlassen. Als Begründung führte die Polizei an, über eigene Sanitäter\*innen und Rettungswagen zu verfügen.

Wir verlassen das Hallenareal und werfen einen Blick in das „Phantasialand“: Alle Baumhäuser dort sind mit mehreren Personen besetzt, unten stehen einzelne Polizeibeamt\*innen in ihren typischen Kleingruppen. Wir hören, wie Aktivist\*innen sich zurufen, die Polizei habe angekündigt, 24/7 zu räumen, also ohne Unterbrechung, Tag und Nacht.

Vor dem ehemaligen Hof von Eckhart Heukamp bewacht verummte Security die Abrissarbeiten. Gegen 14:20 Uhr wird dort bei der L277 eine besetzte Barrikadenähnliche Struktur aus Bauzäunen geräumt, die Stimmung wirkt ruhig. Vor Eckharts Hof fährt ein RWE-Transporter mit Aktivist\*innen vorbei, gefolgt von mehreren Einsatzfahrzeugen der Polizei. Kleine Gruppen Polizist\*innen befinden sich auch überall in und um die Bauten auf der Zeltwiese und scheinen Räumungen vorzubereiten. Auf der L277 werden die Pods geräumt (Abb. 17), viel Presse ist dabei.

Gegen 17 Uhr sind auf der Zeltwiese große Bauten weiterhin besetzt. Eine Aktivist\*in berichtet, Sicherungsseile des großen Turms seien durchgeschnitten worden. Wir beenden die Beobachtung gegen 19 Uhr. Via Twitter erfahren wir:

*Am Abend werden die Hallen geräumt, es werden mehrere Lichtmasten aufgestellt. Gegen 21:30 Uhr werden die 15 Aktivist\*innen vom Hallendach 1 neben der ehemaligen Küfa-Halle geräumt.<sup>67</sup>*



Abb. 17 | Räumungsarbeiten auf der L277 zwischen Tagebau und „Reihenhausiedlung“

<sup>67</sup> [twitter.com/Ti\\_Wag/status/1613271025495449604](https://twitter.com/Ti_Wag/status/1613271025495449604)



## DONNERSTAG, 12. JANUAR

Wir sind heute mit zwei Personen als ein Tandem unterwegs. Gegen kurz vor 11 Uhr erreichen wir das besetzte Dorf und verschaffen uns zunächst einen Überblick. Dabei sprechen wir mit einigen Besetzer\*innen auf Baumhäusern und auf anderen Strukturen. Sie berichten uns, dass es weiterhin keine Essensversorgung von außen gebe. Zum Glück hätten sie Vorräte und versorgten sich gegenseitig „durch die Luft“, dies betreffe allerdings nur diejenigen, die mit Traversen miteinander verbunden sind. Andere Besetzer\*innen könnten nicht hinuntersteigen, denn dann würden sie von der Polizei geräumt.

In der Mitte des „Hüttendorfs“ stehen zahlreiche Polizist\*innen überall zwischen den Hütten verteilt, warten und schauen sich um. Auf der Straße L277 parallel zur Tagebaukante beobachten wir, wie mit Hebebühnen die zwei letzten von circa 5-6 Pods auf der Straße geräumt werden, alle sind mit einem Seil verbunden. Kurz darauf wird dieses Seil gekappt und drei Pods fallen zur Seite weg auf die Straße. Am Anfang der Straße (Ecke zur „Pappelallee“) liegen noch einzelne Hindernisse aus Paletten und Steinen, ansonsten ist die Straße aber bereits für Fahrzeuge wie Hebebühnen etc. befahrbar.

Bei den besetzten Wohnhäusern um „Eckardts Hof“ ist sehr viel Polizei, mehrere Züge plus 30-40 Pressevertreter\*innen stehen vor den Häusern. Auf dem Hausdach des „Haus der Unbekannten“ (HDU) sitzen 8-10 Besetzer\*innen. Nach und nach kommen weitere aus den Häusern und setzen sich mit auf das Dach. Weitere Personen sehen wir auf einer Holzbrücke links davon stehen, die das „HDU“ und „Paula“ miteinander verbindet.

Während wir uns umsehen, hören wir neben uns einen WDR-Journalisten von „Vermummten, die Steine schmeißen“ berichten, haben aber selbst keine Steinwürfe gesehen. Die Polizei sagt nun durch, dass der Aufenthalt illegal sei und fordert die Besetzer\*innen zum sofortigen Verlassen auf. Vor dem Haus warten 30-40 Beamt\*innen einer BFE-Einheit aus NRW. Wir sehen einzelne ungezielte Böllerwürfe vom Dach der „Paula“.

Die Polizei zerschlägt die Fenster im Untergeschoss des „HDU“ und macht sich dann bereit, in das Untergeschoss und den ersten Stock des „HDU“ einzudringen. Aus dem Fenstern der „Paula“ werden mehrere Böller geworfen, die aber augenscheinlich gezielt nicht auf Personen geworfen werden. Dies schließen wir daraus, dass die nachfolgenden Kartoffeln und 1-2 Farbbeutel sehr zielgenau auf Polizei und Hebebühne fliegen, die die Polizeikräfte mit Schilden

abwehren. Die Polizei hat insgesamt viel Spezialgerät dabei: Presslufthammer, Haken zum Einschlagen der Fenster und Rollos, Akku-Flex zum Aufschneiden der Metalltüren im Erdgeschoss. Gegen 12 Uhr werden die ersten Aktivist\*innen aus dem „HDU“ abgeführt.

Nach einiger Zeit gehen wir zu den Hallen und machen Pause und schützen uns vor dem Regen in Halle 1. Hier liegen überall persönliche Gegenstände herum, die Aktivist\*innen vermutlich in großer Eile zurücklassen mussten.

Die Situation ist statisch und ändert sich wenig, wir gehen daher zur Polizei-Pressestelle und verlassen dafür den umzäunten Bereich. Wir sehen auf dem Weg Gefangene auf eine Erkennungsdienstliche (ED)-Maßnahme vor einem Zelt beim Polizeicamp warten.

Bei unserer Rückkehr müssen wir feststellen, dass uns und allen Presseleuten nun außerhalb des Zauns „auf Anweisungen von RWE“ der Einlass verwehrt wird, einen Grund erfahren wir nicht. Wir dürfen etwa eine halbe Stunde später wieder hinein.

Zurück im umzäunten Bereich gehen wir wieder zur „Paula“. Wir beobachten, wie an der Vorderfront gerade eine Traverse von der Polizei gekappt wird: die Person darin, auf Höhe der Dachrinne, war nicht gesichert und kann sich aber unter Anstrengung eigenständig auf das Hausdach hochziehen. Wir treffen auf die PolKo, die berichtet, dass sie das SEK gebeten hatten, Menschen in Traversen zu warnen, sobald daran gearbeitet wird, damit diese vorbereitet sind und sich sichern. Eine Ansprache an die Person ist in diesem Fall nicht erfolgt, wir hätten dies bemerkt.

Die Baumhäuser der „Reihenhaussiedlung“ entlang der L277 werden gegen 14:30 Uhr gerade von beiden Seiten aus mit zwei Hebebühnen geräumt. Zeitgleich wird nahe des „Towers“ noch ein Haus circa zwei Meter über dem Boden geräumt, in dem sich noch sieben Aktivist\*innen befinden, die abgeführt werden: teils gehen sie selbst, teils bleiben sie passiv und werden mitgeschleift. Es befindet sich viel Presse unter dem „Tower“ sitzend und überall zwischen den Hütten steht Polizei.

Gegen 15 Uhr kehren wir zurück zur „Paula“ und sehen, wie dort von hinten geräumt wird: Ein großer Bagger reißt Barrikaden und Mauern weg (Abb. 18, Folgeseite). Die Baggerschaufel arbeitet dabei nur wenige Meter entfernt von einer Person auf einem Tripod im Hof. Es stehen mehrere Dutzend Polizei im Innenhof und mindestens zwei Züge außerhalb, beobachtet von circa 30 Journalist\*innen.

Abb. 18 | Ein Bagger am besetzten Hof „Paula“ reißt Barrikaden und Mauern weg.



Auf dem Rückweg von Lützerath auf dem Keyenweg, der aufgrund der großen Wasserlachen aufgrund des Regens teilweise unpassierbar ist, treffen wir um 15:30 Uhr auf einen Kessel mit circa 60 sitzenden Aktivist\*innen (Kessel 2). Sie waren einige Stunden früher von einer angemeldeten Demonstration aus Keyenberg kommend über das Feld Richtung Lützerath ausgebrochen. Darunter waren Aktivist\*innen von Greenpeace, Extinction Rebellion, FFF und darunter Luisa Neubauer.

Sie berichten uns, ihnen werde Landfriedensbruch vorgeworfen. Diejenigen, die sich weigern Personalien anzugeben, sollten nach Auskunft einiger Sitzender laut Polizei dem Haftrichter vorgeführt werden. Die Personen würden dann einzeln aus dem Kessel geholt und mindestens Fotos gemacht. Ein anderer Kessel wurde bereits aufgelöst.

Wir sprechen auf der L12 mit einer Person, die sich als PolKo von Extinction Rebellion vorstellt und eine entsprechende Weste trägt. *Sie war Teilnehmerin der Demonstration, die sich gegen 12 Uhr auf die Straße gesetzt habe. Sie habe sich der Polizei als Ansprechperson angeboten, sei aber ignoriert und weggeschubst worden, sodass sie hinfiel. Sie verlangte lange vergeblich, dass Menschen Wärmedecken bekommen und auf Klo gehen dürfen. Dies sei lange verweigert worden, obwohl sich ein Dixi-Klo in der Nähe befand und aufgrund des massiven Polizeiaufgebots Einsatzkräfte für eine Begleitung dahin verfügbar gewesen wären.*

*Die Demo habe die L12 auf Höhe des Baggers in der Grube verlassen und sei in mehreren Gruppen auf die Felder gelaufen. Sie selbst habe kein Pfefferspray gesehen. Ein weiterer PolKo erzählt, er habe erfolglos einen Kontakt zur Einsatzleitung bzw. einem Verantwortlichen gefordert. Da der Polizeipräsident Weinspach anwesend gewesen sei, sei der nach dem Verantwortlichen gefragt worden, habe aber geantwortet, er könne sich mit Details nicht aufhalten. Der PolKo sei später nicht mehr zum Kessel gelassen worden.*

Wir treffen etwas später auf der L12 eine Person aus dem Kessel, die, obwohl sie ihre Personalienabgabe verweigert hatte, außer einem Platzverweis auf „unbekannt“ plus einem Foto, nichts weiter erhalten hat.

Anschließend sprechen wir mit einer weiteren Person, welche sich ebenfalls in der Demonstration befunden hat und davon berichtet, dass beim Abbiegen aufs Feld direkt Pfefferspray und Schlagstöcke eingesetzt wurden, einige Menschen seien zu Boden gebracht worden. Sie selbst war Teil des ersten Kessels und berichtet, dass dort auch eine Person leicht verletzt war; dass es lange Debatten brauchte, bis Rettungsdecken zugelassen wurden und die Polizei ziemlich gereizt war. Außerdem wäre die erste Person direkt mit Schmerzgriffen geräumt worden und nicht durch weggetragen. Erst durch lauten Protest der anderen hätte Polizei damit aufgehört. Und vielleicht auch, weil es sich um einen Teil der Prominenten (vermutlich Luisa Neubauer) gehandelt habe.

Wir finden folgende Tweets zu der Situation zu Beginn des Abbiegens der Demonstrationsteilnehmer\*innen:

*Die Demo von Keyenberg ist ausgebrochen und hat sich auf den Weg nach #Luetzerath gemacht. Die. Polizei reagiert darauf extrem aggressiv und setzt Pfefferspray ein.*  
[twitter.com/Ti\\_Wag/status/1613492164146724864](https://twitter.com/Ti_Wag/status/1613492164146724864)

*Mensch auf dem Feld, zwei Polizisten knien auf ihm, ein dritter scheint zuzuschlagen.*  
*Demo ruft: „Du bist nicht allein.“*  
[twitter.com/lqbeutin/status/1613510602730909698](https://twitter.com/lqbeutin/status/1613510602730909698)

Während der gesamten Zeit, die wir in Lützerath vor Ort sind, wird verteilt über das ganze Gelände geräumt und parallel auch gefällt und zerstört. Motorsägen sind ständiges Hintergrundgeräusch und großes Gerät – darunter Bagger und größere Abrissmaschinen – arbeiten zwischen den Hütten, die teilweise Bäume einfach abbrennen oder ausreißen. Der Zaun umringt seit dem Vortag einmal das ganze Dorf. Zugangspunkte im Zaun nach Lützerath hinein sind von privaten Security-Mitarbeiter\*innen in gelben Westen besetzt, die für RWE arbeiten. Davon gibt es am Zaun und auf dem ganzen Gelände unzählige.

## FREITAG, 13. JANUAR

Nach der Akkreditierung unserer neuen Beobachter\*innen in Jackerath gehen wir als Team aus zwei Beobachter\*innen gegen 10 Uhr den Keyenweg nach Lützerath. Dabei werden wir fünfmal nach unserer Akkreditierung und dem Personalausweis gefragt.

Wir erreichen das „Phantasialand“ und treffen dort auf sieben Besetzer\*innen in Baumhäusern, ihnen gehe es okay, sie hätten wenig Wasser, aber Essen für Wochen und es sei sehr kalt. Es tauche nur ab und an Polizei auf dem Gelände des „Phantasialands“ auf. Die Polizei habe aber angekündigt, dass in den nächsten Tagen auch hier geräumt werde.

Die Hallen sind inzwischen schon teilweise eingerissen. Am „Tower“ erzählen uns Aktivist\*innen, dass etwa 40 Minuten zuvor direkt neben Traversen, mithilfe derer zwei Menschen gesichert seien (zwischen dem „Tower“ und den Pappeln), Äste der Pappeln abgesägt wurden. Die Leute hatten große Angst, dass die Sicherungen beschädigt werden.

Auf der Zeltwiese ertönen um 10:26 Uhr die zwei Standardansagen der Polizei, mit der Aktivist\*innen aufgefordert werden, aufgrund der geltenden Allgemeinverfügung das Gelände zu verlassen; auf dem Dach der „Wilden 8“ wird das Haus von hinten durch die Polizei aufgeflext. Rund 10 Aktivist\*innen sitzen auf dem Dachfirst und zünden Pyrotechnik. Etwa 20 Pressevertreter\*innen sind anwesend und mindestens eine halbe Hundertschaft der Polizei aus NRW.

Vor der „Paula“ am Durchgang in Richtung „Wäldchen“, entfernt die Polizei Stahlträger, die als Barriere in den Boden eingelassen waren. Aus der „Wilden 8“ kommt ein Zug von 20 Polizist\*innen mit Bolzenschneider, Kettensäge, Presslufthammer und anderem Gerät heraus und entfernt sich über den Hauptweg. Es sind Einsatzkräfte aus Hamburg und NRW am Werk.

Eine Person befindet sich in einer Hängematte neben einem Baumhaus am See vis à vis zur „Wilden 8“. Auf dem zentralen Baumhaus und in einer weiteren Hängematte über dem See befinden sich weitere vier Aktivist\*innen. Kletterpolizist\*innen besteigen den Baum zum Haus, weitere Polizist\*innen filmen. Die Person in der erstgenannten Hängematte wird von einem Kletter-Polizisten gesichert abgelassen. Drei weitere Polizisten sind anwesend. Einer stellt fest, dass die Windverhältnisse „sehr schlecht“ sind. Diese Räumung verläuft ruhig und kooperativ, um 11:35 Uhr ist die Person am Boden und wird abgeführt. Ihr wurde zugesichert, ihre bei der Räumung herabgefallene Brille im Anschluss suchen zu dürfen, dies wird allerdings später verweigert. Sie erhält einen Platzverweis und wird ohne ED-Behandlung vor dem Zaun freigelassen. Sie berich-

tet uns einige Tage später, dass sie ihre Räumung insgesamt als ruhig verlaufen betrachte, im Gegensatz zu den anderen Tagen. Am 8. Januar und während der Großdemonstration am 14. Januar sei sie von der Brutalität der Polizei erschüttert gewesen.

In der „Reihenhaussiedlung“ zählen wir neun Aktivist\*innen. Zwei Aktivist\*innen im Haus „Tilly Turtle“ berichten vom Haus „Grubenblick“, dieses befand sich auf dem Nachbarbaum in maximal vier Metern Abstand zu ihrem Haus. Den Abriss hätten sie als viel zu nah empfunden und große Sorge gehabt, dass der Baum auf ihr Haus fallen könnte.

Am Securitypunkt an der Ecke zwischen der „Pappelallee“ und der L277 führen wir ein Gespräch mit einer Person des Wachdienstes: Man gehe von weiteren zwei Tagen aus bis das Räumungsende erreicht sei. Für die Demo am 14. Januar rechne die Polizei wohl mit rund 20.000 Teilnehmenden. Der Wachdienst dürfe ihm zufolge während der Demo „Gewalt anwenden, wenn Notwehr angebracht ist. Wenn der Zaun angegriffen wird, dann räumen wir die weg“.

Dann sprechen wir am Haus „KnutschKugel“, mit dem Aktivist\*in „Beule“. Die „KnutschKugel“ ist eine einzelne freistehende holzhausähnliche Struktur, von Lützerath gesehen außerhalb der Straße und des Walls (Abb. 14) auf dem Feld zwischen Straße L277 und der Tagebaukante. „Beule“ habe kein Essen und keine Infos; es sei alles so schnell gegangen. „Beule“ erzählt, die Polizei hätte gesagt, 80% seien schon geräumt worden und nur noch die Reihenhaussiedlung sei besetzt (was nicht korrekt war) und „Beule“ solle hinunterkommen.

Beim Bauhaus „Jona & der Wal“ beobachten wir um 12:32 Uhr eine Hebebühne am Werk. Die Hauswand ist eingedrückt; Dinge und Lebensmittel fliegen herunter, ein\*e Besetzer\*in wird über die Hebebühne abtransportiert.

Am Tag zuvor wurde bekannt gegeben, dass sich ein Tunnel unter Lützerath befindet, in welchem sich zwei Personen aufhalten. Gegen 13 Uhr kommen drei Polizist\*innen im „Wäldchen“ aus einem tunnelähnlichen Loch, welches von 3 Polizist\*innen mit Schild bewacht wird. Diese Öffnung liegt ungefähr 10 Meter von dem kleinen Häuschen entfernt, aus welchem einige Tage später „Pinky“ und „Brain“ den Tunnel verlassen.<sup>68</sup> Zu diesem Zeitpunkt ist uns allerdings noch unklar, wo genau die Tunnelöffnung ist. Die Öffnung, aus der die drei Polizist\*innen kamen, wird jedenfalls direkt danach etwas achtlos mit einer Holzplatte verschlossen, weshalb wir annehmen, dass es sich nur um einen Nebeneingang/Luftloch handeln kann.

<sup>68</sup> siehe Video:

[www.rnd.de/politik/aktivisten-pinky-und-brain-verlassen-tunnel-in-lutzerath-freiwillig-386398f4-0515-47cf-8c6b-b8d9f9367a8b.html](http://www.rnd.de/politik/aktivisten-pinky-und-brain-verlassen-tunnel-in-lutzerath-freiwillig-386398f4-0515-47cf-8c6b-b8d9f9367a8b.html)



Ein Journalist des WDR fragt Aktivist\*innen in den Bäumen im „Wäldchen“: „Wieso seid ihr überhaupt noch hier? Es lohnt sich doch eh nicht mehr.“

Aus dem „Wäldchen“ erschallt lautstark „Viva Lützerath“ und „Lützerath bleibt!, Es geht uns nicht um Lützerath, sondern um dieses System, das Entscheidungen hervorbringt, die unsere Lebensgrundlage zerstören. Die Kohle muss in der Erde bleiben!“ Im „Wäldchen“ ist weiter Polizei unterwegs, auch in den Bäumen arbeitet das SEK-Kletterteam. Aus dem Wäldchen wird eine erste Aktivist\*in abgeführt. Wir führen ein Gespräch mit einem Polizisten, der gerade vier leere Glasflaschen gefunden hat, aus denen am Flaschenmund jeweils Stofffetzen heraushängen und die er als Molotow-Cocktails bezeichnet, die aber keine Flüssigkeit enthalten. Er zeigt sich frustriert über die Außen- darstellung der Polizei durch die Aktivist\*innen.

Im Bereich zwischen „Zeltwiese“ und „Villa“ gibt es gegen 15 Uhr einen großen Presseandrang am „Wäldchen“. Dort stehen Greta Thunberg und Luisa Neubauer. Von ihnen und einigen anderen Aktivist\*innen werden Fotos gemacht, während sie rufen „Lützerath bleibt“ sowie „Ihr seid nicht allein“.

Über das gesamte Gelände verteilt sind jetzt fünf Hebebühnen gleichzeitig im Einsatz: am Zeltplatz, im „Wäldchen“ und auf der „Dorfstraße“. Die Polizei wirft Essen und andere Habseligkeiten aus Baumhäusern. Am „Wäldchen“ wird an zwei Stellen parallel gefällt und geräumt, darunter auch ganze Baumhäuser. Polizei und Pressevertreter\*innen stehen unseres Erachtens sehr nah dabei, nur knapp neben uns fallen Äste herunter.

Ein Aktivist\*in hängt in der Nähe an einer Traverse zwischen der „Wilden 8“ und dem „Wäldchen“, ist in der oberen Traverse gesichert und steht mit den Füßen auf einer zweiten Traverse. Es gibt einen Wortwechsel zwischen dem Aktivist\*in und einem Kletter-Polizisten vom SEK, der wohl gerade die Sicherung des Hauses durchtrennt hatte, so dass das Haus abgerutscht war. Beide befinden sich in ca. 8–10 Metern in den Bäumen. Sinngemäß sagt der Kletter-Polizist zu dem eben beschriebenen Aktivist\*in an den zwei Seilen „Jetzt reicht es auch mal“ und trennt ohne Ankündigung mit einer einzigen Handbewegung die Leine durch, auf der der Aktivist\*in steht. Er war zwar durch die obere Traverse gesichert, doch stand er in dem Moment mit seinem vollen Gewicht auf der unteren Traverse und fällt daher nach unten und wird schließlich von seiner Sicherung aufgefangen. Der Moment löst beim Aktivist\*in, bei den anwesenden Beobachter\*innen sowie den umstehenden Journalist\*innen Schock und Empörung aus.

Auf unsere Beschwerde bei einem den Boden-Bereich absperrenden Polizist\*, versucht dieser, zu beruhigen und sagt „Die Kollegen wissen was sie tun“.

Wir hören Journalist\*innen untereinander sagen, dass das so überhaupt nicht in Ordnung gehe. Auch aus dem „Wäldchen“ wird der Kletter-Polizist lautstark von anderen Aktivist\*innen kritisiert.

Gegen 16 Uhr hören wir laute Hilferufe aus dem Wäldchen nahe der Waldstraße und sehen, wie ein Aktivist\*in ungesichert aus einem Baumhaus auf eine Hebebühne gezogen wird, zwei Stützen des Hauses sind schräg nach links gekippt (Abb. 19, Folgeseite).<sup>69</sup> Wir sehen die Hand zittern und überlegen, ob er eine Panikattacke hat. Der Aktivist\*in liegt auf der Hebebühne; während er hinunter gefahren wird, liest ein Polizist ihm etwas von einem Zettel vor. Zahlreiche Journalist\*innen sind anwesend. Die parlamentarische Beobachterin der Linken, Katharina Grudin, kommt uns völlig aufgelöst entgegen. Sie sagt uns, dass sie auf die Gefahr hingewiesen habe, von der Polizei aber ignoriert wurde.

Aktivist\*innen in den Bäumen drumherum, Katharina Grudin und umstehende Journalist\*innen berichten uns, *dass wohl eine Leine gekappt wurde, woraufhin das Baumhaus mit mindestens zwei Aktivist\*innen auf dem Dach seitlich weggeknickt sei. Allerdings hat keiner der anwesenden Journalist\*innen die Situation direkt miterlebt. Auf Nachfrage zeigt uns ein Journalist seine Videoaufnahme, die kurz nach dem Wegkippen entstanden ist. Dort ist zu sehen, wie mehrere Polizist\*innen das Baumhaus mit der oben beschriebenen Aluleiter behelfsmäßig abstützen.*

Rechts direkt daneben, gegenüber von den Pappeln, bittet ein einzelner Aktivist\*in um Parlamentarische Beobachtung. Seine Sicherung sei durchtrennt worden, aber weil der Karabiner kaputt sei, könne er sich nicht an einer anderen Traverse sichern. Wir bitten Katharina Grudin als parlamentarische Beobachterin dazu. Um 16:20 Uhr ist er augenscheinlich unverletzt am Boden angekommen.

Die übrigen Aktivist\*innen im „Wäldchen“ sind weiterhin lautstark hörbar und klettern weiter hoch in die Bäume. Schon drei Baumhäuser im „Wäldchen“ sind herunter gesägt worden und liegen zerstört am Boden.

An diesem Freitag werden auch die Wohngemeinschaften in den Häusern mit den Hausnummern 9 und 10 geräumt. Wir als Beobachter\*innen sind nicht vor Ort; erhalten aber im Nachgang einen schriftlichen Bericht einer geräumten Person:

<sup>69</sup> Ein Video zeigt die riskanten Wetterverhältnisse während dieser Situation: [twitter.com/LuetziBleibt/status/1613917644427517953](https://twitter.com/LuetziBleibt/status/1613917644427517953)



Abb. 19 | Baumhaus im Wäldchen nahe der Waldstraße

„Am 13.01.2023 am Vormittag wurden alle Personen aus den Häusern Lützerath 9 und 10 geräumt. Wir befanden uns auf dem Dachboden der Nummer 9. Es gab dort zwei Personen, die sich an einen Dachbalken angeklebt und aneinander gekettet hatten, drei Personen mit den Armen in Lock-Ons, die aus Plastikröhren bestanden, zwei Streichmusiker und etwa drei Journalist\*innen. Zwei weitere Personen waren unten im Haus. Ich war mit im Lock-On. Während wir die Ankunft der Polizei abwarteten, hörten wir per Funk eine weinende Person, die beschrieb, wie gerade vor ihren Augen Pappeln in Lützerath gefällt wurden, in denen Menschen in der Höhe gesichert waren. Als die Polizei über eine Leiter die erste Etage erreichte und das Fenster einschlug, begannen die Streicher zu spielen und wir zu singen. Unter Gesang und Rufen kamen Polizist\*innen auf den Dachboden, über eine schmale Leiter. Sie schickten sofort die Journalist\*innen weg. Danach forderten sie die Streicher auf zu gehen, was die dann auch taten. Dann begannen Spezialkräfte und normale Polizist\*innen damit, die angeklebten Leute zu lösen. Dabei klagte eine Person darüber, dass an ihrer Hand gerissen wurde, die noch festklebte. Danach wurden die Lock-Ons aufgesägt. Die Einsatzkräfte erklärten uns, dass sie eine spezielle Säge benutzten, einen Oszillator, der in der Regel

aufhört zu sägen, wenn er auf dynamisches Material trifft, so wie Haut eben ist. Trotzdem wurde einer Person leicht in die Hand geschnitten. Als sowohl die Angeklebten als auch die erste Person aus dem Lock-On nach dem Lösen freiwillig mit der Polizei mit runtergegangen waren, waren wir noch zu zweit mit den Einsatzkräften. Wir saßen auf dem Boden. Zuerst forderte mich die Polizei auf, aufzustehen, woraufhin ich sagte: „Ich geh hier nicht weg. Da müsst ihr mich schon wegtragen.“ Daraufhin zerschnitten sie die Träger meines Rucksacks. Ein Polizist rief nach „Frederik“. Der so Bezeichnete kam dann und forderte mich auf, mitzugehen, „sonst tut's weh“. Ich sagte wieder, ich würde nicht weggehen und Frederik begann dann, meinen Kopf zwischen seinen Knien zu drücken, bis es sehr wehtat. Er schaute dann kurz, ob ich aufstehen würde und machte dann damit weiter, an meinem Kinn zu reißen und zu drücken. Ich wiederholte, dass ich nicht gehen würde, aber Frederik und seine Kollegen hatten mich bis zur Leiter gebracht und sagten mir, ich könne jetzt entscheiden, ob ich da freiwillig runter gehe, weil sie sonst nicht garantieren könnten, dass mir nichts passiert. Ich schaute runter auf die steile schmale Leiter, darunter gab es eine Hauswand mit dem zerbrochenen Fenster und direkt daneben eine kleine Küchenzeile. Ich sagte, dass sie mich da nicht einfach runterschmeißen können weil ich mir sonst was breche. Sie sagten etwas im Sinne von „dann ist das halt so.“ Ich entschied mich, mitzugehen. Bei der letzten Person im Dachboden lief es laut ihrem Bericht ähnlich ab. Es gab eine weitere Person, die aus dem Fenster des Hauses in einen angrenzenden Baum geklettert war. Sie berichtete später, dass sie in Lebensgefahr gebracht wurde, als Einsatzkräfte sie an einer viel zu dünnen Baumspitze sicherten. Sie wurde dann auch über den Dachboden der Nummer 9 geräumt. Die Person wurde dieselbe Leiter hinuntergereicht, wobei akute Gefahr bestand, dass sie fällt. Alle Personen aus dem Haus, außer wir drei im Lock-On, der Person im Baum und eine der Angeklebten, wurden ohne Erkennungsdienstliche Behandlung gehen gelassen. In den Tagen zwischen Mittwoch und Freitag, in denen wir die Häuser nicht mehr verlassen hatten, konnten wir von der 9 und der 10 die übrige Räumung kaum beobachten. Als Menschen durch die Polizei in Lebensgefahr gebracht wurden, hörten wir es hauptsächlich über Funk. Aber vor dem Haus gab es einen kleinen Monopod, der rund um die Uhr besetzt war. Als wir am Mittwochabend merkten, dass die Polizei auch nach Einbruch der Dunkelheit ihre Arbeiten fortsetzte, war klar, dass Strukturen wie der Monopod die ganze Nacht über besetzt bleiben müssten. Es regnete stark und Windböen waren teilweise 70 km/h schnell. Da sich die Personen auf dem Monopod kaum ausruhen konnten, hatten wir große Sorgen um ihre Sicherheit.“

## SAMSTAG, 14. JANUAR

Wir sind heute zu sechst in drei Teams unterwegs. Bei der morgendlichen Akkreditierung unserer neu hinzugekommenen Beobachter\*innen verweist uns die Polizei an eine andere Stelle, die extra für parlamentarische Beobachter\*innen gedacht sei. Dort steht aber niemand und eine Polizeibeamtin fragt per Funk nach wie und ob unsere neuen Beobachter\*innen akkreditiert werden. Laut ihrer Aussage von „ganz oben“ bekommt sie als Antwort: „heute nur Presse und eigentlich die ganzen Tage davor auch“. Weitere Diskussionsversuche helfen nicht weiter, der Verweis auf die abweichende Praxis der Vortage auch nicht. Wir bekommen dabei außerdem die Info, dass Akkreditierungen entzogen worden seien und die Polizei deshalb alle schon ausgegebenen Akkreditierungen an diesem Tag nochmal prüfen würde, bevor sie Journalist\*innen nach Lützerath shutteln. Diese können zwar auch ohne das Shuttle nach Lützerath gelangen, allerdings deutlich langsamer.

Da wir es wichtig finden, auch an diesem Tag die Räumungs- und Abrissarbeiten in Lützerath zu beobachten, entsenden wir ein Beobachter\*innen-Tandem mit schon vorhandener Akkreditierung der Vortage. Dieses stellt das Auto in Holzweiler ab und geht von dort aus zu Fuß nach Lützerath. Die zwei anderen Beobachtungstandems begeben sich nach Keyenberg, zum Sammelpunkt der an diesem Tag stattfindenden Großdemonstration.

### Räumung in Lützerath

Auf dem Weg nach Lützerath am Beginn des Keyenwegs werden wir nach Akkreditierung und Ausweis gefragt. Danach fragt, anders als an den Tagen zuvor, niemand mehr nach dem Ausweis. An mehreren Polizeikontrollpunkten auf dem Weg hinein müssen wir jedoch die Akkreditierung sichtbar vorzuzeigen. Gegen 11 Uhr erreichen wir Lützerath und sehen circa acht Aktivist\*innen auf dem „Tower“ sowie zwei weitere in der Ecke zur „Reihenhaussiedlung“ in einem niedrigen Baumhaus (Ecke Pappelallee und L227). Dieses wurde gerade begonnen zu räumen, als wir ankommen. Zeitgleich reißt ein Bagger sehr nahe um das Baumhaus Büsche und Bäume aus, unter Sicherheitsaspekten viel zu nah. Ein anwesender Journalist vom Deutschlandfunk sieht den nicht ausreichenden Sicherheitsabstand ähnlich wie wir. Nicht weit davon links finden in der „Reihenhaussiedlung“ ebenfalls Arbeiten mit Hebebühne statt.

Wir sehen zusätzlich zum „Tower“ noch weitere 5–6 Aktivist\*innen in den Baumhäusern der „Reihenhaussiedlung“, außerdem fünf Personen im „Wäldchen“ hoch oben in den Bäumen. Wir beobachten verschiedene Räumungsarbeiten um „Wäldchen“ und Wiese herum. Es herrscht sehr viel

Kommen und Gehen auf den Fahrtwegen, es fahren ständig schwere Maschinen ins Gelände ein, verteilen Kies auf dem Boden usw. Insgesamt erscheint uns alles hektisch und gedrängt. Neben Klettereinheiten der Polizei, die Menschen aus Bäumen und Baumhäusern holen, wird Geäst entfernt. Die Pappeln werden gerodet, obwohl von dort Traversen zum „Tower“ verlaufen, an und in dem sich noch zahlreiche Aktivist\*innen befinden.

Über Twitter erhalten wir die Information, dass um 13:16 Uhr eine verletzte Person aus dem „Wäldchen“ mit einem Notarztwagen abtransportiert worden sei, nachdem sie längere Zeit kopfüber gehangen habe.<sup>70</sup> Wir fragen bei der Polizei pressesprecherin nach: sie hat dieselbe Info, und sagt, die Person sei medizinisch versorgt und ins Krankenhaus gebracht worden. Sie selbst würde aber nun im Nachgang wahrscheinlich nichts mehr oder nur verzögert erfahren.

Gegen 14 Uhr begeben wir uns auf einen Wall innerhalb der Umzäunung Lützeraths, um einen Blick auf die Demonstration bzw. die von der Demoroute Richtung Lützerath abgelenkten Menschen zu erhaschen. Eine der Beobachter\*innen kehrt um 14:40 Uhr ins Dorf zurück, als die Räumung des „Towers“ beginnt. Mehrere Hebebühnen fahren gleichzeitig an den „Tower“ heran, Polizist\*innen nähern sich den sich dort befindlichen Aktivist\*innen im Inneren des „Towers“ und von außen. Sie werden einzeln nacheinander von ihren Positionen in die Hebebühnen geholt und zum Boden gebracht (Abb. 20, Folgeseite).

Aus dem Baumhaus an der Ecke Pappelallee und L227 wurde gegen 14:45 Uhr eine Person aus einem Lock-On geholt. Sie steht vor dem Baumhaus, das Lock-On ist noch am Arm. Es sind Säegeräusche aus dem Eckbaumhaus zu hören, dort scheint gerade eine weitere Person aus Lock-On geholt zu werden. In dem letzten verbleibenden Pappelhaus ist möglicherweise noch eine weitere Person, jedenfalls ist es zu dem Zeitpunkt im Gegensatz zu fast allen anderen nicht abgerissen.

Bei der „Tower“ Räumung befindet sich eine Person außen an einem das Haus stützenden Pfeiler in einem Lock-On. Es sind einige Pressevertreter\*innen und Parlamentarische Beobachter\*innen vor Ort. Die Sicht auf die Person im Lock-On ist ideal. Bald marschiert Polizei mit Schildern und Helmen um den „Tower“ auf und postieren sich dort, warum ist unklar. Wir suchen den Kontakt zu der Person im Lock-On am Tower: sie sagt, sie sei ok und scheint sich zu freuen, dass Menschen da sind, die beobachten. Gegen 15:30 Uhr ist der „Tower“ leer, bis auf die Person im Lock-On, an der jetzt „Höhentechniker“ arbeiten. Ein Polizist sagt zum anderen „Das Haus ist jetzt komplett Störerfrei“, und meint

<sup>70</sup> [twitter.com/XahausX/status/1614239494227755008?t=ioZVj3qkHVywa7bLqehQWQ&s=19](https://twitter.com/XahausX/status/1614239494227755008?t=ioZVj3qkHVywa7bLqehQWQ&s=19).



Abb. 20 | Die Räumung des „Towers“ beginnt



wahrscheinlich den „Tower“. Kurz darauf kommt nochmal dieselbe Ansage von einem weiteren Polizisten. Die Polizei weist drei hinzu gerufene Sanitäter\*innen an, in der Nähe des „Towers“ zu bleiben. Bei der Person mit Lock-On werde in Kürze begonnen, dieses aufzuhebeln, „da könne auch mal etwas schief gehen.“ Die drei Sanitäter\*innen postieren sich daraufhin mit Material rund 20 Meter entfernt vom „Tower“.

Der Mensch im Lock-On erhält Helm, Schutzbrille und Ohrenschutz und ist auch mit Gurten gesichert worden. Der Einsatz wird von der Bundespolizei durchgeführt. Es sitzen zwei Kletterpolizisten links und rechts neben bzw. hinter der Person im Lock-On, sie haben ihr die Schutzausrüstung angelegt und halten bei verschiedenen Werkzeugeinsätzen am Lock-On auch zusätzlich die Hand schützend vor das Gesicht der Person. Von vorn fahren weitere Polizei mit einer breiten Hebebühne heran und setzen von dort Werkzeuge ein. Die Hebebühne schwankt immer leicht, wegen des Windes. Das ist bei der Komplexität des

Einsatzes besorgniserregend. Es wird nun in der Folge mit verschiedenen, u.a. motorisierten Werkzeugen langsam von außen nach innen das Lock-On aufgeschnitten. Es kommen abwechselnd zum Einsatz eine Flex, kleine Stemmeisen, ein langer dünner Stichbohrer und ein Aufsatzbohrer, Hebel und Zange. Der Aktivist wirkt dabei sehr ruhig, aber vor allem sehr wach und konzentriert.

Gegen 16:30 Uhr wird die linke Hand aus dem Lock-On gezogen. Der Aktivist lehnt kurz darauf, sichtlich erschöpft mit dem Rücken an der Holzwand. Die Person wird mit Gurt hoch gehoben, eine weitere Sicherung angelegt. Die Hebebühne mit der Person fährt anschließend nach unten. Ein Team der Beweissicherung ist da und filmt. Die Person wird wenige Meter weiter getragen und auf einen Baumstamm gesetzt. Wir gehen hin und fragen, ob sie okay ist. Die Person nickt erschöpft. Wir machen uns kurz vor 17 Uhr auf den Rückweg über Tor 4 und laufen außen den Zaun entlang zu den Menschen vor dem Wall und Zaun. Es ist dunkel, überall ist Polizei auf dem Feld, teils mit Hunden. Alle 20 Meter stehen helle Strahler in Richtung der vielen Menschen, die Situation ist recht statisch und ohne Bewegung bzw. Gewaltanwendungen. Kurz vor 18 Uhr verlassen wir das Gelände und gehen zurück Richtung Holzweiler.

### Demonstration

Zwei Beobachtungs-Tandems begleiten die Demonstration „Gegen die Räumung – Für Kohleausstieg & Klimagerechtigkeit“. Ihr Sammelpunkt befindet sich am Wendehammer in Keyenberg. Gegen 10:30 Uhr sind bereits circa 400 Menschen vor Ort. Die Versammlungsleitung der Demo ist im Gespräch mit der Polizei, zwei Kommunikations-Beamt\*innen sind ebenfalls anwesend.

**Team 1:** Gegen 11 Uhr im Ort Keyenberg sind schon viele Aktivist\*innen da, die zum Teil versuchen, von einem Wall einen Blick in die Tagebaugrube zu werfen (Abb. 21). Von einem Standplatz in der Nähe kommt berittene Polizei. Wir zählen sechs Reiter\*innen plus Pferde in gelben Regenmänteln und 20 Reiter\*innen in schwarzer Kluft. Sie reiten einen Weg hinab in die Kohlegrube. Von den Haltepunkten der Shuttle-Busse zieht ein ununterbrochener Strom weiterer Aktivist\*innen heran.

Abb. 21 | Aktivist\*innen auf einem Feld zwischen Keyenberg und Lützerath



Der Lautsprecherwagen am Anfang der Demo steht etwas außerhalb von Keyenberg auf der Demoroute L12, hier sammeln sich die Leute. Die geplante Aufstellung in Blöcken (Familienblock, Revolutionärer Block, etc.) kann nicht eingehalten werden, da immer mehr Menschen dazukommen und sich hinten einreihen. Die Zusammensetzung der Demo ist bunt gemischt, viele junge Leute, aber auch Ältere und Familien mit Kindern und Babys sind dabei.

Der erste Demowagen startet mit Verzögerung vom Wendehammer die L354 in Richtung L12 entlang. Die Menschen folgen langsam, um mehr Anreisenden das Einreihen in die Demo zu ermöglichen. Währenddessen erhöht sich auch die Polizeipräsenz.

Im Ort Keyenberg sind die Straßen so eng, dass es fast unmöglich ist, am Demozug vorbeizukommen. Dann zieht der Zug aus Keyenberg heraus auf die L12. Zwischen der Abbruchkante und L12 sind auf einem parallel zur L12 verlaufenden Weg circa 20 Aktivist\*innen unterwegs. Hinter ihnen fahren gegen 13:15 Uhr rund 15 Polizeieinsatzfahrzeuge heran. Die Aktivist\*innen gehen langsam weiter und blockieren so deren Durchfahrt. Die Türen der Polizeieinsatzfahrzeuge öffnen sich und Polizisten springen heraus, laufen nach vorn und drängen die Aktivist\*innen beiseite, die Polizeieinsatzfahrzeuge passieren. Nach dem 6. Bus drängen sich die Aktivist\*innen wieder auf die Straße, blockieren die restlichen Polizeifahrzeuge, einer legt sich auf den Boden vor dem vordersten Wagen.

Als **Team 2** laufen wir mit dem vorderen Teil der Demo mit, die Demo geht einen Teil zunächst durch Keyenberg, teilweise biegen Menschen auf eigene Faust seitlich zur L12 ab, näher am Tagebau entlang. Als wir das Dorf gegen 13 Uhr verlassen, laufen Höhe Postweg einzelne Personen in Richtung Tagebau, diverse Polizeieinheiten folgen ihnen. Kurz danach sehen wir weitere Menschen, die eine andere Route genommen haben, sie werden aber direkt gestoppt von einer anderen Polizeieinheit.

Vom Demozug aus biegen gegen 13:30 Uhr weitere Aktivist\*innen nach links über den Acker in Richtung Lützerath ab. Der Demo-Lautsprecherwagen weist sie darauf hin, dass sie sich jetzt aus dem Schutz der Versammlung entfernen. Immer mehr Menschen verlassen den Demozug und gehen über die Äcker Richtung Lützerath. Sie sind ein Abbild der Demo, viele junge Menschen, aber auch Familien mit Kindern, einige schieben Kinderwagen. Wir gehen mit und sehen in der Menge unter anderem auch zwei Rollstuhlfahrer\*innen, eine Person mit einem elektrischen Rollstuhl, eine weitere, die im Rollstuhl geschoben wird und eine weitere Person, die in einem Lastenfahrrad transportiert wird.

Die erste Polizeikette ist bereits aufgelöst bzw. durchflossen, die zweite Polizeikette steht gegen 14 Uhr zwischen dem Tagebau bei Lützerath und Keyenberg. Die Menschen versuchen in Ketten bzw. in Blockformation auch diese Polizeikette zu durchfließen. Polizeieinheiten mit etwa 6-10 Beamt\*innen stürmen immer wieder unvermittelt in die Masse der Demonstrant\*innen hinein. Viele werden dabei verletzt, sie erhalten Schläge und tragen blutige Lippen davon. Die Menschen versuchen immer weiter, Lücken zu finden und die zweite Polizeikette zu überwinden. Teils bauen sie an bestimmten Punkten zusammen Druck auf, oder sie laufen an anderer Stelle in Richtung Tagebaukante.

Durch zwei Lücken können die Menschenmassen schließlich die Polizeiketten durchfließen ohne dass die Polizei sie aufhalten kann. Menschen stehen nun kurz vor dem Zaun und rennen immer weiter nach rechts über den Keyenweg/Gabelweg. Zu diesem Zeitpunkt hören wir keine Durchsagen der Polizei. Die Situation an der zweiten Polizeikette ist die Schlimmste: hier kommt es immer wieder zu Verletzten, da Polizeieinheiten in die Menschenansammlungen hineinrennen, mit Schlagstöcken zuschlagen und Menschen wegschubsen – darunter auch Erwachsene mit Kleinkindern und Babys.

**Team 1:** Die Demo passiert gegen 14 Uhr sechs auf dem Acker stehende Polizeieinsatzfahrzeuge. Drei davon haben jeweils einen platten Reifen, die Scheiben sind mit Schlamm beschmiert, vor den Rädern liegen Steine oder Geäst, ansonsten sind die Autos unbeschädigt. Während wir fotografieren, tauchen sechs Polizisten mit Helmen, Schilden und Schlagstöcken auf, die sich jeder vor einem Auto positionieren und die Wagen offensichtlich vor Beschädigungen schützen sollen. Ihnen ist ihr Unbehagen anzusehen und wir fragen uns, welche Einsatzleitung sechs einzelne Beamte in eine Menge von tausenden Demonstrant\*innen schickt. Das ist entweder grob fahrlässig oder die Einsatzleitung ist überzeugt, dass es sich hier um eine extrem friedliche Demonstration handelt. Vorbeiziehende Aktivist\*innen fotografieren die Fahrzeuge, die bewachenden Polizist\*innen werden ignoriert, die Menge zieht daran vorbei. Vereinzelt wird aus der Demo Feuerwerk abgebrannt.

Wir gehen um 14:15 Uhr mit der ausgebrochenen Menge über den Acker weiter voran und stoßen auf eine lose Polizeikette mit jeweils rund zwei Metern Abstand zueinander, die versucht, die Demonstrierenden am Weitergehen zu hindern. Sie weisen darauf hin, dass hier Privatgelände sei, das nicht betreten werden dürfe.





Abb. 22 | Demonstrationsteilnehmer\*innen an der Tagebaukante

Immer wieder durchqueren einzelne Aktivist\*innen diese Kette. Die Polizei stößt Menschen zurück, schubst und drängt mit den Schilden. Als immer mehr Leute versuchen, durch die Kette zu gelangen, werden Pfefferspray und Schlagstock eingesetzt. Ein Aktivist wird mit einer blutenden Kopfwunde zurückgebracht und von Demo-Sanitäter\*innen versorgt. Von hinten kommt Polizei-Verstärkung aus NRW, die sich in die Polizeikette einreihen. Der Schlamm führt zu einer Verlangsamung aller Bewegungen, nur einmal kann die Polizei eine Demonstrant\*in erwischen und zu Boden bringen, aber dann lässt sie die Person in die Demo zurückkehren.

Eine Gewahrsamnahme hätte bedeutet, die Person über die ganzen Schlammäcker nach Lützerath zu eskortieren, durch die Demonstrant\*innen. Ohnehin ist die Polizeikette sehr dünn und uns ist klar, dass die Polizei diese Stellung nicht halten kann (Abb. 22). Die Demonstrant\*innen bilden ihrerseits Ketten und versuchen, die Polizeikette zu umfließen. Immer mehr Menschen schaffen dies auch, die Polizei hat bereits eine große Gruppe Aktivist\*innen in ihrem Rücken, die die anderen auffordern, auch durch die Kette zu sprinten. Nach einem Durchgehen von 20–30 Leuten löst die Polizei ihre Kette schließlich gegen 14:30 Uhr auf.

**Team 2:** Die Polizei versucht von Beginn an, Demonstrationsteilnehmer\*innen daran zu hindern, den angemeldeten Aufzugweg zu verlassen und sich Richtung Tagebaukante bzw. Lützerath zu bewegen. Die Anzahl der Einsatzkräfte ist im Verhältnis zur weiträumigen Fläche und der Masse von Aktivist\*innen zur Durchsetzung zu gering. Je kleiner ihr Radius wird, desto mehr kommt es zu direkten Konfrontationen. Die überwiegende Anzahl der Demonstrant\*innen verfolgt einen durchgehend komplett gewaltfreien Ansatz des Durchfließens von Polizeiketten. Teilweise werden Menschenketten gebildet und langsam auf Polizeiketten zugegangen, wo es immer wieder zu polizeilichen Übergriffen kommt. Oft nähert sich eine Menschenkette einfach nur auf unter einen Meter der Polizeikette. Später umfließen Demonstrant\*innen die Polizei im Abstand von 1–2 Metern und verteilen sich rund um das gesamte Gebiet des Dorfes Lützerath.

Am vordersten Bereich gehen entschlossene Personengruppen voran, größtenteils schwarz gekleidet. Mit Signalfahnen werden größere Gruppen aus jeweils 150–300 Aktivist\*innen gebildet. Die Gruppen ziehen im Block in Richtung der Polizeiketten, teilweise kommt es von weiteren Umstehenden zu Würfen von Schlamm und einzelner Abrennen von Pyrotechnik. Die Polizei setzt gerade dort massiv Schlagstöcke und Pfefferspray ein.

Immer wieder versuchen mehrere Polizeieinheiten von bis zu 30–50 Beamt\*innen Menschen festzunehmen oder durch das wortwörtliche Überrennen von Demonstrant\*innen und Schlagstockeinsatz ihre Geländeverluste auszugleichen. Es ergibt sich ein Bild völlig sinnloser polizeilicher Gewalt. Einige 100 Meter Gelände werden so mit drastischen Mitteln versucht zu verteidigen und im Anschluss relativ unkontrolliert aufgegeben. Es gibt keine erkennbare Deeskalationsstrategie der Polizei, im Gegenteil.

**Team 1:** Gegen 14:45 Uhr erreichen wir einem frisch mit Sand und Kies befestigten Weg, der für Fahrzeuge benutzbar ist. Auf einem entlang verlaufenden Erdwall haben wir eine gute Sicht auf den nächsten Schlammäcker vor uns, wie auch auf den Festungszaun plus die vielen davor abgestellten Polizeifahrzeuge und die Wasserwerfer. Die Demonstrant\*innen erklimmen diesen Wall und sammeln sich auf dem Acker vor dem Festungszaun von Lützerath. Gegen 15 Uhr unternimmt die Polizei einen großangelegten Vorstoß, das Areal von Aktivist\*innen freizuräumen: Dazu stößt eine große Zahl Polizist\*innen im Laufschrift vor und drängt die Demonstrant\*innen unter Einsatz von Fäusten und Schlagstöcken zurück. Sie schaffen es, den Acker weitgehend zu räumen und sichern den eroberten Raum durch eine enge Kette von Polizist\*innen mit zusätzlichen Sicherungsgruppen dahinter. Auch der Wall, auf dem wir stehen, wird geräumt. Der Acker vor dem Zaun ist auf drei Seiten abgeriegelt: durch den Zaun bei Lützerath und die Polizeiketten. Nur Richtung Holzweiler ist noch eine Flanke offen. Es gibt hier keine Versuche von Demonstrant\*innen, die Polizeikette Richtung Holzweiler zu umgehen. Viele aus der Menge hinter dem Wall machen sich gegen 16 Uhr auf den Rückweg nach Keyenberg.



Das **Team 3**, welches für die **Räumungsbeobachtung in Lützerath** ist, verfolgt das Demo-Geschehen vom Inneren von Lützerath aus: Gegen 14 Uhr stehen wir auf einem Wall am Rand der „Kolawi“, circa 20 Meter entfernt vom Keyenweg und circa 30 Meter hinter dem Zaun, im Inneren von Lützerath und schauen nach Nordwesten in Richtung der Demo. Wir sehen in der Ferne eine Polizeikette und die Demo, von der aus mutmaßlich viele hundert Menschen von der L12 bereits in Richtung Lützerath über die Felder abgebogen sind. Alles zu weit weg, um viel zu erkennen, aber es sieht nach viel Bewegung, auch durch Polizei, aus. Vom „Phantasialand“ aus werden grüne und rote Rauchtöpfe gezündet, wir hören freudige Rufe in Richtung Demo, auf dem Acker fliegen immer wieder Feuerwerksraketen und Böller in die Luft, aufgrund des zunehmenden Windes, verwehen diese teils stark bzw. einzelne scheinen nah am Boden entlang zu fliegen.

Wir sehen erste Menschen gegen 14:35 Uhr die Polizei-Kette durchfließen und sich Lützerath nähern. In Lützerath wird es laut, auch die verbliebenen Besetzer\*innen weiter drinnen im Dorf haben wohl inzwischen mitbekommen, dass die Demo auf dem Weg zu ihnen ist. Die Polizei wirkt nervös, viele Kräfte hinter dem Zaun werden hin und hergeschickt.

Von unserem Beobachtungspunkt sehen wir in der Ferne auf dem freien Feld Menschen über den Horizont verteilt, dann näher Richtung Lützerath hunderte Polizist\*innen, einen Erdwall und direkt außerhalb des Festungszauns stehen Polizeieinsatzfahrzeuge in Reihe ohne Lücke, dann der Festungszaun und hinter diesem wiederum Polizeieinheiten und jeweils einzelne Polizeibeamt\*innen mit 5–6 Hunden, die aufgeregt und aggressiv bellen.

Alle 200–300 Meter steht ein Wasserwerfer, insgesamt sehen wir sechs. Wir sprechen eine Pressepolizistin an, die auf den Wall hochkommt und fragt, was diese komplett aufgeregten, aggressiven Hunde denn in einer riesigen Menschenmenge anstellen sollten. Sie antwortet, dass sie dies nicht genau sagen könne, das seien „normale Einsatzmittel“, die von den Hundeführern und der Einsatzleitung eingesetzt würden, wenn es ihnen taktisch richtig erscheine.

Die Menschen stehen noch circa 50 Meter vor dem Zaun, nur eine Kette der Polizei auf der ganzen Länge davor, mehrmals ertönen Durchsagen aus dem Wasserwerfer: „Verlassen sie das Gelände, auf dem die Allgemeinverfügung gilt und gehen sie Richtung Windpark, sonst wird unmittelbarer Zwang in Form von körperlicher Gewalt und Wasser gegen Sie eingesetzt werden“.

Polizeigruppen rennen an einigen Stellen plötzlich mit Gebrüll in die Menge (Sprinträumung)<sup>71</sup>. Die Wasserwerfer werden zusammengezogen, weiter in Richtung Tagebaugrube auf die Straße hinter dem Zaun und zwei weitere Hundertschaften mit weißen Helmen werden ausgeschickt.

Um 14:45 Uhr sehen wir eine ruppige Festnahme auf dem Wall vor dem Zaun. Wir erhalten via Tweet die Info zu einem Verletzten und Sanis: „Nur noch wenige hundert Meter bis Lützerath. Hinter diesem Hügel haben die Sanis mehrere Dutzend Aktivist\*innen in Behandlung mit teils schweren Kopfverletzungen durch Schlagstockeinsatz. Helikopter und Notarzt sind unterwegs.“<sup>72</sup> Ein Pressebericht schildert die Situation und dass ein Rettungshubschrauber angefordert (aber schließlich nicht entsendet) wurde.<sup>73</sup>

Draußen fliegt immer wieder Matsch auf Polizeibeamt\*innen und Wasserwerfer. Die Polizei fordert wiederholt per Lautsprecher dazu auf „keine Steine zu schmeißen“ und nennt Menschen aus Demo „Straftäter“, von denen sich distanziert werden sollte.

Um 14:50 Uhr wird eine festgenommene Person hinter den Zaun gebracht, nahe am Tor zum Keyenweg. Hier bringt die Polizei mindestens drei Festgenommene hinter den Zaun und zur Gefangenenensammelstelle. Verletzte und Sanis konnten wir von unserem Standpunkt aus nicht sehen.

Nun geht draußen eine BFE-Einheit gewaltsam in die Demo hinein, näheres ist allerdings für uns aus der Ferne nicht zu erkennen. Um 15:34 Uhr kommt es auf der L12 nördlich vom Keyenweg zu einem erneuten Durchbruch von Demonstrant\*innen, weil die Polizei zuvor viele Kräfte weiter weg verlegt hatte. Menschen stehen nun direkt am Wall und die Polizei teils darauf. Der Wasserwerfer bewegt sich dorthin. Zwei Züge BFE-Einheiten in total verdreckten Uniformen bringen vier festgenommene Menschen hinter den Zaun, davon ist einer mit Kabelbinder gefesselt.

Ein Wasserwerfer gibt mittlerweile die 8. gleichlautende Durchsage durch (siehe oben). Die Situation ist sehr dynamisch und immer wieder wird Matsch in Richtung der Polizei geworfen.

<sup>71</sup> Zu dem Einsatzmittel siehe [twitter.com/Dzienus/status/1614259471139672065](https://twitter.com/Dzienus/status/1614259471139672065)

<sup>72</sup> [twitter.com/PaulGaebler/status/1614257543810801668](https://twitter.com/PaulGaebler/status/1614257543810801668)

<sup>73</sup> [www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/als-sich-polizei-und-protestierende-in-luetzerath-im-schlamm-gegenueberstehen-li.307309](https://www.berliner-zeitung.de/politik-gesellschaft/als-sich-polizei-und-protestierende-in-luetzerath-im-schlamm-gegenueberstehen-li.307309)

## SONNTAG, DER 15. JANUAR

Wir stehen weiterhin an derselben Stelle auf dem Wall, mit uns mehrere Medienvertreter\*innen, als Polizeipräsident Weinspach mit einem Personenschützer an den Zaun kommt, um sich ein Bild der Lage zu machen, wir werden alle weggeschickt. Der Personenschützer von Polizeipräsident Weinspach schiebt einen Journalisten des WDR, der sich darüber aufregt. Faktisch wird mit der Aktion uns und der Presse der direkte Blick auf die Menschen vor dem Zaun verwehrt, da wir weiter hinten nichts sehen.

Gegen 16 Uhr lässt sich das erste Mal beobachten, wie rechts in Richtung der Abrisskante zum Tagebau einen Wasserwerfer zum Einsatz kommt. Kurz darauf beobachten wir eine weitere Festnahme auf dem Wall vor dem Zaun unter Einsatz von Knüppel und Schlägen. Es folgt ein weiterer Wasserwerfer-Einsatz, der allerdings wie zuvor und alle folgenden kurz ist, total vom Wind verweht wird und die Polizei selbst trifft, statt die Demonstrant\*innen.

Etwa um diese Uhrzeit wird auch ein Biss eines Polizeihundes dokumentiert. Wir finden den dazu gehörigen Tweet später in den Sozialen Medien.<sup>74</sup>

**Team 1:** Gegen 17 Uhr sind immer noch viele Menschen am Zaun von Lützerath: Polizeieinheiten sind mit Pferden und Hunden am Zaun entlang verteilt. Die Polizeihunde und -pferde wirken sehr aufgeregt und gestresst, beide hätte man nicht in solche Situation bringen dürfen. Wir stehen mit Aktivist\*innen südlich von Lützerath, nahe dem Südweg beim Zaun und Polizeicamp. Auf dem Rückweg stellen wir fest, dass noch weitere Polizeieinheiten mit 10 Fahrzeugen auf dem Weg nach Lützerath sind.

**Team 2:** Gegen 18 Uhr in Keyenberg werden Menschen, die die Demo verlassen haben und von Keyenberg einen Shuttle zum Bahnhof Erkelenz nehmen wollen, vor Ort kontrolliert. Der Shuttle wurde in Keyenberg von der Polizei unterbunden und nach Kaulhausen verlagert. An der Kreuzung zu Unterwestrich (s. Karte S. 14) stehen mindestens 100–200 Menschen, die eigentlich einen Bus nehmen wollten. Nur 1–2 Polizeieinsatzfahrzeuge sind für die Regelung des Abreiseverkehrs abgestellt, eine unübersichtliche und gefährliche Situation, da viele Demoteilnehmer\*innen zu Fuß die Straße entlang kilometerweit nach Erkelenz laufen, die L354 ist voller Menschen, es ist dunkel und die Menschen daher für Autos nicht leicht erkennbar.

Wir sind heute mit vier Beobachter\*innen als zwei Teams unterwegs. Wir erhalten im Gegensatz zum Vortag problemlos eine Presseakkreditierung der Polizei und werden von einem Polizeiauto nach Lützerath eskortiert. Am Eingang zu Lützerath werden wir vom Sicherheitsdienst abgewiesen, weil wir eine zusätzliche Akkreditierung von RWE bräuchten. Die ganzen Vortage wurde von uns für den Zutritt „nur“ die polizeiliche Akkreditierung gefordert. Die RWE-Akkreditierung erfolgt in einem kleinen Container. Wir müssen unsere Namen und Personalausweisnummern hinterlegen und eine Erklärung u.a. darüber unterschreiben, dass wir auf Schadensersatz verzichten, falls wir im RWE Gebiet verletzt werden (Abb. s. Seite 25). Zudem werden uns je eine Warnweste mit RWE-Aufdruck und je ein Helm ausgehändigt, sowie ein Einlasskärtchen zum Vorzeigen am Zaun.

Wir begeben uns nun ins Innere von Lützerath. Es sind jetzt nur noch Besetzer\*innen in „Phantasialand“ und im Tunnel. Wir erreichen um 11:15 Uhr einen Platz mit einem guten Blick auf den Gigapod von „Phantasialand“. Oben sitzen in luftiger Höhe zwei Besetzer\*innen. Die Atmosphäre ist angespannt, direkt vor uns steht ein Sechser-team Kletterpolizist\*innen vom SEK, das überlegt, wie sie die beiden herunter bekommen könnten. Die Polizei fordert sie über Lautsprecher wiederholt auf, sofort und von selbst hinunterzusteigen, weil sich eine Verspannung an der Verbindungsstelle der Holzstämmen des Gigapods löst, mit der die beiden langen Stämme zusammengehalten werden. Tatsächlich hat der obere Stamm schon eine leichte Schiefelage und es herrscht starker Wind, der in Böen Sturmstärke erreicht. Heute ist die Polizei offensichtlich darum bemüht, die restliche Räumung ohne Unfälle oder Verletzte durchzuführen, denn alle weiteren Räumungsversuche werden gestoppt, bis der Gigapod geräumt ist. Unten werden durch die Feuerwehr große Sprungkissen aufgeblasen, die einen eventuellen Absturz abfedern sollen. Ein Harvester wird aufgebaut, der mit seinem Greifarm den oberen Teil des Gigapods fixieren soll. Sollten die beiden nicht von selbst herunterklettern, soll über diesen wohl auch die Räumung versucht werden.

Die erste Person auf dem Gigapod beginnt um ca. 11:30 Uhr mit dem Abstieg. An der Verbindungsstelle beider Pfosten, wo eine Traverse abgeht, hangelt sie sich zu einem Baumhaus weiter. Die zweite Person folgt ihr. Der Harvester fährt seinen Arm aus und sichert den oberen Teil des Gigapods (Abb. 23, Folgeseite). Polizisten in Hebebühnen machen die Traversen zum Gigapod unbenutzbar, indem die zwei Seile der Traversen zusammen gebunden werden.

<sup>74</sup> [twitter.com/OMZBLEIBT/status/1614924709417598976](https://twitter.com/OMZBLEIBT/status/1614924709417598976)





Abb. 23 | Sicherung des leeren Gigapods

Wir zählen acht Aktivist\*innen in verschiedenen Bäumen oder Traversen. Von Hebebühnen aus holen SEK-Kletterer nacheinander alle aus den Bäumen oder Traversen. Noch vor 14 Uhr ist die letzte Person aus „Phantasialand“ geräumt. Sie werden in recht freundlicher Weise an uns vorbei vor den Zaun eskortiert, dort können sie dann unbehelligt gehen. Einer hat aus dem Baumhaus seinen Rucksack und eine Reisetasche mitgenommen.

Nun verbleiben noch die beiden Besetzer\*innen im Tunnel. Der Zugang dahin ist nicht freigegeben, wir können nur von recht weit weg sehen, dass sich dort Polizist\*innen aufhalten. Die Räumung der Aktivist\*innen im Tunnel sind dem Polizeipressesprecher zufolge als „Rettung“ an die Werkfeuerwehr von RWE übergeben worden. Wir beenden die Beobachtung für diesen Tag gegen 14:30 Uhr.

## MONTAG, 16. JANUAR

Wir sind heute mit drei Beobachter\*innen unterwegs.

### 1. Abseilaktion „Rollfender Widerstand“

Heute gibt es seit dem frühen Morgen eine Abseilaktion an der Autobahnbrücke am Kreisel Jackerath (Abb. 24). Fünf Menschen blockieren dort abgeseilt von einer Brücke eine Straße, zwei davon befinden sich in Rollstühlen; ein dritter Rolli steht für eine\*n angeseilten Aktivist\*in mit Begleitperson bereit. Wir treffen Demo-Sanitäter\*innen an der etwa 100 Meter entfernten Straßenkreuzung. Sie erzählen, dass sie seit 6:30 Uhr vor Ort sind, aber des Platzes verwiesen wurden, da „sie nicht gebraucht werden“. Die Polizei habe genügend Fachkräfte, so dass die Sanitäter\*innen die Räumung nur verzögern würden.

Abb. 24 | Abseilaktion an der Autobahnbrücke am Kreisel Jackerath





Gegen 10 Uhr beginnen die Räumungsvorbereitungen durch Kletterpolizei, oberhalb der Aktivist\*innen auf der Brücke. Der Pressesprecher der Polizei im Gespräch mit einem Journalisten erwähnt, er wäre bei der Großdemo am 14. Januar nicht an die Tagebaukante gegangen, da er bezweifle, dass es dort ausreichend von der RWE gesichert gewesen wäre. Es hätte kein Flatterband gegeben, es sei nasse Witterung und durchweichter Boden gewesen, sowie erwartbar viele Menschen.

Die erste Person wird aus der Hängeblockade geräumt. Von einem Journalisten erfahren wir, dass vor unserer Ankunft bereits vier Menschen in einer Sitzblockade geräumt wurden. Die Polizei stuft den Vorfall nicht als Not-situation ein, daher ist kein Notarzt vor Ort. Ein Rettungswagen stünde um die Ecke, er ist für uns nicht erkennbar.

Die zweite Person – im Rollstuhl – wird nun geräumt. Sie kommt sicher am Boden an und wird von der Polizei vom Platz eskortiert. Dann wird die dritte Person geräumt, sie ist ebenfalls Rollstuhlfahrer\*in und liegt nach der Räumung für circa 4 Minuten am Boden. Die Polizei verdeckt die Sicht, es herrschen Temperaturen unter 6°C, trotzdem werden keine Wärmedecken eingesetzt. Der Rollstuhl der dritten Person sowie eine Begleitperson stehen unten innerhalb des durch die Polizei abgesperrten Bereichs bereit. Gegen 10:20 Uhr befindet sich auch diese Person im Rolli, die Polizei eskortiert sie, sie wird sofort von Journalist\*innen interviewt. Sie scheint in guter körperlicher Verfassung zu sein.

Um 10:25 Uhr wird die vierte Person der zuvor fünf angeseilten Aktivist\*innen, auch im Rolli sitzend, geräumt. Sie erhält als erste Person einen Schutzhelm. Die letzte verbliebene Person am Seil ruft mehrmals „Wir dürfen nicht getrennt werden“. Die Polizei eskortiert sie dennoch vom Platz und sagt auf ihre Beschwerde hin, dass „da hinten“ jemand („Kontakt-Person“) sei. Nun trifft ein Rettungswagen ein, er parkt etwas entfernt auf dem Presseparkplatz. Ob dies ein weiterer Rettungswagen oder der vorher um die Ecke befindliche ist, ist für uns nicht klar. Um 10:36 Uhr ist die letzte Person unten, sie geht nicht freiwillig mit den Polizist\*innen mit und wird daher vom Platz getragen.

## 2. Tanz-Demo in Keyenberg

Eine Demo startete gegen 11 Uhr außerdem von Keyenberg über die L12 in Richtung Lützerath (Abb. 25), sie wird von insgesamt 8 Polizeiwagen begleitet, sechs fahren vor und zwei hinter der Demo. Es sind etwa 70 bis 100 Teilnehmende, die Polizist\*innen waren dort friedlich und kommunikativ. Die Fortdauer der Demo auch nach dem offiziellen Ende wurde durch Polizei genehmigt. Nach circa 20 Minuten verlassen wir die Demo und fahren nach Lützerath.



## Räumung in Lützerath

Bei unserer Ankunft in Lützerath haben wir durch die polizeiliche Presse-Akkreditierung heute kein Problem beim Durchkommen zum Ort des Geschehens. Dort angekommen werfen wir einen Blick auf das Gebäude, in dem der Zugang zum Tunnel ist. Wir erhalten aber keine Sicht in den Tunnel selbst. Der Tunnel ist die einzige verbliebene besetzte Struktur in Lützerath.

Einige Feuerwehreinsetzkkräfte sind am Eingang des Hauses zu sehen. Die zwei Aktivist\*innen haben angekündigt, heute gegen 12 Uhr den Tunnel zu verlassen. Laut Aussage der Pressesprecher\*in von „Lützerath lebt“, durften die Polizeikontakte der Aktivist\*innen seit Samstag keinen Kontakt mehr zu den beiden Personen im Tunnel aufnehmen. Zwei parlamentarische Beobachter\*innen der Grünen Partei hatten zuletzt am Montagmorgen Kontakt zu ihnen.

Gegen 12:45 Uhr verlassen die zwei den Tunnel und treten mit Abstand vor die Presse. Auf ihre Nachfrage lehnen sie einen Kontakt ab. Die beiden sehen körperlich unversehrt, aber sehr erschöpft aus und verlassen den Ort mit einem Bollerwagen und tragen Rucksäcke. Sie werden von Polizist\*innen und einer parlamentarischen Beobachterin in lila Warnweste (wahrscheinlich Kathrin Henneberger/MdB) begleitet. Die beiden lassen sich von der Presse fotografieren; bleiben unterwegs einmal stehen, um sich ein Stück Baum mitzunehmen; lehnen aber auch hier ein Pressegespräch ab, sondern gehen mit Polizei und Parlamentarischen Beobachter\*innen weiter in Richtung der ehemaligen Pappelreihe.

Bald darauf tritt eine Pressesprecherin der Initiative „Lützerath lebt!“ vor die Presse: Die beiden Aktivist\*innen sind offiziell seit Donnerstag im Tunnel, sie seien körperlich fit“. Es gab noch kein Gespräch zwischen der Pressesprecherin und den beiden. Frage nach Motiv der freiwilligen Aufgabe bleiben ungeklärt; „hätten länger bleiben können“. Das Gelände konnten sie laut Sprecherin eigenständig in einem Auto verlassen. Nach der Pressekonferenz fahren wir in „Unser Aller Camp“.

DIENSTAG, 17. JANUAR

Wir sind heute mit fünf Beobachter\*innen in zwei Teams unterwegs. Team 1 begleitet die Gruppe ab dem roten Container (Kohle ersetzen), Team 2 den Demozug ab Kirche Keyenberg bis Jackerath Skywalk.

#### Team 1: Demozug vom Camp zum Tagebau Wanlo, Aktion von „Kohle ersetzen“

Auf dem Ascheplatz des Camps sammeln sich gegen 10:30 Uhr Menschen, einige Aktivist\*innen von „Kohle ersetzen“ geben ein paar letzte Infos, dann machen sich rund 70-90 Personen auf den Weg nach Wanlo zur Rampe zum Tagebau. Zwei Pressevertreter\*innen und ein Parlamentarischer Beobachter der Grünen (Michael Bloss/MdE) begleiten die Gruppe. Die Aktion wird von Anbeginn von einem Zivilauto begleitet, zwei Polizeieinsatzfahrzeuge fahren mit und ein Polizeihubschrauber filmt die Gruppe vermutlich einige Minuten. Als die Gruppe eine kleine Nebenstraße im Ort Wanlo erreicht hat, verstärkt die Polizei ihre Präsenz: Von vorn stoßen am Ende des Feldweges weitere sechs Polizeieinsatzfahrzeuge dazu. Weiterhin wird die Gruppe von sechs behelmten Polizist\*innen seitlich begleitet.

Gegen 11:30 Uhr erreicht die Gruppe die große Straße, die an das Feld zur Rampe Wanlo am Tagebau grenzt. Hier sind insgesamt 8 Polizeieinsatzfahrzeuge vor Ort. Die Gruppe verteilt sich und versucht ein Durchfließen zur Zufahrt zum Tagebau. Die Situation wird hektisch und kurz unübersichtlich, einzelne Bezugsgruppen werden durch Polizist\*innen geschubst und nach hinten gedrängt. Die Gruppe nähert sich aber schnell weiter der Zufahrt zur Rampe. Von links kommen weitere 40 Personen dazu. An einer T-Kreuzung setzen sich zunächst drei Aktivist\*innen auf die Straße, sie werden sofort von Polizist\*innen angegangen. Ein Aktivist entfernt sich, die verbliebenen zwei werden gestoppt. Circa 30 Meter weiter auf der Zufahrtsstraße in Richtung zur Autobahn wird währenddessen eine Gruppe von circa 90 Aktivist\*innen gekesselt. Vom Tagebau-Zugang aus reitet eine Pferdestaffel mit 15 Polizist\*innen auf Pferden dazu und umstellt den Kessel zusätzlich mit den Pferden.

Die zwei Aktivist\*innen an der T-Kreuzung werden von fünf Polizist\*innen gekesselt und setzen sich, sie dürfen kein Wasser trinken und nicht miteinander flüstern. Um das zu verhindern, werden sie geschubst und nach unten gedrückt, die Wasserflasche wird entrissen und zurückgegeben mit der Aufforderung, sie wegzustecken. Im Gerangel hat ein\*e Aktivist\*in die Brille verloren. Trotz gegenteiliger Zusicherung zuvor wird nun untersagt, sie zu suchen. Erst nach mehrmaligem Nachfragen und Wechsel der Polizist\*innen dürfen außen stehende Beobachtende die Brille suchen und übergeben.



Eine Person aus dem Demobeobachtungsteam bleibt nun bei den zwei festgesetzten Aktivist\*innen, die zweite Person des Teams geht zu der großen Gruppe der Aktivist\*innen im Kessel (Abb. 26).

Die Straße ist eine Zufahrtsstraße zum Tagebau. LKWs werden an der Durchfahrt gehindert und mehrere stehen auf der Straße. Die Polizei erklärt den Menschen im Kessel, dass sie wegen des Anfangsverdachts auf Hausfriedensbruch festgesetzt sind. Das Gelände selbst ist allerdings nicht durch Schilder, Schranken oder anderes als Privatgelände oder RWE Gelände erkennbar gekennzeichnet, es ist ein großes Feld mit Zugangsstraße und Feldweg.

Die Polizei wertet die Demo-Sanitäter\*innen, die durch Uniform und Rucksack erkennbar sind, als Teil der Aktion und schließt sie in den Kessel ein. Die Aktivist\*innen dürfen einzeln und in Begleitung zur Toilette gehen. Die Polizei bittet uns als Demobeobachtung und den Parlamentarischen Beobachter zu der Verhandlung mit den Menschen im Kessel hinzu und bietet zwei Optionen an: Entweder werden die Aktivist\*innen durch die Polizei zurück zur ursprünglichen Demostrecke begleitet und dürfen von dort allein und ohne ED-Behandlung gehen. Bleibt die Sitzblockade im Kessel, dann werden alle erkennungsdienstlich behandelt, bei einer Verweigerung der Personalienabgabe droht GeSa und ebenfalls ED-Behandlung. Die Polizei gewährt 15 Minuten Beratungszeit.

Die zwei einzelnen Aktivist\*innen stoßen auf Geheiß der Polizei wieder zur großen Gruppe. Das Deli-Plenum im großen Kessel dauert an, es ist 13:20 Uhr. Von Seiten der Polizei gibt es keine Kommentare wegen der verstrichenen Zeit. Dann kommt ein neuer Vorschlag von der Polizei: alle könnten gehen ohne Personalienfeststellung, und nach 100 Metern in Begleitung Richtung Straße würde sich die Polizei zurückziehen.





Die Pferdestaffel zieht ab und circa 20 Polizist\*innen verlassen die Maßnahme, dann öffnet die Polizei den Kessel und zieht sich zurück. Die Aktivist\*innen verbleiben am Ort und besprechen sich in Bezugsgruppen. Die LKW und anderer Verkehr haben inzwischen eine anderen Weg gefunden und umfahren die Sitzblockade.

Eine Stunde später teilt sich die Gruppe: Während der größere Teil der ursprünglichen Gruppe die Sitzblockade an der Stelle fortsetzt, geht eine Gruppe von 24 Aktivist\*innen über das Feld zurück in Richtung Straße. Bei Erreichen der Zugangsstraße stellt sie sich mit Bannern auf und blockiert die Zufahrtsstraße zur Rampe. Sechs Polizist\*innen kommen und informieren, dass die Polizei sie als Versammlung wertet. Es findet sich keine Versammlungsleitung. Die Polizei klärt über die Folgen des Tuns auf: Wird die Zufahrtsstraße nicht frei gemacht, wird die Gruppe unter Anwendung von Zwang geräumt, Personalien festgestellt und Platzverweise verteilt. Sollten Fingerkuppen verklebt sein oder ähnliches komme man in Langzeitgewahrsam, „Ihr kennt die Spielchen doch“.

Ein Dutzend Polizist\*innen in einigen Metern Entfernung berät sich, sie setzen dann ihre Helme auf und fordern die Gruppe auf, die Straße frei zu machen. Vier Polizist\*innen mit Kamera kommen dazu. Die Aktivist\*innen setzen sich auf den Boden, zwei Aktivist\*innen stellen sich abseits der Sitzblockade und halten ein Banner hoch.

Eine Aktivist\*in setzt sich außerhalb des Kessels und wird durch zwei Polizist\*innen auf den Feldweg geschubst. Die zwei abseits stehenden Aktivist\*innen mit dem Banner werden von der Polizei als Teil der Versammlung gewertet und in den Kessel eingeschlossen, damit befinden sich 26 Aktivist\*innen im Kessel; sie sitzen im Kreis auf der Straße.

Die Aktivist\*innen werden informiert, dass RWE möglicherweise einen Strafantrag stellt. Auch hier ist nicht ersichtlich, ob diese Straße Firmengelände ist oder nicht. Schilder, die die Straße als RWE-Gelände ausweisen würden, sehen wir nicht. Ein Teil der Gruppe sitzt auf der Zufahrtsstraße, der andere Teil auf dem Feldweg. Sie sitzen im Kreis. Es folgt eine Ansage der Polizei, die Straße frei zu machen. Die Polizei beginnt dann, die Menschen auf der Zufahrtsstraße zu räumen. Dabei werden die Aktivist\*innen der Sitzkreishälfte auf der Straßenmitte auf die andere Seite getragen und hinter den anderen Aktivist\*innen abgesetzt. Bei den ersten drei Aktivist\*innen werden Schmerzgriffe am Kopf und Hals eingesetzt. Die anderen werden auf den Feldweg getragen oder geschleift. Nachdem alle Aktivist\*innen von der Straße auf den Feldweg geräumt sind, umzingelt die Polizei die Gruppe und kesselt sie. Neben dem Kessel ist die Straße nun von Autos passierbar.

Die Aktivist\*innen werden informiert, dass RWE möglicherweise einen Strafantrag stellt. Ein Teil der Gruppe sitzt auf der Zufahrtsstraße, der andere Teil auf dem Feldweg im Kreis. Es folgt eine Ansage der Polizei, die Straße frei zu machen. Die Polizei beginnt dann, die Menschen auf der Zufahrtsstraße zu räumen. Bei den ersten drei Aktivist\*innen werden Schmerzgriffe am Kopf und Hals eingesetzt. Die anderen werden auf den Feldweg getragen oder geschleift. Nachdem alle Aktivist\*innen von der Straße auf den Feldweg geräumt sind, umzingelt die Polizei die Gruppe und kesselt sie.

Die zwei Aktivist\*innen mit dem Banner äußern mehrmals, dass sie nicht Teil der Blockade waren und den Kessel verlassen möchten. Die Polizei wertet die beiden aber zunächst als Teil der Versammlung, da sie durch das Transparent ihre Meinung kundtun und somit der Gruppe zugeordnet werden. Die beiden Aktivist\*innen dürfen dann den Kessel verlassen und dürfen 5 Meter weiter ihr Banner zeigen.

Gegen 16:30 Uhr ertönt die Ansage, dass die Polizei weiter abwartet, ob RWE Strafanzeige stellt. Eine Viertelstunde später wird dies bestätigt und circa die Hälfte der am Ort Zurückgebliebenen geht. Der Tatvorwurf ist Hausfriedensbruch und Nötigung. Die Polizei sagt, alle, die ihre Personalien angeben, dürfen gehen und erhalten einen Platzverweis. Es würde auf jeden Fall von allen die Personalien aufgenommen.

Die Polizei wartet aber noch darauf, das Okay von oben zu bekommen, um mit der ED-Behandlung anzufangen. Gegen 17:30 Uhr kommen circa 30 Aktivist\*innen dazu und möchten eine Mahnwache in unmittelbarer Nähe des Kessels anmelden sowie Essen und warme Getränke anbieten. Wir verlassen die statische Situation und beenden die Beobachtung.



## Team 2: Demozug ab Kirche Keyenberg bis Jackerath Skywalk

Ab 10 Uhr sammeln sich vor der Kirche in Keyenberg rund 300 Menschen – darunter Greta Thunberg – um den Lautsprecherwagen zum angemeldeten Demonstrationzug entlang der L12 Richtung Holzweiler, auch rund 10 Demonstrant\*innen sind anwesend. Es sind 10 Polizeieinsatzfahrzeuge aus NRW vor Ort, ausgestattet mit Kabelbinder, Schusswaffen, Schlagstöcken und Helmen. Außerdem begleiten etwa 30 Polizist\*innen aus NRW, augenscheinlich aus Aachen die Demo zu Fuß; sie tragen schwarze Schutzausrüstung ohne Helm und sind mit Pfefferspray und Schlagstöcken ausgerüstet. Die Versammlungsleitung weist zweimal per Durchsage auf das Vermummungsverbot hin, mindestens zwei erkennbare Gesichtsmarkmalen sollen sichtbar bleiben, die Polizei werde die Demo bei Nichtbefolgen nicht losgehen lassen.

Die Demonstration ist inzwischen auf circa 400 Menschen angewachsen und läuft auf beiden Spuren der Landstraße auf einer Länge von circa 200 Metern hinter dem Lautsprecherwagen her. Die etwa 30 Polizist\*innen bilden eine Kette entlang der gesamten Demo nach Osten zwischen dem Demonstrationzug und den Feldern in Richtung Tagebau/Lützerath. Ein Polizeifahrzeug fährt vorweg, darauf ist eine Kamera montiert. Die Polizei bestätigt auf Nachfrage, dass die Kamera die ganze Zeit filmt. Die übrigen circa 9 Polizeieinsatzfahrzeuge aus NRW fahren hinter dem Zug her. Zahlreiche Vertreter\*innen der Presse sind anwesend. Die Stimmung der Demonstrierenden ist die gesamte Zeit friedlich, viele tanzen zur Musik.

Etwa 60 Meter nach der Kirche kommt die Demo zum Stehen, die Versammlungsleitung teilt per Durchsage mit, dass die Polizei die Demo wegen vermummter Personen erst weiterziehen lasse, wenn die Personen zwei Gesichtsmarkmalen zeigen; kurz darauf geht es weiter.

Auf einer Parallelstraße zur Straße L12 und dem Tagebau befinden sich etwa 40 Beamt\*innen auf Pferden, dazu etwa 5 Polizeieinsatzfahrzeuge mit weiteren Kräften zu Fuß; sie begleiten die Demo parallel entlang einem Feldweg. Gegen 11 Uhr laufen etwa fünf Aktive der „Scientists Rebellion“ mit einem Banner auf ein Feld. Ein Polizist schiebt eine Person, 10 weitere Polizist\*innen schauen zu. Die Personen werden nach wenigen Minuten durch die Polizei zurück in den Demozug gebracht.

Am X des Greenpeace-Containers findet eine Zwischenkundgebung statt, circa 20 Polizist\*innen stehen in Linie parallel zur Abbruchkante. Die Versammlungsleitung teilt per Lautsprecher mit, dass die Versammlung nur für die Straße angemeldet sei und sich alle Teilnehmenden auf der Straße aufhalten müssen. Die Polizei bildet nun eine Kette entlang der Kundgebung und schirmt die Felder in Richtung Tagebau ab.

Die Demonstration hat sich mittlerweile wieder in Bewegung gesetzt, sie ist inzwischen nur noch wenige 100 Meter von Holzweiler entfernt. Die Polizeikette begleitet sie weiter auf Wegen in den Feldern parallel zur L12, ebenso die Pferdestaffeln. Gegen 12 Uhr setzen dann die etwa 30 Beamt\*innen an der Demonstration ihre Helme mit Visier auf und ziehen ihre Handschuhe an.

Ein Großteil des Demonstrationzuges bricht kurz vor Holzweiler nahezu zeitgleich aus der Demo aus, die Menschen springen über den Graben parallel zur Straße und versuchen, durch die Polizeikette über die Felder südlich von Lützerath in Richtung Tagebau zu rennen, die meisten sind in Gruppen und halten sich an den Händen. Die Szene wird unübersichtlich. Die etwa 30 Beamt\*innen versuchen, ihre Kette zu halten und die Menschen vom Rennen über die Felder abzuhalten. Innerhalb von Sekunden nach dem Ausbruch werden ohne Vorwarnung Schlagstöcke und große Mengen Pfefferspray eingesetzt, die Beamt\*innen rufen währenddessen laut „Zurück!“.<sup>75</sup>

Einer Person wird, nachdem sie zwischen zwei Beamt\*innen hindurch gerannt ist, von einer Beamt\*in von hinten mit dem Schlagstock auf den Kopf geschlagen; später wird diese Person von Demonstrant\*innen mit einer Platzwunde am Kopf behandelt.

Die Versammlungsleitung weist per Durchsage erneut darauf hin, dass nur die Straße als Demonstrationsroute angemeldet ist. Die Beamt\*innen sind den Menschen zahlenmäßig weit unterlegen, sodass die allermeisten den Ausbruch schaffen. Auf dem Feld werden vereinzelt kleinere Rauchfackeln gezündet. Die Demonstrierenden bewegen sich in großen Scharen Richtung Tagebau, gefolgt von Polizei. Eine Person wird von Beamten nicht als Pressemitglied anerkannt und am Durchweg gehindert, es kommt zu einer lautstarken Auseinandersetzung („Hören Sie auf mit Ihrem Knüppel!“).

Die Lage ist weiter unübersichtlich. Mehrere Hundert Menschen sind in einer lang gezogenen, großen Gruppe und vielen verstreuten kleineren Gruppen auf den Feldern unterwegs und laufen in Richtung Tagebau. Die Pferdestaffeln (Einheiten aus Baden-Württemberg und der Bundespolizei laut Kennzeichnung) versuchen den Feldweg parallel zur Landstraße zu versperren und stellen sich mit den Pferden quer hintereinander auf; die Menschen sind in der Überzahl und strömen durch die Pferde hindurch; es kommt zu gefährlichen Situationen, weil sich die Menschen vor und hinter den Pferden bewegen, während diese Pferde teils nicht stillstehen.

<sup>75</sup> Diese Szene ist auch auf einem Video zu sehen: [twitter.com/infozentrale/status/1615317419278454787](https://twitter.com/infozentrale/status/1615317419278454787)

Die etwa 30 Beamt\*innen vom Demonstrationszug wirken unkoordiniert, versuchen weiter, Menschen gewaltsam durch Schubsen, festhalten und den Einsatz von Schlagstöcken und Pfefferspray vom Rennen über die Felder abzuhalten. Demosanitäter\*innen versorgen eine Person, die Pfefferspray ins Gesicht bekommen hat. Der verbliebene Teil des Demonstrationszugs biegt nun auf einen Weg ab, der Landstraße und Parallelfeldweg verbindet und geht im Schrittempo und ohne Gegenwehr der Polizei auf den Parallelfeldweg zu.

Gegen 13 Uhr ziehen Demonstrierende begleitet von Polizei weiter in Richtung Abbruchkante. Zwei Personen unserer Teams folgt den Demonstrierenden Richtung Abbruchkante, eine dritte Person verbleibt bei zurückgebliebenen Demonstrierenden, die sich auf dem Feldweg Richtung Abbruchkante, etwa 300 Meter von der Landstraße entfernt, befinden. Ein Journalist berichtet von einem Übergriff der Polizei gegen zwei Kollegen mit Pfefferspray- und Knüppel-einsatz.

Polizist\*innen bilden jetzt eine neue Kette auf dem ersten Parallelfeldweg, um die über die Felder Nachziehenden aufzuhalten, es werden immer noch Schlagstöcke und Pfefferspray eingesetzt. Beamt\*innen auf Pferden versuchen, eine neue Linie auf einem zweiten Feldweg zu bilden, jedoch hat ein großer Teil der Gruppe diesen schon überquert und ist auf dem Feldern dahinter. Die Polizei fordert Menschen per Lautsprecherwagen zur Rückkehr auf den Versammlungsweg auf und warnt vor der Gefahr der Abbruchkante, droht unmittelbaren Zwang an.

Auf dem Erdwall entlang einer Straße in der Nähe der Abbruchkante, südlich von Lützerath:

Die meisten der Ausgebrochenen haben sich zu einer großen, lang gezogenen Gruppe von rund 200 Menschen zusammengefunden und laufen weiter über die Felder auf einen Wall zu, der südlich von Lützerath entlang einer Straße verläuft. Von Lützerath im Norden aus laufen zahlreiche Polizeieinheiten auf der Straße entlang der Abbruchkante gegen Süden auf die Demonstrierenden zu. Pferde sind auf der Straße entlang des Walls an die Demonstrierenden herangegangen.

Die Menschen brechen durch die Pferde hindurch und klettern den Wall hinauf, es kommt wieder zu gefährlichen Situationen mit den Pferden, Menschen laufen weiter gen Osten über ein weiteres Feld auf den Tagebau zu. Im Nachgang sprechen wir mit einer Person, die ebenfalls vor Ort war, welche berichtet, *dass die Pferde durch die Polizei in die Menge geritten wurden – auch in Momenten als sich die Gruppe gerade auf einer Zufahrtsstraße zu Lützerath setzen wollte.*

Der Teil der Demonstrierenden, die sich vor zwischen L12 und erstem Parallelfeldweg befinden, finden sich in loser Gruppe auf dem Feld ein, es sind noch etwa 100 Personen, sie werden unter Einsatz von Pferden auf einen Feldweg zurückgedrängt. Die Polizei ist gereizt und verhält sich aggressiv. Der vordere Teil der Menschenreihe gerät in einen verbalen Konflikt mit berittenen und laufenden Polizeieinheiten. An physischer Gewalt gegen Demonstrierende ist aus Perspektive der Beobachtung schubsen erkennbar, sowie das Drängen durch die Pferde. Ein berittener Polizist droht mit körperlicher Gewalt: „Zurück auf den Weg, sonst gibt es so richtig auf die Fresse!“.

Zurück zu der ausgebrochenen Gruppe: Etwa 60–80 Beamt\*innen in schwarzer Ausrüstung mit Helmen treffen von Lützerath kommend auf die große Gruppe, die weiterhin den Wall übersteigt; die eine Hälfte der Beamt\*innen versucht, die Gruppe in der Mitte zu trennen, die andere Hälfte verfolgt den vorderen Teil der Gruppe. Etwa 12 Beamt\*innen mit bellenden Hunden, an der Leine aber ohne Maulkorb, bewegen sich von Lützerath kommend auf die Gruppe zu, es kommt aber letztlich nicht zum Zusammentreffen. Die Polizei wiederholt ihre Durchsage, weist auf die Allgemeinverfügung hin und droht mit körperlicher Gewalt. Rund 60 Protestierende stehen auf dem Wall und helfen weiteren Protestierenden, den Wall hinaufzuklettern. Vier Beamt\*innen auf Pferden, wohl aus Niedersachsen, befinden sich immer noch unmittelbar in der Menschenmenge und versuchen, die Straße zu blockieren.

Die Beamt\*innen zu Pferd geben es dann offenbar auf, die Menschen vom Überqueren von Straße und Wall abzuhalten. Beamt\*innen der „BeSi“ filmen mit einer Videokamera. Ein Pressevertreter teilt uns mit, er sei dreimal mit dem Schlagstock auf den Oberschenkel geschlagen worden. Er humpelt leicht, setzt seine Arbeit aber fort. Er trägt eine blaue Weste mit der Aufschrift „Presse“ und die offizielle Akkreditierung von RWE um den Hals und hat eine große Fotokamera in der Hand. Er sagt er sei von Anadolu Ajansı aus der Türkei.

Auf den Feldern kommen weiter Menschen nach; die Polizei hält sie nicht auf, sondern versucht mit dem vorderen Teil der Gruppe mitzuhalten, ein Kamerawagen der Polizei nähert sich. Die Gruppe läuft parallel zur Abbruchkante weiter gen Osten. Die Beamt\*innen laufen weiter auf Abstand und inmitten der Gruppe mit, ohne zu agieren. Es sind nun mehrere Gruppen in dem Gebiet unterwegs.

Es ertönt eine Polizeidurchsage über Lautsprecher: Ein weiteres Nähern der Abbruchkante wird unterbunden werden, Aufforderung zum Verlassen des Feldweges und Rückkehr zur angemeldeten Demo-Route. Es wird darauf hingewiesen, dass es sich nicht um einen Kessel handele, sondern

lediglich um das „Aufhalten“ eines weiteren Vormarsches, als Grund wird Lebensgefahr im Bereich vor Abbruchkante angegeben, die Demonstrierenden leisten der Aufforderung nicht Folge.

Es erschallt eine erneute Polizeidurchsage mit identischem Inhalt. Der Kommunikationsbeamte der Polizei bittet um den friedlichen Rückzug zur angemeldeten Demoroute, weitere Maßnahmen, wie Platzverweise, unmittelbarer Zwang, werden bei Zuwiderhandeln angedeutet.

Ein Aktivist ist allein in den Tagebau gesprungen, nachdem er von ca. 10 Polizist\*innen gezielt verfolgt wurde. Gegen 13:30 Uhr erfolgt die Festnahme mit dem Vorwurf, einen Stein in Richtung Polizist\*innen geworfen zu haben. Etwa 20 Beamt\*innen stehen um die Person herum, die mit dem Gesicht voran zu Boden gebracht wurde. Drei Beamt\*innen sind unmittelbar über ihr und fesseln die Hände hinter dem Rücken; Ein\*e Beamt\*in kniet auf dem Boden und hat den Kopf der Person zwischen den Knien; die Person wehrt sich nicht; mehrere Pressevertreter\*innen machen Fotos. Die Person wird belehrt und geht zunächst nicht freiwillig mit, Polizei sagt, die Handfesseln würden beim Tragen sehr schmerzen, und die festgenommene Person geht nach einigen Minuten selbständig mit.

Bei der Fläche an der Abbruchkante südlich des Tagebaus, etwa 600 Meter westlich vom Skywalk Jackerath überklettern Demonstrant\*innen gegen 13:30 Uhr mehrere steile Erdhügel an der Abbruchkante westlich des Skywalks. Etwa 20 Polizeieinsatzfahrzeuge der Bundespolizei sammeln sich auf der Straße südlich, um die 100 Beamt\*innen laufen über die Felder den Protestierenden entgegen.

Zurück an der Stelle der Personen, die zwischen L12 und erstem Parallelfeldweg sind: Die Demo-Leitung kündigt über den Lautsprecherwagen den Rückzug an: wer vor Ort ausharre, wird nicht mehr als Teil der angemeldeten Demo angesehen. Demonstrierende bilden eine Menschenkette in zwei Strängen längs des Feldweges, eine Drohne fliegt über dem Gelände. Die Demo-Leitung fordert die Demonstrierenden zum langsamen Rückzug auf, die Beweissicherung (BeSi) der Polizei filmt und kündigt „Anzeigen“ gegen Demonstrierende an. Es ist 13:45 Uhr. Teile der Demonstrierenden verweigern den Rückzug, es stockt einige Minuten, geht dann geht es aber weiter. Der Demo-Lautsprecherwagen steckt im Acker fest, kommt nach wenigen Minuten aber wieder frei. Einige Demonstrierende pausieren auf dem Feldweg unweit der L12, manche tanzen zu Musik. Die Stimmung ist gelöst.

Unterdessen im Tagebauvorfeld: Die mit der Gruppe mitgelaufenen NRW-Beamt\*innen und die von vorn kommenden Bundespolizist\*innen kesseln die Menschen. Die Beamt\*innen haben Schlagstöcke gezogen; es kommt zu verbalen Auseinandersetzungen, Menschen werden geschoben. Die Presse wird aufgefordert, beim Fotografieren Abstand zu halten.

Kurz kommt Unruhe auf, ein Teil der Menschen ist schon im Kessel, Nachziehende sind noch auf dem Wall und wollen zurückgehen, werden aber daran gehindert und nach und nach einzeln von den steilen Hügeln herunter geleitet und in den Kessel gebracht. Einzelne Demonstrierende gehen den Weg zurück, auf dem sie gekommen sind, offenbar überlässt die Polizei diesen Rest dem RWE-Sicherheitsdienst. Die Demo-Sanitäter\*innen werden etwa 15 Meter vom Kessel ferngehalten, die Polizei behauptet, sie habe eigene Sanis im Einsatz.

Gegen 14 Uhr werden die Beamt\*innen der Landespolizei von der Bundespolizei abgelöst, der Kessel wird ab jetzt nur noch von der Bundespolizei gebildet. Folgende Stunde: Kessel ist friedlich; es wird gesungen, teils gibt es Sprechchöre, aber nicht direkt gegen die Polizei; es gibt keine Ausbruchsversuche aus dem Kessel. Die Polizei macht mehrere Durchsagen über die Lage, teils auch auf Englisch; es wird später Wasser angeboten; Menschen werden zum Toilettengang zu einem Erdwall herausgeführt und wieder zurückgebracht. Polizei kündigt an, dass von allen Personen die Identität festgestellt werden soll.

Zurück an der Stelle der Personen, die zwischen L12 und erstem Parallelfeldweg sind: Die Demo-Leitung verkündet, dass die Polizei die Rückkehr auf die angemeldete Demo-Route fordert. Aufruf bleibt weitgehend unbeachtet. Die Demo-Leitung kündigt Weiterzug zur Mahnwache in Holzweiler an und der Lautsprecherwagen fährt ab, nur eine Handvoll Demonstrierender folgt.

Eine Person (männlich gelesen, Mitte 20) wird von Polizei aus der Menge geholt, verweigert Personalien und wird daraufhin durchsucht (Leibesvisitation). Die Polizei verweigert uns die Auskunft zum Anlass der Maßnahme, die Person verbleibt in Gewahrsam.



## SONNTAG, 21. JANUAR

Derweil Polizei sammelt um eine verbleibende Menschen- gruppe auf Acker. Gegen 15 Uhr gibt es ein Gespräch zwischen Polizei und den verbleibenden Demonstrierenden: Diese wollen offenbar eine Mahnwache wegen der Kesselung bei Jackerath an der Abbruchkante. Die Polizei gibt eine Frist bis 15:15 Uhr für eine Entscheidung und verlangt die Benennung einer Versammlungsleitung. Bis 15:09 Uhr ist keine Demo-Leitung benannt, daher behandelt die Polizei sie als Mahnwache und erteilt Auflagen. Ein Näheren der Abbruchkante wird nur bis zu einer bestimmten visuell wahrnehmbaren Grenze („bis zu den Kollegen da drüben und nicht weiter“) gestattet. Wir verlassen die Situation, als der Kessel noch besteht, es ist sehr viel Presse vor Ort.

Die Polizei verweigert nach wie vor Auskunft über den Anlass der ED-Behandlung des Festgenommenen. Sie reagiert gereizt auf unsere Nachfrage und spricht von einer „Störung“ der Maßnahme. Auch auf Aufforderung des Betroffenen erhalten wir keine Auskunft, da diesem der Grund der Maßnahme offenbar schon mitgeteilt worden sei. Nach erneuter Aufforderung wird der Person der Grund der Maßnahme erneut mitgeteilt: Passive Bewaffnung mit Taucherbrille und Vermummung. Um 15:30 Uhr wird die ED-Behandlung bei der Person durchgeführt und der Gewahrsam danach beendet.

Indes am Tagebauvorfeld: Wir gehen zur L241 unmittelbar südlich des Skywalks, wir treffen gegen 15:50 Uhr an dem Punkt ein, an dem sich circa ein Dutzend Aktivist\*innen von der „Letzten Generation“ auf die Straße geklebt hatte; mittlerweile ist die Straße gesperrt, die Bundespolizei ist vor Ort, etwa die Hälfte der Aktivist\*innen ist bereits von der Straße gelöst, die Lage ist ruhig.

Die Aktivist\*innen erhalten nach dem Ablösen einen Platzverweis und werden einzeln etwa 500 Meter die gesperrte Straße entlang geschickt. Uns wird erzählt, dass die Aktion etwa gegen 12 Uhr begonnen hatte. Mehrere Aktivist\*innen berichten, dass sie ohne grobe Gewalt, insbesondere ohne Schmerzgriffe oder anderes, von der Straße entfernt wurden. Die Polizei filmt mit Videokamera, wie die übrigen Menschen von der Straße gelöst und einige Meter weit weggetragen werden. Wir verlassen den Ort, die Lage ist ruhig und gegen 16 Uhr wird die Beobachtung beendet.

Am Sonntag den 21. Januar findet der erste Dorfspaziergang nach der Räumung statt, den wir nach drei Tagen Pause noch einmal beobachten wollen. Wir sind mit vier Personen in zwei Teams vor Ort.

Bei unter 0°C versammeln sich ab 11:30 Uhr rund 350 Personen bei der Kirche von Keyenberg. Autofahrer\*innen müssen ihre Autos auf Geheiß der Polizei außerhalb parken. Die Auftaktkundgebung mit diversen Redebeiträgen und mit Musik wird von der Polizei nicht behelligt. Wie üblich ist der Dorfspaziergang nicht angemeldet. Die Polizei konnte vermutlich nicht einschätzen, wie viel Zulauf der Spaziergang haben würde. Sie hatte am Bahnhof Erkelenz mehrere Polizeieinsatzfahrzeuge stehen. Als die Menge gegen 12 Uhr zum Spaziergang über die L12 in Richtung Lützerath aufbricht, wird sie hinten mit drei Wägen begleitet, außerdem laufen 5 Kommunikator\*innen der Polizei die gesamte Zeit mit dem Spaziergang mit. Östlich der Straße in Richtung Tagebaukante fahren insgesamt fünf Polizeieinsatzfahrzeuge versetzt im Schrittempo auf Höhe des Spaziergangs.

Es folgen zwei weitere Zwischenkundgebungen, auf denen Menschen ihre Erlebnisse, Eindrücke und politischen Schlussfolgerungen von der Räumung teilten. Erlebte Polizeigewalt durchzog die meisten Beiträge. Nach der letzten Kundgebung verlassen wir den Spaziergang, der gegen 15 Uhr von der L12 über Unterwestrich nach Kuckum zum Open-Air Konzert aufbricht.

# ENTSCHEIDUNG FÜR GEWALT

Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.  
Aquinostraße 7-11 | 50670 Köln | t 0221 97269 -30  
info@grundrechtekomitee.de | www.grundrechtekomitee.de | [@grundrechte1](#)

